

(A) **Beginn: 10.02 Uhr**

Präsident Ulrich Schmidt: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich begrüße Sie zu unserer heutigen, der 26. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Mein Gruß gilt unseren Gästen auf der Zuschauertribüne und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich zehn Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Ich weiß, dass noch eine Vielzahl unserer Kolleginnen und Kollegen rund um Düsseldorf im Stau stehen, aber ich bin sicher, dass sie gleich eintreffen werden.

(Antonius Rösenberg [CDU]: Wir sind doch hier!)

- Ja, man sagt es dann immer zu den Falschen; es ist nur eine Information.

Wir beginnen mit unserer heutigen **Tagesordnung**. Ich rufe auf:

- (B) 1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2001 (Haushaltsgesetz 2001) und Gesetz zur Überleitung von Beamtinnen und Beamten des mittleren technischen Dienstes in den gehobenen technischen Dienst der Arbeitsschutzverwaltung**
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/400
- Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/620
- Zweite Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/750
- Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksachen 13/800 bis 13/805, 13/808,
13/810 bis 13/816

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 13/900

dritte Lesung

in Verbindung damit:

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2000 bis 2004

Unterrichtung
durch die Landesregierung

- zur Beratung -
Drucksache 13/401

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 13/901

und

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2001 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit im Haushaltsjahr 2001

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 13/402

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 13/620

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur zweiten Lesung
Drucksache 13/817

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
zur dritten Lesung
Drucksache 13/902

dritte Lesung

Außerdem liegen Ihnen folgende vier **Entschließungsanträge** vor, über die wir nach der Verab-

(C)

(D)

(Präsident Ulrich Schmidt)

- (A) scheidung des Haushaltsgesetzes 2001 abstimmen werden. Es sind dies: **Drucksache 13/861** der F.D.P.-Fraktion, Stichwort: Anti-Stau-Programm, **Drucksache 13/862 (Neudruck)** der F.D.P.-Fraktion, Stichwort: Halbierung der Erhaltungssubventionen für die deutsche Steinkohle bis 2005, **Drucksache 13/918 (Neudruck)** der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Stichwort: schulische Rahmenbedingungen, und **Drucksache 13/962 (2. Neudruck)** der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU, Stichwort: Abfall- und Altlastenverband sichern - Altlasten sanieren - Transparenz von Sonderabfallströmen weiter verbessern. Eine Übersicht über diese Entschließungsanträge liegt Ihnen mit den dazugehörigen Anträgen als Tischvorlage vor.

Ich eröffne die **Beratung** zu diesen Komplexen und erteile dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, Herrn Dr. Rüttgers, das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der CDU)

Dr. Jürgen Rüttgers (CDU): Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Die dritte Lesung des Haushalts ist ja traditionell die Generaldebatte über die Politik der Landesregierung. Ich will zuerst einmal sagen: Ich verstehe zwar, dass der Präsident mit präsidialem Wohlwollen Verständnis für vieles hat, aber ich habe kein Verständnis für die erbärmlich geringe Anwesenheit der SPD-Fraktion heute Morgen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Moron, darüber müssen wir noch einmal reden.

(Lachen bei der SPD - Edgar Moron [SPD]:
Es gibt auch Gelegenheiten, bei denen es in Ihrer Fraktion leer ist, ohne dass wir mit dem Zeigefinger kommen!)

- Es kann nicht sein, verehrtester Herr Moron, dass Ihre Kolleginnen und Kollegen das Ansehen des Parlaments so herunterholen. Wer sich selbst nicht ernst nimmt, der wird auch draußen nicht ernst genommen - damit das einmal klar ist und zu Beginn gesagt worden ist.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Marc Jan Eumann [SPD]: Wer im Glashaus sitzt ...!)

Es gibt eben Leute, die haben Stil, und andere haben keinen.

Diese Debatte, werte Kolleginnen und Kollegen, findet rund ein Jahr nach der Landtagswahl statt. Wie immer im menschlichen Leben ist es ja so, dass im vergangenen Jahr nicht alles gut war, aber es war auch nicht alles schlecht. Es hat in diesem Jahr auch Gemeinsamkeiten zwischen der Regierung und der CDU-Opposition gegeben. Ich will das, bevor ich die Landesregierung kritisiere, ausdrücklich feststellen.

So sind wir bei der Sanierung der WestLB ein gutes Stück vorangekommen. Ich finde es gut, dass es eine prinzipielle Übereinstimmung zwischen den Eigentümern der WestLB über die zukünftige Struktur dieser Bank gibt. Es ist gut, dass es eine politikferne Lösung für die Leitung der WestLB gegeben hat. Ich wünsche dem neuen Vorstandsvorsitzenden Jürgen Sengera, dass er allen Versuchungen und allen Versuchen der Politik, sachfremden oder parteipolitischen Einfluss zu nehmen, widerstehen kann. Die CDU wird ihn jedenfalls dabei unterstützen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, ich frage mich allerdings und auch Sie, ob es richtig ist, dass in dieser Phase der Neuorientierung der WestLB der ausscheidende Vorstandsvorsitzende Neuber einem CDU-Mann den Posten des Vorstandsvorsitzenden bei West-Lotto angeboten hat, um damit - wie man hört - seinen Schützling beim Rheinischen Sparkassen- und Giroverband zu retten?

Ich frage Sie, Herr Finanzminister, geschah das mit Ihrem Wissen und Ihrer Unterstützung? - Ich bin froh, dass der Angesprochene das Angebot abgelehnt hat. Das ist gut so. Es muss Schluss damit sein, dass solche parteipolitischen Geschäfte in der WestLB gemacht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Nächstes Stichwort: BSE. Es gibt nach den schlimmen Erfahrungen des letzten Jahres eine Übereinstimmung, dass wir eine nachhaltige und regionale Landwirtschaft brauchen. Ich habe Ihnen, Frau Höhn, schon einmal von hier aus gesagt, dass wir Ihren frühzeitigen Einsatz beim Thema BSE anerkennen. Sie schwimmen zurzeit auf einer Woge der Popularität. Aber ich sage Ihnen, seien Sie nicht so sicher.

Es gibt immer noch erhebliche Zweifel an der Kontrolle der Futtermittelproduktion in Nordrhein-

(C)

(D)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Westfalen. Es gibt immer noch kein Hilfsprogramm für die Not leidende Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen, und es gibt vor allem immer noch keine Zukunftsperspektive für mehr als 95 % der Landwirte. Die Förderung der Bio-Bauern alleine reicht nicht, Frau Höhn.

(Beifall bei der CDU)

Drittes Thema: Es gibt und es gab Übereinstimmung, dass rechtsextreme Kräfte in unserem Land mit allen - ich wiederhole: mit allen - demokratischen Mitteln bekämpft werden müssen. Ich finde, wir dürfen hier auch nicht nachlassen. Ich bin stolz darauf, Herr Ministerpräsident, dass es diese Gemeinsamkeit in unserem Land gibt.

Aber ich sage auch: Dann darf es nicht passieren, dass die für März in der Arena Oberhausen geplante Großveranstaltung des Landes und der Stadt Oberhausen abgesagt werden musste, weil trotz intensiver Bemühungen der Staatskanzlei keine Künstler gewonnen werden konnten, die bereit waren, kostenlos aufzutreten, und damit die Fernsehübertragung ausfiel. Das darf nicht sein, meine Damen und Herren. Das ist ein schlechtes Beispiel für einen gemeinsamen Kampf gegen den Rechtsextremismus in diesem Land.

- (B) (Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Es darf übrigens auch nicht geschehen, dass sich die Staatsanwaltschaft Duisburg weigert, ein Ermittlungsverfahren wegen Beleidigung des Papstes und der katholischen Kirche einzuleiten und das mit fehlendem öffentlichen Interesse begründet, weil - man höre und staune - dieses Zitat, das Gegenstand der Anzeige war, dem Lied einer rechtsextremen Band entstamme.

Herr Justizminister, die Sache liegt jetzt auf Ihrem Schreibtisch. Machen Sie den Kampf gegen den Rechtsextremismus nicht unglaubwürdig, und sorgen Sie dafür, dass Christen in diesem Land den gleichen Schutz und die gleiche Achtung erfahren wie andere Religionsgemeinschaften auch.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Es hat einen guten Anfang bei den Themen Volksbegehren und Integration gegeben, und es bleibt zu hoffen, dass es möglich wird, zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Gut war jeden-

falls, dass Schwarz-Grün die Sache angeschoben hat. Die Gemeinsamkeit der Demokraten ist wichtig, meine Damen und Herren. Aber auch das Ringen um bessere Lösungen ist wichtig. (C)

Deshalb hat die CDU-Fraktion zu diesen Haushaltsplanberatungen wichtige - übrigens auch seriös finanzierte - Anträge eingebracht. Wir haben heute in der dritten Lesung festzustellen, dass die Mehrheitsfraktionen alle Anträge abgelehnt haben - teilweise, wie wir wissen, gegen die eigene Überzeugung.

(Edith Müller [GRÜNE]: Nein!)

Meine Damen und Herren, es war schon spannend, in der zweiten Lesung in der vorigen Woche zu sehen, wie Redner der Koalition hier Eiertänze aufgeführt haben, und zwar nur deshalb, weil sie nicht zugeben durften, dass sie eigentlich lieber zugestimmt hätten, dies aber aus Gründen der Koalitionsraison nicht durften, da alle Anträge abgelehnt werden mussten - egal, ob sie gut oder schlecht waren.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Johannes Rimmel [GRÜNE]: Mir fällt keiner ein!)

Wir haben in der vorigen Woche gesehen, dass auf der anderen Seite der Druck in den Koalitionsfraktionen im Hinblick auf den Regierungsentwurf so groß war, dass die Fraktionsführungen ein bisschen Leine und es zulassen mussten, den einen oder anderen Antrag vonseiten der Koalitionsfraktionen zu stellen mit dem Ergebnis, dass in einzelnen Punkten etwas geändert worden ist. (D)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Haushaltsgesetz!)

Ich sage Ihnen aber: Wenn die Landesregierung die Arbeitsmarktprogramme im Haushaltsplanentwurf 2001 um 69 Millionen DM kürzt und die Koalitionsfraktionen dann wieder 4,7 Millionen DM drauflegen, dann sind das immer noch 64,3 Millionen DM weniger für die Arbeitsmarktpolitik, und diese Kürzung ist unfair und ungerrecht.

(Beifall bei der CDU)

Wenn die Landesregierung die Hilfen für Behinderte und pflegebedürftige Menschen um 28 Millionen DM kürzt und die Koalitionsfraktionen wieder 7 Millionen DM drauflegen dürfen,

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) dann bekommen die Ärmsten der Armen im Land immer noch 21 Millionen DM weniger, und auch das bleibt dann unfair und ungerecht.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Wenn die Altenhilfe im Regierungsentwurf um 16 Millionen DM gekürzt wird und die Koalitionsfraktionen wieder 9 Millionen DM drauflegen, dann bleibt eben unter dem Strich eine Kürzung von 7 Millionen DM, und auch dies bleibt unfair und ungerecht.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Diese Haushaltsplanberatungen waren eigentlich eine Reparaturveranstaltung: Da hat es Ergänzungspläne gegeben, globale Minderausgaben, Abschlüsse, Bildungsabschlüsse, Rücklagen. Von ordnungsgemäßer Haushaltsführung kann man nach meiner Auffassung wahrlich nicht mehr reden. Am Schluss bleiben: noch mehr Löcher, noch mehr Schulden, Stellen auf Pump.

(Beifall bei der CDU)

- (B) Herr Steinbrück, ein Finanzminister, der das alles mitmacht, verspielt seinen Ruf als seriöser Kassenwart.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der CDU)

Für die Regierung waren diese Haushaltsplanberatungen jedenfalls ein politisches Desaster. Da sagt der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung: "Wir brauchen keine neuen Lehrer." Die Bildungsministerin sagt: "Es gibt keinen strukturellen Unterrichtsausfall." Jeder im Land weiß, dass das anders ist. - Dann hält man den Druck nicht mehr aus, schiebt ein Notprogramm hinterher, und es stellt sich heraus: Zum Abbau des Unterrichtsausfalls gibt es keine einzige neue Lehrerstelle. Die Klassen bleiben zu groß, die Lehrerkollegien zu alt, der Unterricht fällt weiter aus. Das Land bleibt am Rande der drohenden Bildungskatastrophe.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Ich habe dieser Tage in der Zeitung gelesen, Frau Behler, dass die Landesregierung ein Bündnis für Erziehung initiieren will. Ich begrüße diese Idee

(C) des Bischofs von Essen ausdrücklich. Aber in der "Westdeutschen Allgemeinen" habe ich über Ihre Pressekonferenz gelesen: "Behler: Das Thema Erziehung ist aus der Mode gekommen." Das finde ich wahrlich toll. Ich frage mich: Wer war es eigentlich, der das Thema Erziehung aus den Schulen genommen hat? Wer hat von Sekundärtugenden gesprochen, als es um Pflicht, um Anstand und um Fleiß ging, und hat die Menschen demotiviert, statt sie zur Erziehung zu befähigen? Das waren doch Sie und niemand anders, Frau Behler.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb hoffe ich, dass dieses so genannte Bündnis für Erziehung konkrete Ergebnisse bringt. Wir werden jedenfalls darauf achten, dass dem Notprogramm für Lehrer jetzt nicht ein Notprogramm für Erziehung folgt. Vor allen Dingen werden wir darauf achten, dass nicht wieder nur Veranstaltungen durchgeführt werden, sondern dass sich in den Schulen konkret etwas ändert und die Lehrerinnen und Lehrer in die Lage versetzt werden, sich in den Schulen wieder durchzusetzen. Das wird notwendig sein, wenn man Erziehung in den Schulen im Jahre 2001 will.

(Beifall bei der CDU)

(D) Da will man Versäumnisse bei der inneren Sicherheit beseitigen. Viel zu spät werden Schutzwesten für Polizisten angeschafft.

(Peter Budschun [SPD]: Die mussten doch erst getestet werden!)

Die zweigeteilte Laufbahn wird nach mehr als zehn Jahren Diskussion und immer währenden Ankündigungen jetzt eingeführt. Endlich!

(Ernst Martin Walsken [SPD]: Das ist unglaublich!)

Aber toll ist, dass gleichzeitig bekannt gegeben wird, bis zum Jahre 2015 - das sind 15 Jahre - sollen keine zusätzlichen Polizisten eingestellt werden. Die Zahl der Polizisten wird sogar abgebaut, und das bei steigender Gewaltkriminalität und sinkender Aufklärungsquote.

(Frank Baranowski [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

Mit der einen Hand geben, mit der anderen Hand nehmen - das ist keine Politik, die der Polizei hilft.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) So geht man mit Polizisten nicht um, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU - Marc Jan Eumann [SPD]: Er weiß nicht, wovon er redet!)

Da kündigt der Ministerpräsident in einem Interview an, die Ganztagsbetreuung zu einem - wie er formuliert hat - "Hauptthema" zu machen. Dann wird deutlich, dass die Landesregierung dafür pro Tag und Kind 90 Pfennig zur Verfügung stellt. Dazu äußert der Paritätische Wohlfahrtsverband in Übereinstimmung mit dem Leiter des Sozialpädagogischen-Institutes des Landes Nordrhein-Westfalen - übrigens einem Landesbediensteten -:

"Den großen Mangel an Betreuungsplätzen für Schulkinder und den damit verbundenen Druck, Betreuungsangebote zu schaffen, beantwortet die Landesregierung mit neuen Förderprogrammen wie SiT und Dreizehn plus."

Es geht weiter:

"Diese Betreuungsangebote scheinen sich mehr an Kostenaspekten zu orientieren als an den gesetzlich festgeschriebenen Qualitätskriterien."

(B) Recht hat der Fachmann! Was Sie machen, ist Billigbetreuung statt Bildungspolitik. Zum Schluss landet das Ganze wieder bei den Kommunen. Wahrlich kein Ruhmesblatt der Politik für die Kinder in diesem Land, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

Damit bin ich beim vierten Großthema dieses Haushaltes: den kommunalen Finanzen. "Wer entscheidet, bezahlt auch." Das sagt der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen der "NRZ" am 20. März 2001. Da hat er Recht. Er meint aber das Verhältnis zwischen Bund und Ländern. Beim Verhältnis vom Land zu den Kommunen will er von seiner Epoche machenden Erkenntnis plötzlich nichts mehr wissen.

Erst gestern hat der Städtetag NRW einen an Dramatik nicht zu überbietenden Hilferuf gestartet. Zitat:

"Trotz harter Konsolidierungspolitik ist die Finanzlage vieler Städte an Rhein und Ruhr desolat. Viele können ihre Finanzprobleme nicht mehr aus eigener Kraft lösen. Wenn Bund und Land dieser Entwicklung weiter tatenlos zusehen, bluten lebendige Städte im Westen unserer Republik aus."

(C) Das sagte Ernst-Otto Stüber, OB der Stadt Bochum, Mitglied der SPD. Herr Ministerpräsident, wenn Sie uns schon nicht glauben, dann glauben Sie wenigstens Ihren Oberbürgermeistern, selbst wenn es nur noch wenige davon gibt.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P. - Marc Jan Eumann [SPD]: Das ändert sich wieder!)

In Zahlen heißt das: 3,8 Milliarden DM Defizit in den Verwaltungshaushalten der Städte, 10 Milliarden DM Sanierungsbedarf in den Städten und Gemeinden des Landes, 7 Milliarden DM Investitionsdefizit bei Alten- und Altenpflegeheimen.

Es kommt noch schlimmer: Die Steuerreform bringt alleine für 2001 Einnahmeausfälle von 2,1 Milliarden DM. Ich frage Sie: Was tun Sie eigentlich angesichts dieses finanzpolitischen Problems, dieses Riesenproblems, vor denen die Städte und Gemeinden dieses Landes stehen? Sie kürzen die Landeszuweisungen für die Kommunen um 600 Millionen DM. - All dies zeigt, dass die Landesregierung nicht mehr in der Lage ist, die Probleme dieses Landes zu lösen.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.) (D)

Die Landesregierung handelt nur auf Druck, wenn es gar nicht mehr anders geht. Wenn Sie dann einmal etwas tun, dann ist das halbherzig und löst die Probleme nicht.

Nun weiß man, wie die Debatten hier laufen. Wir konnten das in der letzten Woche in der zweiten Lesung schon hören. Gleich wird sich der Kollege Moron wieder ans Mikrofon stellen und vor lauter Wut über die Kritik der Opposition mit schneidender Stimme erklären: Ihr redet das Land schlecht!

(Marc Jan Eumann [SPD]: Sie brüllen doch immer hier herum!)

Lieber Herr Moron und wer auch immer noch hier reden wird, ich will Ihnen antworten: Wir reden das Land nicht schlecht. Wir üben Kritik, weil ihr das Land schlecht macht. Darum geht es hier, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) Dann wird er sich wieder in die Brust werfen und sagen: Ihr von der Opposition habt keine Alternativen.

(Peter Budschun [SPD]: So ist das!)

Dazu sage ich: Wer gegen besseres Wissen und gegen jegliche Vernunft alle Anträge ablehnt, der hat kein Recht, den Vorwurf zu erheben, es gebe keine Alternativen; denn er hat diese Alternativen niedergestimmt und nicht aufgenommen, wie es sinnvoll gewesen wäre.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dann wird man sich in die Brust werfen und sagen: Seht her, das läuft doch alles ganz prima. Rot-Grün hat keinen Krach mehr. - Das ist ja das, was jetzt überall verbreitet wird: eine höhere Regierungsqualität, weil es keinen Krach mehr gebe.

Nun weiß ich nicht, ob das etwas damit zu tun hat, dass die handelnden Personen älter geworden sind. Jedenfalls sieht diese Regierung oft verdammt alt aus, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

(B) Aber es hat ganz sicher etwas damit zu tun, dass die handelnden Personen oft lustlos ihren Job machen und dass Rot-Grün im Kern keine Visionen mehr hat, keine Ziele mehr hat, keine Schwerpunkte mehr hat.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das ist ein tolles Niveau!)

Wie das Ganze in der Praxis der Landesregierung aussieht, will ich Ihnen mit einem Zitat aus der "TAZ" belegen:

(Zurufe von der SPD)

"Mineralwasser kann ja so spannend sein. Zumindest wenn man sich auf dem Städtebaukongress 'Stadt machen' in Essen befindet. Dort hat am vergangenen Donnerstag Michael Vesper, NRW-Minister für Städtebau, Wohnen, Kultur und Sport und Gastgeber, sein Ziel verfehlt, 'Antworten auf neue urbane Herausforderungen' zu finden."

(Zuruf von der CDU: Wo ist der überhaupt?)

"Über 1.000 Experten und Interessierte haben sich auf Zeche Zollverein eingefunden, um von

(C) einer nichts sagenden Rede Vespers gelangweilt zu werden. ... Die Schlange an der Wasserbar wird immer länger. Als auch der Letzte sein Gläschen in den Händen hält, hat Vesper immer noch kein Wort über die zahlreichen Stadtteile NRWs mit besonderem Erneuerungsbedarf verloren oder das zunehmende Bildungsgefälle in den Städten erwähnt. Viel drängender ist für den Städtebauminister die Selbstdarstellung. Die Wasserbäume spannen sich,"

Meine Damen und Herren, Ende des Zitats und Prost Mahlzeit!

Gleich - da bin ich mir ganz sicher - wird der Ministerpräsident an dieses Rednerpult treten und mir vorwerfen: Sie zeichnen ein Zerrbild der Wirklichkeit! Ich will doch nur das Beste.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das habe ich noch nie getan!)

- Jetzt können Sie es nicht mehr, nachdem ich dies gesagt habe. Das ist klar. Sonst ist es ritualhaft bei jeder Rede: Zerrbild der Wirklichkeit.

(Beifall bei der CDU)

(D) "Und die Landesregierung ist doch fleißig und hat so viele Projekte, die sie vorantreibt. Deshalb ist doch eigentlich alles okay."

Ich habe eben schon mal Ihr Interview aus dem "Kölner Stadt-Anzeiger" erwähnt.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Der Zeitungsleser Rüttgers!)

Dort haben Sie gesagt:

"Vieles von dem, was wir uns für die Legislaturperiode vorgenommen haben, ist bereits beschlossen ... oder auf dem Weg".

Donnerwetter!, denkt der Leser. War das in dieser Legislaturperiode eigentlich schon alles? - Meine Damen und Herren, wenn das denn Wirklichkeit wäre, dann wäre diese Legislaturperiode wirklich langweilig. Es wäre eine bleierne Zeit. Das darf nicht passieren!.

(Beifall bei der CDU)

Das Schlimme daran ist: Diese Regierung verwaltet anstatt zu gestalten - und das macht sie übrigens auch noch schlecht: Nirgendwo in Deutsch-

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) land gibt es einen so großen Investitionsstau wie in Nordrhein-Westfalen. Nirgendwo gibt es einen so großen Sanierungsbedarf.

Bei den Landesstraßen gibt es einen Investitionsstau von 1,3 Milliarden DM. Immer häufiger - jeder von uns merkt das doch - werden Schlaglöcher nicht mehr geflickt, Fahrbahndecken nicht mehr ausgebessert. Statt im Zeitalter der Globalisierung für intakte Straßen zu sorgen, verstaatlicht Clement auch noch die Straßenbauverwaltung. Von jetzt auf gleich - wie immer bei Verstaatlichungen - kostet dieselbe Behörde mit denselben Leuten, mit denselben Aufgaben in denselben Büros plötzlich 100 Millionen DM mehr, wie man in diesem Haushaltsplan nachlesen kann.

100 Millionen DM für den Leuchtturm des großen Verwaltungsreformers Clement! Auf solche Reformen kann Nordrhein-Westfalen verzichten, Herr Clement!

(Beifall bei der CDU)

- (B) In unseren Schulen gibt es einen Investitionsstau in Milliardenhöhe. Angesichts dieser dramatischen Situation kürzt die Landesregierung die Mittel für die Schulbausanierung im GFG, dem Gemeindefinanzierungsgesetz, von 55 Millionen DM auf null.

Vor allem in den Städten - und hier vor allem dort, wo bis 1999 die SPD das Sagen hatte - ist der bauliche Zustand der Schulen katastrophal. Es bröckelt nicht nur der Putz. "Vielerorts regnet es durch die Decke, giftige Schimmelpilze blühen auf." So hat es die "Rheinische Post" vor ein paar Tagen beschrieben.

In dieser Zeit, wo nichts vordringlicher wäre - dies hat auch gestern der Städtetag betont -, als die Räume in Ordnung zu bringen, die Klassen in Ordnung zu bringen, die Schulen in Ordnung zu bringen, sitzen unsere Kinder in Baracken, und die Landesregierung diskutiert über neue Regierungspaläste hier in Düsseldorf.

(Beifall bei der CDU)

Das ist unerträglich: 200 Millionen DM für einen Leuchtturm des großen Bauherrn Clement und des kleinen Bauherrn Vesper!

(Beifall bei der CDU)

In unseren Krankenhäusern gibt es einen Sanierungsbedarf von annähernd 4 Milliarden DM. Dann, wenn die Menschen besonders der Hilfe bedürfen, wenn sie krank sind, sollte es eigentlich selbstverständlich sein, dass sie in baulich einwandfreien Krankenhäusern und nach dem neuesten Stand der Technik behandelt werden.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Im Karneval sind wir besser! - Gegenruf des Heinz Härdt [CDU]: Aber nur dann!)

Im Interesse der Patientinnen und Patienten - so finde ich - dürfen wir nicht tatenlos zusehen, wie die Bausubstanz vieler Krankenhäuser verfällt und der Anschluss an die moderne Medizintechnik in Nordrhein-Westfalen verschlafen wird, weil die Landesregierung zu wenig tut.

(Beifall bei der CDU)

Folge dieses Investitionsstaus sind nicht nur schlechte Behandlungsbedingungen, sondern auch eine schleichende finanzielle Enteignung der Krankenhausträger und der zunehmende Verlust der Wettbewerbsfähigkeit vieler Krankenhäuser. Die Folge dieser Politik wiederum ist ein Krankenhaussterben, wie es jetzt das Gutachten des Westfälisch-Lippischen Krankenkassenverbandes sogar gefordert hat.

Und dies geschieht vor dem Hintergrund der Tatsache, meine Damen und Herren, dass es diese Landesregierung seit einem viertel Jahrhundert - man höre und staune: seit einem viertel Jahrhundert - nicht schafft, einen aktualisierten Krankenhausbedarfplan vorzulegen.

Ich frage Sie: Was machen Sie eigentlich in der Krankenhauspolitik dieses Landes? - Sie lassen die Krankenhäuser verfallen, statt dafür zu sorgen, dass sie Perspektive und die Menschen eine ordentliche medizinische Versorgung in diesem Land bekommen!

(Beifall bei der CDU)

In den Hochschulen gibt es einen Investitionsstau von 5 Milliarden DM, wenn man die Unikliniken mitzählt. Statt diesen Investitionsstau zu bekämpfen, wird das Gebäudemanagement auf den Bau- und Liegenschaftsbetrieb übertragen. Dieser "volkseigene Betrieb Gebäudewirtschaft" wird - wie wir aus dem Mund des Finanzministers seit

(C)

(D)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) vergangener Woche entgegen früherer Ankündigungen wissen - keinen oder kaum Gewinn machen.

Jetzt frage ich: Wie soll der Investitionsstau in unseren Hochschulen abgearbeitet werden? Wie soll in den Hochschulen etwas besser werden, wenn die Landesregierung zudem ankündigt, dass der Bau- und Liegenschaftsbetrieb seinen gesamten Gewinn - wenn es denn einen gibt - an das Land abführen muss, um die angekündigten neuen Lehrerstellen zu bezahlen?

Das haben selbst die Fachleute gemerkt. Der Forschungsausschuss hat der Forderung der CDU-Fraktion, die Verantwortung in der Hand der Hochschulen zu belassen, mit 9 zu 8 Stimmen zugestimmt. Übrigens ist das die erste Abstimmungsniederlage der Koalition in dieser Legislaturperiode gewesen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist wahrlich kein Ruhmesblatt für den selbst ernannten Hochschulförderer Clement.

Herr Clement, es bleibt dabei: Mit Einzelmaßnahmen kann man keine Strukturen verändern. Mit Leuchtturmprojekten kann man keinen vorausschauenden Strukturwandel betreiben. Wer das glaubt, der glaubt auch an Märchen. Wenn man einen Computer in einen Saftladen stellt, dann wird daraus noch lange keine High-Tech-Schmiede.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung verhält sich seit langem wie jemand, der ein kleines Häuschen hat und die Fenster nicht streicht. Im ersten Jahr merkt man gar nichts, im zweiten Jahr wahrscheinlich auch nichts, im dritten Jahr bekommt das Fenster Risse, und irgendwann ist es kaputt. Wer so handelt, verspielt, was unsere Eltern und Großeltern nach dem Krieg aufgebaut haben. Er handelt unverantwortlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Diese Landesregierung lebt nicht nur von der Substanz, sie gefährdet auch die Zukunft unseres Landes.

Wenn man den Haushalt 2001 ansieht, stellt man fest, dass das Land keine Reserven mehr hat. Es gibt keine Spielräume mehr. Alles ist irgendwie

auf Kante genäht. Finanzminister Steinbrück hat bei der Einbringung des Haushalts von den großen Haushaltsrisiken gesprochen. Er war zuversichtlich, dass diese angesichts der günstigen konjunkturellen Aussichten beherrscht werden könnten. (C)

Nun habe ich in der Debatte, die wir hier am 6. Dezember geführt haben, Zweifel geäußert, ob diese Prognosen angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in Amerika zu halten seien. Damals, Herr Ministerpräsident, haben Sie auf Ihrem Platz losgeschimpft wie ein Rohrspatz. Nun, Herr Clement, wer hat Recht behalten?

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Sie natürlich!)

Nicht, dass ich mich darüber freue, aber das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes ist vom ersten Quartal zum vierten Quartal 2000 von 3,7 % auf 1,9 % gesunken. Im Frühjahrsgutachten der führenden Wirtschaftsinstitute, das in wenigen Tagen veröffentlicht wird, werden die Wachstumsprognosen nach unten korrigiert.

Noch pessimistischer als die Wirtschaftsforschungsinstitute sind die Banken. Die BfG-Bank geht von 2,3 % Wachstum aus, die Commerzbank von nur 2,0 %, JP Morgan und Morgan Stanley gehen von 1,8 % Wachstum aus. Kurzum: Die Stimmung wird schlecht. (D)

Jetzt will ich Ihnen drei Überschriften vorlesen. Handelsblatt: "Vertrauen in den Standort Deutschland schwindet!" Umfrage der Industrie- und Handelskammern Nordrhein-Westfalen: "Im Ruhrgebiet verliert der Aufschwung an Kraft!" NRZ: "Handwerk fühlt sich von der Politik benachteiligt!" Jedem von uns hier im Saal ist klar, was das heißt. Das bedeutet weniger neue Arbeitsplätze, neue Steuerausfälle und neue Haushaltslöcher.

Ich will hier nicht in Pessimismus machen, .

(Frank Baranowski [SPD]: Scherzkeks!)

aber bei der Einbringungsrede hat der Finanzminister gesagt: Ich wäre dankbar ---

(Zuruf von der SPD: Mein Gott, ja!)

Wir haben die Debatte gerade am Sonntag auf der Meisterfeier der Handwerkskammer in Düsseldorf geführt. Da hat der Bundeskanzler darum

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) geworben, dass man Gläser, die halb voll sind, nicht als halb leer bezeichnet, und es müsse doch nicht - wie die Wirtschaft es jetzt tue - in Zweckpessimismus gemacht werden.

(Lachen bei der SPD)

- Sie lachen. Aber der Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf hat eine tolle Antwort gegeben, als der Bundeskanzler gesagt hat, wir müssten jetzt in Optimismus machen. Seine Antwort war: Richtig, Herr Bundeskanzler, auch der Kapitän der Titanic war voller Optimismus, den Eisbergen ausweichen zu können. Und die Antwort ist richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der Finanzminister hat in der Einbringungsrede gesagt:

"Ich wäre dankbar, wenn die Debatte nicht dem Muster folgt, für die gute Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung ist die Wirtschaft verantwortlich, an der schlechten ist die SPD schuld und deshalb zu tadeln."

Herr Steinbrück, das ist richtig, das gilt allerdings auch umgekehrt.

- (B) Sie können sicherlich nichts dafür,

(Frank Baranowski [SPD]: Großzügig!)

dass die Konjunktur in den USA nachlässt und im ersten Quartal 2001 wohl mit einem Minus abschließt. Sie können nichts dafür, dass in Japan der finanzielle Kollaps droht. Sie können nichts dafür, dass die Spekulationsblase an der Börse platzt und die im Dax versammelten deutschen Blue Chips an einem einzigen Tag 100 Millionen DM verlieren.

Aber Sie können etwas dafür, wenn durch die Steuerreform vor allen Dingen die Großindustrie profitiert und der Mittelstand das Ganze bezahlen muss. Das fördert die konjunkturellen Schwierigkeiten, die wir hier haben, und das haben Sie zu verantworten.

(Beifall bei der CDU und der Marianne Thomann-Stahl [F.D.P.] - Edith Müller [GRÜNE]: Das ist überhaupt nicht wahr!)

Nun habe ich heute Morgen den Mittelstand betreffend etwas Tolles gelesen. Ich habe es wirklich nicht glauben können. Da haben fünf SPD-

regierte Länder angekündigt, die Erbschaftsteuer (C) müsse erhöht werden. Herr Clement und Herr Steinbrück haben immer gesagt: Man müsse möglichst etwas für die Wirtschaft tun. Wir seien doch hier in der Tradition der Genosse der Bosse. Das machen wir nicht.

Ich lese heute in der Zeitung, dass uns der Finanzminister des Landes mitteilt, dies sei mit der Landesregierung abgestimmt und sie trage das mit.

(Beifall bei der CDU)

Ich frage mich: Wo leben Sie eigentlich? Es geht doch nicht um die Frage, wie verschiedene Vermögen bewertet und im Erbfall besteuert werden. Wissen Sie nicht, wie es im Mittelstand aussieht? Wissen Sie nicht, wie es um die Eigenkapitalversorgung des Mittelstandes in unserem Lande aussieht? Wissen Sie nicht, dass Mittelständler in der Regel ihre Altersvorsorge dadurch sicherstellen, dass sie Häuser bauen, die an die nächste Generation weitergegeben werden müssen, damit das Eigenkapital dort bleibt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wo ist eigentlich in dieser Regierung der wirtschaftspolitische Sachverstand? Statt den Mittelstand zu fördern, wird er verfolgt. Das ist furchtbar, meine Damen und Herren. (D)

(Minister Peer Steinbrück: Ein Popanz, den Sie hier aufbauen!)

Es ist nicht nur die Frage der Steuerreform, die zulasten des Mittelstandes gegangen ist. Es sind nicht nur die neuen Debatten über höhere Steuern, die wiederum zulasten des Mittelstandes gehen. Es ist nicht nur die Frage der Ökosteuer, die besonders den Mittelstand belastet und die Energiefresser begünstigt. Es sind immer neue Regelungen wie das Gesetz gegen die Scheinselbständigkeit, das 630-DM-Gesetz, die Zwangsteilzeit, das Zwangspfand und das Betriebsverfassungsgesetz vorgesehen. Sie scheinen eine Lust daran zu haben, vor allen Dingen dem Mittelstand die Luft abzudrücken, anstatt ihm zu helfen, indem Sie Arbeitsplätze schaffen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Für die Situation in Japan können Sie nichts und für die Lage in Amerika können Sie auch nichts. Aber Sie sind verantwortlich dafür, wenn das

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Wachstum in NRW seit Jahren hinter den anderen Bundesländern herhinkt, wenn seit 30 Jahren im Ruhrgebiet von Strukturwandel die Rede ist und noch immer kein Land in Sicht ist, wenn die Zahl der Meisterprüfungen in Nordrhein-Westfalen und damit die Zahl potenzieller Existenzgründer seit einem Jahr dramatisch zurückgeht und wenn die Langzeitarbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen unverändert eine der höchsten in Deutschland ist. Dazu sage ich: Das ist ein schlimmes Zeugnis für die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

In dieser Situation ist die Landesregierung praktisch handlungsunfähig. Sie kann nicht reagieren, weil sie im Haushalt keinen Spielraum mehr hat. Sie macht weiter Schulden, obwohl Haushaltslöcher drohen. Und sie hat die notwendigen Reformen versäumt.

Ich sage Ihnen: Das ist das Ergebnis von 35 Jahren sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik. Das ist eben keine Politik der Wirtschaftskompetenz. Das ist keine Politik der attraktiven Rahmenbedingungen. Das ist keine Politik, die den Mittelstand als Motor der Innovation und des Strukturwandels fördert. Kurzum: Das ist keine Politik des positiven Wirtschaftsklimas, was hier in Nordrhein-Westfalen vorherrscht. Und deshalb sind ja nicht nur das Handwerk und die Bauindustrie, sondern auch die anderen Wirtschaftszweige zunehmend sauer über die Politik dieser Landesregierung, meine Damen und Herren.

(B)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hören Sie endlich auf mit der Leuchtturmpolitik! Schaffen Sie stattdessen Freiraum für mittelständischen Unternehmergeist und für mittelständische Innovationskraft! Dann, da bin ich sicher, dann geht es auch aufwärts.

Dann ist übrigens auch die Gefahr geringer, dass man sich einmal an Ihre Hochglanzprojekte nur noch als Symbole der wirtschaftspolitischen Inkompetenz erinnert. Denn wie soll man das Trauerspiel von HDO eigentlich bewerten wenn nicht als Beweis ökonomischer Unfähigkeit, meine Damen und Herren?

(Beifall bei der CDU)

Wer etwas vom Fach versteht, hätte schon nach der ersten Standortanalyse, spätestens aber nach

dem ersten Unternehmenskonzept die Förderung verweigert. Und Sie haben wider besseren Wissens HDO in den Konkurs gefördert. Das verbirgt sich hinter dem Namen HDO: wirtschaftspolitische Inkompetenz dieser Regierung.

(C)

(Beifall bei der CDU)

Kurzum: Die Landesregierung hat in guten Zeiten ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Und wir werden alle die Konsequenzen zu tragen haben.

Das gilt dann übrigens besonders für die Armen im Land. Auch hier will ich Ihnen ein paar Schlagzeilen aus den letzten Wochen vorlesen. AWO: "Für Arme gibt es kaum Bildungschancen". "Rheinische Post": "Nicht weit von Kö und Kaviar - Kindern knurrt der Magen".

Da wird berichtet, dass in einigen Stadtteilen Düsseldorfs Schulen, Kinderhorte und Jugendclubs Frühstück oder Mittagessen ausgeben, weil die Kinder sonst nichts zu essen bekommen. Da berichtet die Leiterin einer AWO-Kindertagesstätte: Die Kinder

"kommen morgens zu uns, sobald wir öffnen, ohne Frühstück, oftmals in derselben Kleidung, die sie am Tag zuvor und auch in der Nacht getragen haben. Viele haben auch im Winter keine Strümpfe an."

(D)

(Zurufe von der SPD: Unterhosen!)

- Finden Sie das nicht peinlich,

(Edgar Moron [SPD]: Das ist doch eine Folge Ihrer Unterlassung in der Familienpolitik!)

angesichts der Not von Kindern solche Zwischenrufe zu machen und dann zu sagen, sie hätten auch noch dieselbe Unterhose an? Sie sollten sich einmal an den Kopf fassen, was Sie eigentlich da noch drin haben. Unanständig ist das!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Unanständig im höchsten Sinne des Wortes!

(Edgar Moron [SPD]: Sie sind unanständig!)

Unanständig! Mir ist übrigens völlig egal, wer dafür verantwortlich ist.

(Edgar Moron [SPD]: Sie waren dafür verantwortlich!)

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- (A) Ich weiß nur: Es darf nicht dabei bleiben, dass in einem der reichsten Länder dieser Welt Kinder hungern oder arm sind, meine Damen und Herren. Das muss geändert werden.

(Beifall bei der CDU)

Die Landesregierung hat übrigens gestern zugegeben, dass jedes siebte Kind unter 18 Jahren als arm gilt. Damit ist Armut in NRW kein Randgruppenphänomen, sondern vielmehr etwas, das für ein Fünftel der Bevölkerung zumindest zeitweise Wirklichkeit ist.

Kinderreichtum ist in NRW oft mit Einkommensarmut und einer hohen Abhängigkeit von Transferleistungen verbunden. Kinderreiche finden schlechter angemessene Wohnungen mit bezahlbaren Mieten. 62 % der sozialbedürftigen Familien sind Alleinerziehende mit ihren Kindern. Der Gesundheitszustand von sozialschwachen Kindern hat sich dramatisch verschlechtert.

Ich lese Ihnen jetzt einmal einige Auszüge aus einem Arbeitsblatt des Fachreferates Kindertageseinrichtungen des Caritasverbandes Münster vor - zum Stichwort Armut bei Kindern:

- (B) "Ein verringertes Einkommen macht sich in der Haushaltsführung bemerkbar. An erster Stelle stehen Einsparungen in der Ernährung: Kinder müssen vielfach auf Fleisch und frisches Gemüse verzichten.

Dann wird an der Kleidung gespart. Einschränkungen werden vor allen Dingen von Mädchen schmerzlich erlebt, da die Mode ein wichtiges Mittel ist, um soziales Ansehen unter Gleichaltrigen zu erlangen.

Ausgabenkürzungen bedeuten oft Ausgrenzungen bei Kinobesuchen, (meist kostspieligen) Ausflügen in Schule oder Kindergarten oder selbst bei Kindergeburtstagen, für die die Eltern mitunter nicht die Geschenke aufbringen können."

(Ewald Groth [GRÜNE]: Wer hat das Kindergeld erhöht?)

"Schlechte Ernährung, mangelnde Gesundheitsprophylaxe, soziale und emotionale Belastungen tragen dazu bei, dass Kinder häufiger Verletzungen erleiden oder erkranken, insbesondere an Infektionen der Atmungsorgane und des Magens sowie an immunologischen

Störungen, wie Asthma und Ekzemen. Armut bedeutet nicht 'nur' psychische und soziale, sondern auch körperliche Beeinträchtigungen." (C)

(Zurufe von der SPD)

- Meine Damen und Herren, ich weiß nicht, warum Sie sich aufregen. Ich mache es mir jetzt nicht so einfach und sage: Das ist das Ergebnis von 35 Jahren SPD-Politik im Land. Ich tue das nicht.

(Zurufe von der SPD)

Ich sage nur: Tun Sie endlich etwas dagegen! Da muss mehr getan werden. Und in diesem Haushalt wird zu wenig getan, um die Armut vor allen Dingen von Kindern zu bekämpfen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Der Haushalt 2001 der Landesregierung ist finanzpolitisch unsolide, sozialpolitisch unfair und ungerecht, bildungspolitisch unzureichend und wirtschaftspolitisch phantasielos.

Unser Land hier im Westen ist liebenswert und lebenswert. Wir müssen alles dafür tun, damit es das auch in 10, 20 oder 30 Jahren ist. Das ist nicht selbstverständlich, meine Damen und Herren. Die Weichen dafür müssen heute gestellt werden. (D)

Wir brauchen Aufbruchsstimmung und nicht Lustlosigkeit in der Landesregierung, meine Damen und Herren. Wir müssen Zukunft gestalten, statt Mangel zu verwalten. Wir haben die Vision von einer menschlichen Gesellschaft bei uns hier im Westen. Und wir haben mit unseren Anträgen gezeigt, dass man etwas tun und das Ganze auch seriös finanzieren kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen das beste Bildungssystem in Deutschland, in dem jeder nach seinen Fähigkeiten gefördert und gefordert wird. Deshalb haben wir in diesen Haushaltsplanberatungen ein Konzept zur Bekämpfung des Unterrichtsausfalls vorgelegt. Wir wollen 8.600 neue Lehrerstellen bis zum Ende dieser Legislaturperiode.

Wir wollen selbstbewusste Schulen, die flexibel auf Unterrichtsausfall reagieren können. Wir wollen Lehrer, die Leistung fördern und Erziehung

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

(A) und Werte vermitteln, die leistungsgerecht bezahlt werden und die an ihrem Beruf Spaß haben.

Wir wollen ein modernes und menschliches NRW. Deshalb muss Schluss sein mit dem Investitionsstau in unserem Land. 400 Millionen DM für die Krankenhäuser, 120 Millionen DM für die Landstraßen, 150 Millionen DM für die Hochschulen sollen die ärgste Not lindern. Das ist unser Investitionsprogramm für ein modernes NRW, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen ein vielfältiges, ein buntes, ein lebendiges NRW. Voraussetzungen dafür sind starke und handlungskräftige Städte, Kreise und Gemeinden. Wir lassen nicht zu, dass sich das Land auf dem Rücken der Kommunen gesundspart. Deshalb müssen die Landeszuweisungen angehoben statt gesenkt werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb wollen wir in dieser Legislaturperiode auch 1 Milliarde DM für den kommunalen Schulbau zur Verfügung stellen.

(B) Wir wollen ein soziales und gerechtes NRW. Deshalb muss Schluss sein mit den unfairen und ungerechten Kürzungen zulasten derjenigen, die es besonders schwer haben. Sie brauchen nicht Kürzungen, wie von der Landesregierung und von Rot-Grün vorgenommen, sondern sie brauchen Hilfe, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen ein wirtschaftsstarkes und ein wettbewerbsfähiges NRW. Statt Milliardengräber und Leuchttürme brauchen wir eine vorausschauende Wirtschafts- und Strukturpolitik, um die Wachstumsschwäche in Nordrhein-Westfalen zu überwinden. Wir fordern deshalb eine mittelstandsfreundliche Politik, statt den Mittelstand immer durch neue und noch mal neue Gesetze und Regelungen und immer neue und noch mal neue Steuern zu belasten. Der Mittelstand braucht Freiheit, damit er die Wirtschaft in unserem Land ankurbeln kann, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Allen diesen Zielen wird der Haushaltsentwurf der Landesregierung nicht gerecht. Deshalb wird die CDU-Fraktion diesen Haushalt ablehnen.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

(C) **Präsident Ulrich Schmidt:** Schönen Dank, Kollege Dr. Rüttgers. - Das Wort hat der Vorsitzende der SPD-Fraktion, der Abgeordnete Herr Moron.

Edgar Moron (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist sicherlich nicht Aufgabe einer Opposition und des Vorsitzenden der größten Oppositionsfraktion, die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen zu loben. Die Oppositionsfraktionen haben die Mehrheitsfraktionen und Regierung zu kontrollieren. Das ist völlig in Ordnung so. Sie haben sich dabei aber auch an den Grundsatz der Ehrlichkeit, der Wahrheit und der Wahrhaftigkeit zu orientieren.

(Beifall bei der SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das hat er getan!)

Das, was Sie, Herr Dr. Rüttgers, zur Frage der Armut in Nordrhein-Westfalen und in den anderen Teilen unseres Bundesgebietes vorgetragen haben,

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das hat wehgetan!)

ja, das hat in der Tat wehgetan - da haben Sie völlig Recht -, weil es ein hohes Maß an Heuchelei und Unehrllichkeit beinhaltet.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Sie, Herr Dr. Rüttgers, waren nicht nur Mitglied einer Bundesregierung; Sie waren auch der erste Parlamentarische Geschäftsführer der damaligen Mehrheitsfraktion der CDU/CSU, der größten Fraktion im Deutschen Bundestag. Sie waren über lange Zeit Parlamentarier im Deutschen Bundestag. Sie waren politisch mitverantwortlich für Entwicklungen in der Sozialpolitik, für eine Familienpolitik, die auch mittlerweile von ihren eigenen Parteifreunden als falsch und ungerecht empfunden wird.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie waren mitverantwortlich dafür, dass wir von den beiden großen Kirchen und allen Wohlfahrtsorganisationen in der Zeit von Helmut Kohl einen Armutsbericht erhalten haben, der noch viel drastischer war als das, was Sie eben vorgetragen haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben damals nicht protestiert. Sie haben damals nicht Ihren eigenen Kanzler, Ihre eigenen Sozialminister in der gleichen Art und Weise an-

(Edgar Moron [SPD])

- (A) geklagt, wie Sie das gerade gegenüber dieser Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen getan haben. Das empfinde ich als pure Heuchelei und als unehrlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Damit, Herr Dr. Rüttgers, zeigen Sie auch, dass Sie eigentlich schamlos jedes Instrument nutzen, um die politischen Gegner zu bekämpfen, und dass Sie keine Grenzen kennen. Ich bedauere das sehr, denn die Auseinandersetzung im Parlament sollte eine faire und eine sachliche Auseinandersetzung sein.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie sind im Ton aggressiv und laut und sachlich immer unter der Gürtellinie!

(Beifall bei der SPD - Herbert Reul [CDU]:
Unverschämt!)

Meine Damen und Herren, insofern will ich mich mit Ihrer Rede nicht weiter auseinander setzen. Sie hat, glaube ich, für sich selbst gesprochen. Im Übrigen war sie an den meisten Stellen inhaltlich ziemlich langweilig. Die Bürgerinnen und Bürger, die dies live miterleben können, werden sich fragen, ob die Wirklichkeit Nordrhein-Westfalens auch nur annähernd mit dem Bild übereinstimmt, das Sie hier gerade gezeichnet haben. Sie werden sagen: Der Mann redet von einer anderen Welt; er weiß gar nicht, wovon er redet.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen es schon länger. Die Bürgerinnen und Bürger draußen im Lande wissen es nun auch.

(Beifall bei der SPD)

Reden wir nicht weiter über Ihre Rede, wenden wir uns vielmehr dem Land Nordrhein-Westfalen zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir verabschieden heute den ersten Landeshaushalt der neuen Wahlperiode. Dieser Landeshaushalt ist das in Zahlen gegossene Programm des politischen Wandels in Nordrhein-Westfalen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Na ja!)

Mit diesem Haushalt machen wir deutlich, wie wir, und zwar die Koalition aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen, das neue Nordrhein-Westfalen gestalten wollen. Das ist unser Ziel.

Unser Land hat alte Strukturprobleme überwunden. Unser Land steht an der Schwelle zu einer der modernsten Industrie- und Dienstleistungsregionen Europas, was wir alle im Übrigen auch anhand der Untersuchungen, die nicht wir zu verantworten haben und die in den großen Zeitungen nachzulesen waren, haben feststellen können.

(C)

Unser Land gehört in die Spitzengruppe europäischer Regionen. Dorthin werden wir es sicher und konsequent führen. Das haben wir den Menschen versprochen. Das erwarten sie von uns. Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, Herr Dr. Rüttges - auch wenn Sie es nicht glauben -: Die Koalition hat dazu auch die gestalterische Kraft.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nordrhein-Westfalen ist Vorbild für wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Wir sind ein Land ständigen Wandels, eines kontinuierlichen Wachstums und von bemerkenswerter politischer Stabilität. Bei uns in Nordrhein-Westfalen sind Modernität und Geborgenheit in sozialer Verantwortung keine Gegensätze.

Deshalb haben wir die Kraft, den Mut und die Kompetenz für durchgreifende Reformen. Die größte Erneuerung, die wir mit diesem Haushalt einleiten, ist die Reform unseres Systems für Bildung, Ausbildung und Arbeit.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Unser Land - Herr Rüttgers hat dies angesprochen, und das war einer der wenigen wirklich hörenswerten Teile seines Beitrags - ist weniger anfällig für politische Extremisten von rechts und links als andere; darauf können wir stolz sein. Nordrhein-Westfalen ist etwas Besonderes in diesem Bereich. Nordrhein-Westfalen ist weltoffen, tolerant, hilfsbereit und großzügig.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen sind die Menschen stolz auf das Erreichte, ohne dabei gleich überheblich zu sein, wie man das leider immer wieder in einigen wenigen anderen Bundesländern merkt. Wir schauen auf niemanden herab, aber wir schauen auch zu niemanden herauf.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben alle Probleme - und wir hatten Probleme - immer selbst gemeistert ohne die Hilfe anderer. Darauf kann man zu Recht stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Zwei Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen besitzen keinen deutschen Pass. Sie sind selbstverständlicher und nicht mehr wegzudenkender Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie bereichern unser Land, nicht nur materiell, sondern auch kulturell.

Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus gibt es in unserem Land leider noch viel zu viel, aber diejenigen, die rechtsextremistisch und ausländerfeindlich denken und manchmal auch handeln, stellen bei uns eine verschwindende Minderheit dar. Sie finden keinen klammheimlichen Zuspruch. Sie sind geächtete Außenseiter in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ich bin der Meinung, dass das im Zusammenhang damit steht, dass die Integration von Menschen, die zu uns kommen, in unserem Land Tradition ist. Das hat etwas damit zu tun, dass Nordrhein-Westfalen gute Beziehungen zu seinen Nachbarn pflegt und wirtschaftliche Verbindungen und Kontakte in die ganze Welt hinein hat.

- (B) Dazu hatte sicher auch beigetragen, dass bei der Bekämpfung der Ausländerfeindlichkeit und des Rechtsextremismus in diesem hohen Hause alle nahe beieinander stehen, und wir gemeinsam den politischen Extremismus bekämpfen wollen. Darüber gibt es keinen Streit. Das ist gut so, und ich hoffe, dass sich hieran nichts ändert, Herr Dr. Rüttgers.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle wirken in dem vom Ministerpräsidenten ins Leben gerufenen Bündnis für Toleranz und Zivilcourage mit. Dieses Bündnis ist der sichtbare Ausdruck unseres gemeinsamen Widerstands gegen jede Form von Gewalt und Ausgrenzung. Es ist wohlthuend, dass keine in diesem Landtag vertretene Partei in jüngster Zeit die völlig überflüssige Debatte darüber, wer worauf in diesem Land stolz sein kann, durch weitere Peinlichkeiten ergänzt hat. Es gibt wirklich Wichtigeres zu tun. Darauf haben wir uns konsequent konzentriert. Und es ist gut so, dass wir diese Diskussion nicht auch noch geführt und bereichert haben.

(Beifall bei der SPD und bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

(C) Überflüssige Diskussionen stoßen die Menschen ab. Die Menschen erwarten doch von uns, dass wir Probleme lösen. Deshalb nützt es uns allen, wenn wir uns im politischen Dialog auf die Politikentwürfe, die unser Land wirklich voranbringen, konzentrieren und wenn wir über Konzepte und Prioritäten miteinander streiten.

Meine Damen und Herren, neben der Priorität für Bildung bleibt für uns das wichtigste Ziel die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Heinz Hardt [CDU]: Erbschaftsteuer!)

- Zur Erbschaftsteuer werde ich auch noch etwas sagen. Das war auch wieder an der Wahrheit vorbei. Weshalb müssen Sie das eigentlich äußern? Herr Dr. Rüttgers, haben Sie so schlechte Argumente, dass Sie immer zur Unwahrheit greifen müssen?

(Widerspruch bei der CDU)

Wissen Sie denn nicht, dass es eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gibt, zum Jahresende die Erbschaftsteuer neu zu regeln, und dass das Bundesverfassungsgericht etwas dazu gesagt hat, dass die Bewertung von Grundstücken im Rahmen der Berechnung der Erbschaftsteuer zu niedrig sei und angehoben werden müsse?

(Widerspruch bei der CDU)

Dazu haben Sie gar nichts gesagt! Dass wir an diesem Thema sehr genau mit dem sozialen Auge

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie wollen abkassieren!)

- Nun schreien Sie doch nicht so, dann müsste ich auch schreien, und die Bürger beschwerten sich dann, dass wir uns nur anschreien. Wir sollten doch miteinander reden. Dann stören Sie mich doch bitte nicht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir werden unserer sozialen Verantwortung in diesem Bereich gerecht, und wir werden gemeinsam mit den anderen Bundesländern eine Regelung für die Erbschaftsteuer finden, dass sie nicht Ende des Jahres ausläuft, sondern fortgeführt und den An-

(D)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) forderungen des Bundesverfassungsgerichts gerecht wird; denn das Bundesverfassungsgericht hat die Anforderungen gestellt und die Grenzen festgelegt. Auf den Rest komme ich später zu sprechen.

Meine Damen und Herren, kommen wir zurück zur Arbeitslosigkeit! Wir haben zurzeit noch 783.000 arbeitslos gemeldete Menschen in Nordrhein-Westfalen. Das ist viel zu viel. Unser Ziel ist es - dabei unterstützen wir den Herrn Ministerpräsidenten -, diese Zahl auf maximal 500.000 Arbeitslose am Ende der Wahlperiode zu reduzieren. Hoffentlich sind es noch weniger, aber das wäre schon ein großes Ziel.

Wir sind auf dem richtigen Weg. Ende Februar hatten wir 46.000 weniger arbeitslose Menschen, das sind 5,6 % weniger als im Vorjahr - das ist schon ein gutes Zeichen -, und knapp 6 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, das sind 2,1 % mehr als im Vorjahr. Das ist die höchste Beschäftigungsquote, die unser Land seit sieben Jahren hatte. Das ist auch eine Folge von Politik, und darauf sind wir zu Recht stolz.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Die Richtigkeit unseres Wegs wird im Übrigen auch von den Wirtschaftsinstituten bestätigt, vor allem vom Landesarbeitsamt. Sie bestätigen uns, dass der Beschäftigungsmarkt in Nordrhein-Westfalen im Aufwind ist. In der Investitionsgüterindustrie, einer der Schlüsselindustrien in Nordrhein-Westfalen, in der die meiste Kompetenz steckt, haben wir allein in den beiden ersten Monaten dieses Jahres zweistellige Steigerungsraten zu verzeichnen. Gleichzeitig ist der private Konsum angestiegen.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linszen)

Das ist die erwartete und konsequente Folge der vom Bund beschlossenen Steuerreform. Wir verlassen uns aber nicht nur auf den günstigen Wind der Gesamtkonjunktur, die besser läuft, als Herr Dr. Rüttgers es wahrhaben will. Ich verstehe, dass es aus seiner Sicht das Dümme ist, was der Opposition passieren kann, wenn nämlich die Wirtschaft floriert, alles gut geht und die Arbeitslosigkeit sinkt. Deshalb versuchen Sie es herunter zu reden. Ich sage Ihnen aber, dass Sie damit überhaupt nicht den Menschen in unserem Land nützen, aber vielleicht sich selbst.

(Beifall bei der SPD)

(C) Das Land Nordrhein-Westfalen hat seit dem Jahr 1990 allein 7,3 Milliarden DM - das ist eine gewaltige Summe für unser Land - in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit investiert. Das waren Zukunftsinvestitionen, die sich auszahlen

(Zuruf von der CDU: Bei HDO!)

durch neue Erwerbsperspektiven für die Menschen.

Der Weg, den wir in Nordrhein-Westfalen konsequent verfolgen, ist richtig. 100.000 neue Unternehmen haben in den letzten vier Jahren 800.000 Arbeitsplätze geschaffen. Auch das Rekordjahr 2000 bestätigt den frischen Wind in Nordrhein-Westfalen. Es gab allein bei uns in Nordrhein-Westfalen 27.000 Firmengründungen. Das sind 20 % mehr als im Vorjahr. Mit dieser Bilanz liegen wir einsam an der Spitze. Mit 27.000 bewilligten Anträgen auf Gründungsförderung haben wir mehr als Bayern, Baden-Württemberg und Niedersachsen zusammen. Das ist eine Folge konsequenter Mittelstandspolitik hier bei uns in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei der SPD)

(D) Das sind Fakten. Wir haben die Tore geöffnet und ein positives Gründungsklima, weil die Genehmigungsverfahren bei uns schneller abgewickelt werden als anderswo und rechtssicher sind. Die Beratungsprojekte werden bei uns passgenau betreut.

Die Erfolge, die wir haben, machen es der Opposition natürlich schwer. Wenn es gut läuft, hat es die Opposition nicht leicht, eine politische Alternative zu entwerfen. Das verstehen wir. Deswegen scheint es manchmal auch so, als rede Herr Dr. Rüttgers von einem anderen Land - das hat er bereits vorweggenommen -, nicht aber von Nordrhein-Westfalen,

(Heiterkeit bei der SPD)

wo die Menschen ihre Chancen nutzen. Nein, er redet von einem anderen Land und möchte, dass es anders ist. Herr Dr. Rüttgers, es ist aber nicht anders. Das macht es Ihnen so schwer, bei den Bürgerinnen und Bürgern Zuspruch zu finden. Sie reden von einer anderen Realität.

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Deshalb kommt er so gut an!)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Fakt ist jedenfalls, dass 42 % aller Unternehmen in Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr in die Erweiterung ihrer Betriebe investieren wollen. Das Wirtschaftsklima ist positiv.

Ich will nur ein Beispiel nennen: Daimler-Chrysler wird alleine in den nächsten sechs Jahren in sein Düsseldorfer Werk 1 Milliarde DM investieren. Jetzt arbeiten hier 5.400 Menschen. 1.000 neue kommen hinzu.

500 neue Arbeitsplätze will das Unternehmen ZeTec-Power in den nächsten drei Jahren beispielsweise in Köln schaffen. Das erwähne ich aus einem einzigen Grund: Dort haben wir die erste Serienfertigung für Brennstoffzellen. Wir wissen, dass die Brennstoffzelle die Energietechnik der Zukunft ist. Das Kölner Werk dieses Unternehmens wird ab 2004 die größte Brennstoffzellenfabrik in Europa sein. Das ist eine großartige Leistung, die belegt, dass Nordrhein-Westfalen an der Spitze der Bewegung steht.

Jeder zweite Meisterschüler findet Nordrhein-Westfalen so attraktiv, dass er hier eine eigene Existenz gründen will oder das sogar schon getan hat. Das Handwerk hat beklagt, dass die Unternehmenssteuer bei Personengesellschaften - Herr Rüttgers hat dieses Thema aufgegriffen - erst 2005 greift. Die Öko-Steuer spielt für das Handwerk auch eine besondere Rolle und wird kritisiert. Zu dem Thema hat der Bundeskanzler klare Worte gesagt, u. a. hier in Düsseldorf. Ich teile seine Auffassung, dass bei der Öko-Steuer das Ende der Fahnenstange erreicht ist.

- (B) Die Ökosteuern war notwendig, damit die Beiträge zur Rentenversicherung abgesenkt werden konnten. Eine solche Maßnahme kann aber nur zeitlich begrenzt gefahren werden. Unter ökologischen Gesichtspunkten sind die Vorschläge, die Wolfgang Clement zur Reform der Kfz-Besteuerung gemacht hat, sowieso sehr viel einsichtiger und aus meiner Sicht in sich sehr viel schlüssiger. Die Zeit dafür ist allerdings noch nicht reif; daran werden wir noch arbeiten müssen.

Herr Dr. Rüttgers, wenn Sie sich jetzt Ihre eigene Fraktion anschauen, werden Sie feststellen, dass die Reihen so leer sind, wie sie es zu Beginn der Sitzung bei der SPD-Fraktion gewesen sind.

(Beifall bei der SPD)

Auch das hat etwas mit Ehrlichkeit zu tun. Wenn ich es einmal so sagen darf, erinnert mich das

daran, dass bei der Verabschiedung des Haushalts in zweiter Lesung die CDU gerade einmal mit zwei Händen voll Abgeordneter da war. Auch Sie waren nicht da. Wahrscheinlich waren Sie im Wahlkampf in Rheinland-Pfalz.

(Zurufe von SPD und CDU)

Also: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die Kritik des Handwerks will ich gar nicht beiseite schieben. Das haben wir nicht nötig. Das Handwerk weiß, dass Wolfgang Clement und Ernst Schwanhold ihre Interessen konsequent und bundespolitisch mit Nachdruck vertreten. Das Handwerk ist bei dieser Landesregierung in guten Händen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, anders als es Herr Dr. Rüttgers dargestellt hat, ist die Förderung des Mittelstandes - da brauchen wir weder Ermahnung noch Ermunterung oder Kritik - eines der wichtigsten Ziele dieser Landesregierung. Deshalb ist das Handwerk für uns auch ein verlässlicher Partner, beispielsweise ganz zentral im Ausbildungskonsens.

Die Bundesregierung hat Prioritäten gesetzt, die wir unterstützen. Wenn die Rahmenbedingungen für das Handwerk jetzt noch weiter verbessert werden können, werden wir zu den Ersten gehören, die sich für eine Realisierung einsetzen.

Meine Damen und Herren, wir machen mit dem Haushalt, den wir hier und heute verabschieden, einen wichtigen Schritt für eine umfassende und konsequente Reform unseres Bildungswesens. Wer jungen Menschen berufliche Perspektiven eröffnen will, muss in erster Linie in Bildung investieren. Dabei bewegen wir uns natürlich in finanziell engen Grenzen. Das ist verständlich; denn mit einer Steuerreform haben die öffentlichen Kassen weniger Einnahmen.

Wir bewegen uns aber nicht neben der Sache; denn es gibt im Augenblick überhaupt keinen Grund mehr, darüber zu streiten, ob 6.100 Lehrerinnen und Lehrer zusätzlich ausreichen oder ob man noch mehr draufsatteln soll oder nicht. Wir sagen: Die Probleme, um die es geht, liegen ganz woanders. Die CDU ist hier - wie im Übrigen auch auf anderen Politikfeldern - nicht auf der Höhe der

(C)

(D)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Zeit. Herr Dr. Rüttgers, die überholte Art der Schuldiskussion, wie Sie und der größte Teil - nicht alle - in Ihren Reihen sie führen, löst keines der Probleme, vor denen wir zurzeit stehen.

Wer in den ideologischen Gräben verharrt, soll das ruhig tun. Der wird aber den Anschluss verpassen. Jedenfalls wird die Koalition nicht warten, bis sich die anderen sortiert haben und eigene Konzepte vorlegen. Wir gehen unseren Weg konsequent weiter und werden dabei erfolgreich sein.

(Beifall bei der SPD)

Selbstverständlich ist es wichtig, die Frage zu beantworten, was das Land bei der Einstellung von Lehrerinnen und Lehrern tun kann. Dabei muss man sich aber auch damit auseinandersetzen, was das Land finanziell leisten kann.

Es ist gut, dass der alte ideologische Streit um Schulformen - Gesamtschule ja oder nein? - endgültig der Vergangenheit angehört. Es ist auch gut, dass die CDU mit der Gesamtschule - lassen Sie es mich einmal so formulieren - ihren bildungspolitischen Frieden geschlossen hat.

- (B) Wer jetzt aber nur über Unterrichtsausfall und zusätzliche Einstellung von Lehrern diskutieren will, hat wieder einmal die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Im Gegensatz zur CDU haben wir aufgezeigt, wie viele Lehrerinnen und Lehrer wir einstellen können. Dieses Vorhaben finanzieren wir mit 2,2 Milliarden DM. Das wird uns noch große Anstrengungen und schmerzhaftes Kürzen abverlangen. Wir werden das aber in den nächsten Haushalten tun. Begonnen haben wir damit in diesem Haushalt, und zwar mit 800 zusätzlichen Lehrern auf der Basis einer soliden Finanzierung.

Herr Dr. Rüttgers, weil wir Klartext reden, haben wir Sie auch in dieser Frage auf dem falschen Fuß erwischt. Weil Sie dem nichts Seriöses entgegenzusetzen haben, bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als daran herumzunörgeln, andere Zahlen ins Gespräch zu bringen und über andere Themen zu sprechen. Sie haben - das sage ich Ihnen sehr deutlich - zur bildungspolitischen Konzeption der Koalitionsfraktionen und der Bildungsministerin keine diskussionswürdige Alternative. Sie stehen im Augenblick im bildungspolitischen Abseits.

(Beifall bei der SPD - Heinz Hardt [CDU]:
Was?)

(C) Mit Ihnen diskutieren doch noch nicht einmal mehr die Lehrerverbände oder sonstwer. Sie stehen mit Ihrer Frage, wie viele Lehrer zusätzlich eingestellt werden können, alleine im Raum. Dabei wissen doch alle, die sich mit diesem Thema beschäftigen, dass Sie eigentlich auch keinen Vorschlag haben, wie man das finanziert. Das ist alles unseriös.

Insofern sage ich Ihnen: Im Augenblick ist die CDU-Fraktion neben der wirklichen bildungspolitischen Diskussion. Wir können nur hoffen, dass Sie sich an unsere Seite stellen und mit uns gemeinsam diskutieren. Da haben Sie aber noch eine Menge Arbeit in den eigenen Reihen zu leisten.

(Beifall bei der SPD)

Wir arbeiten an einem Konzept, das zukunftsfähig ist. Wir wollen nicht nur an kleinen Stellschrauben drehen. Darum geht es nicht mehr. Wir gehen jetzt an den Kern der Probleme heran.

Einmal werden wir die Lehrerausbildung modernisieren und reformieren. Wir wollen ein System entwickeln, das den aktuellen Bedarf besser bedient als das bisherige, wir wollen aber auch den Studierenden mehr Flexibilität geben und damit mehr Perspektiven eröffnen. Es gibt hierzu wertvolle Hinweise des Expertenrates. Wir werden sie aufgreifen und sorgfältig prüfen. Wir sind in der Diskussion. Wir gehen dort voran.

(D)

Wir wollen ein flexibles System erproben, in dem die Studierenden am Ende ihres Fachstudiums entscheiden, ob sie wirklich den Lehrerberuf ergreifen wollen. Wenn ja, schließt sich ein erziehungswissenschaftliches Aufbaustudium an. Aber in dieses System können auch diejenigen einsteigen, die zu Beginn ihres Studiums überhaupt nicht die Absicht hatten, Lehrer zu werden, sich aber im Laufe des Studiums dieser Idee zugewandt haben. Darin sehen wir die Möglichkeit, den aktuellen Fachlehrermangel und den Fachlehrermangel, den wir auch in der Zukunft haben werden, abzubauen, und zwar vor allem in den naturwissenschaftlichen Fächern.

Ich glaube, das ist ein gutes Modell. Wir erproben es. Wenn es daran Korrekturwünsche gibt, sind wir dafür offen. Wir sind zu jedem fachlichen Dialog bereit, wünschen aber keine grundsätzliche Negierung dieser Vorschläge. Da machen wir nicht mit. Die Erprobung dieses Modells beginnt im nächsten Jahr.

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Die Lehrerreform gibt uns zugleich die Chance, einen zeitgemäßen Erziehungsauftrag klar zu definieren. Erziehung ist eben nicht nur eine Aufgabe der Schule. Darauf hat die Ministerin mit ihrem Bündnis für Erziehung aktuell hingewiesen. Die Schule kann nicht alles ausgleichen, was Eltern versäumt haben. Das wissen wir gemeinsam. Aber die Schule vermittelt und festigt auch Werte, von denen wir uns wünschen, dass die Eltern sie ihren Kindern vorleben. Wir wünschen uns eine kluge Pädagogik. Das ist auch ein Thema für eine flexible, an den modernen Erfordernissen ausgerichtete Lehrerbildung.

Die Fragen, die wir in diesem Zusammenhang zu beantworten haben, lauten: Was müssen unsere Kinder lernen? Welches Rüstzeug brauchen sie? Welche Unterrichtsinhalte müssen ihnen vermittelt werden? - Wir fordern seit geraumer Zeit eine Intensivierung des Unterrichts in den klassischen Fächern Mathematik, Naturwissenschaften und Sprachen. Wir sind uns in dieser Frage mit Frau Behler einig. Das sind Schlüsselkenntnisse, auf die wir unser Augenmerk legen und bei denen wir weitere Verstärkungen durchsetzen müssen.

- (B) Wir sprechen gleichzeitig über selbstständige Schulen, über mehr Kompetenz und Verantwortung für die Schulleiter. Wir geben Verantwortung ab. Ein System von rund 7.000 Schulen ist zu groß, um es optimal zentral steuern zu können. Wir geben Verantwortung ab, weil wir uns davon auch Wettbewerb erhoffen. Wir erhoffen uns, dass die Schulen ihr eigenes Profil entwickeln können. Wir wollen, dass die Schulen eigenverantwortlich über Sachmitteleinsatz und über Personaleinsatz entscheiden. Die Schulleiter sollen selbst entscheiden, wie sie ihr Budget für Personal, für bestimmte Sachmittel oder beispielsweise für die EDV-Ausstattung nutzen.

Wenn wir über Verantwortung und Zuständigkeiten der einzelnen Schule reden, reden wir auch über das öffentliche Dienstrecht. Sie reden gar nicht darüber. Sie haben dazu nichts beizutragen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Genau!)

Wir müssen das öffentliche Dienstrecht ändern, damit die Schulleitungen wirklich die Freiheit haben, neue Akzente im Sinne eines modernen Bildungssystem und einer effizienten Personalführung zu setzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bei der F.D.P. werden wir Zustimmung finden, wenn wir gemeinsam darüber reden. (C)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Erst einmal hören!)

Bei der CDU ist Gähnen im Saal, nichts, gar nichts! Außer "mehr Lehrer" ist da nichts. Ich bedauere das sehr.

(Zurufe von der CDU)

- Ihr habt ja nichts zu bieten, außer immer Stolz auf wer weiß was zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Wir laden alle - Berufsverbände und Lehrerverbände - zur Diskussion ein. Mit uns kann man darüber reden, was man besser machen kann. Mit uns kann man nicht darüber reden, diese Reformen zu unterlassen. Das tun wir nicht. Wir gehen diese Reformen an.

Zu Frau Löhrmann, die sich gerade umgewandt hat, sage ich: Ich bin Ihnen, liebe Kollegen von den Grünen sehr dankbar dafür, dass Frau Löhrmann in der vergangenen Woche die Bereitschaft ihrer Fraktion erklärt hat, hieran mitzuwirken. Wir ziehen hier an einem Strang. Derzeit macht es wirklich Freude zu beobachten, wie diese Koalition miteinander kooperiert. Das gilt nicht für alle Politikfelder. Manchmal gibt es auch Streit untereinander. Das gehört auch dazu. Aber wir machen gemeinsam in dieser Koalition eine moderne Politik. (D)

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Neben der Selbstständigkeit der einzelnen Schulen, die miteinander kooperieren müssen, brauchen wir auch eine neue Klärung der Frage des Verhältnisses zu den Kommunen. Das eine geht ohne das andere nicht. Wir werden uns bereits in der nächsten Woche als Fraktion der Frage zuwenden, wie wir durch eine Änderung des Gemeindefinanzierungsgesetzes beispielsweise bei der Mittelzuweisung an die Kommunen für Schulbaumaßnahmen neue Wege gehen können. Wir werden den Kommunen künftig nicht mehr vorschreiben, wofür sie diese Mittel ausgeben dürfen und wofür nicht. Die Kommunen sollen künftig selbst entscheiden können, ob sie mit dem Geld eine neue Schule bauen, eine Schule sanieren wollen oder ob sie die Ausstattung ihrer Schulen verbessern.

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Es wird nur noch eine einzige Vorgabe für diese Mittel geben, die wir im GFG bereitstellen: Dieses Geld muss ausschließlich für Schulen investiert werden, nicht mehr für Stadien, Ortsumgehungen oder die Verschönerung eines Ortsmittelpunktes. Wir wollen Prioritäten setzen bei den Schulgebäuden. In diese Richtung werden wir die Kommunen führen.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen noch eine weitere Sorge mitteilen: Wir werden auch über den Schlüssel zur sachgemäßen und gerechten Verteilung nachdenken müssen. Angemessen scheint mir eine Ausrichtung an der Zahl der Schülerinnen und Schüler zu sein. Wichtig ist aber auch die Anzahl und die Art der Schulen. Das muss man sehr fein miteinander abstimmen.

Es ist auch längst überfällig, dass wir einen Ausgleich unter den Kommunen herbeiführen, und zwar zwischen den Städten, die ein umfassendes Schulangebot bereithalten, und den Städten, die etwa keine Realschulen und Gymnasien haben, aber davon finanziell profitieren, dass andere Städte Gymnasien und Realschulen vorhalten. Diese anderen Städte tragen im Wesentlichen die Kosten, während die Ersteren damit nichts zu tun haben. Das muss in einem interkommunalen Finanzausgleich geklärt werden.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auch noch strukturelle Verbesserungen für die Lehrerinnen und Lehrer durchgesetzt. Das haben wir in der letzten Woche breit diskutiert. Das brauche ich hier nicht zu wiederholen. Ich will es aber wenigstens erwähnt haben. Das ist auch ein großes Problem vieler Lehrerinnen und Lehrer.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Durchgesetzt? Gegen wen?)

- Politisch durchgesetzt beispielsweise gegen eine Fülle finanzieller Schwierigkeiten.

All das sind Elemente unserer bildungspolitischen Reformen. Wir werden unser Bildungssystem, unser Schulsystem gravierend verändern. Wir werden nichts unterlassen, um den Qualitätsstandard unseres Bildungssystems zu sichern und auszubauen. Wir wollen das Beste für unsere Kinder. Das ist unser politisches Ziel. Damit haben

wir in diesem Haushalt einen wichtigen Schritt getan. (C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

"Wir leben in einer Zeit, die von rasantem Wandel in Technik, Wirtschaft und Arbeitswelt geprägt ist. Das verfügbare Wissen erweitert sich mit hohem Tempo. Bildung und Ausbildung müssen damit Schritt halten."

Das hat unsere Bildungsministerin in der letzten Woche in der Regierungserklärung "Vorrang für Bildung" gesagt. Sie hat darin die uneingeschränkte Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion. Uns liegt die Zukunft unserer Kinder am Herzen. Da haben wir keine Zeit zu verlieren, sondern wir wollen all das, was wir uns vorgenommen haben, zügig angehen.

Das Bildungssystem endet nicht in der Schule. Unser politischer Gestaltungswille ist nicht da erschöpft, wo die schulische Ausbildung aufhört. Wir fördern die Kinder, die lernstark sind, und führen sie schneller als bisher zum Abitur. Das Abitur nach zwölf Schuljahren wird nicht mehr nur eine Ausnahme sein. Auch für die Weiterbildung nach dem Abitur, für die Hochschulen, werden wir die Instrumente schärfen, mit denen exzellente wissenschaftliche Begabungen noch besser gefördert werden können, als das bisher der Fall war. (D)

Für die SPD-Fraktion bleibt es eine Selbstverständlichkeit, dass diejenigen nicht an den Rand gedrängt werden, denen die Bildungsabschlüsse nicht so ohne weiteres in den Schoß fallen, die vielleicht sogar ihren Schulabschluss nicht sofort schaffen. Auch diese junge Menschen werden wir gezielt fördern, nicht nur weil wir dazu verpflichtet sind, sondern auch weil wir deren Begabungen und Fähigkeiten nutzen wollen und wir in unserer Gesellschaft auf jeden einzelnen angewiesen sind. Wir wollen jeden mitnehmen und jedem die gleichen Chancen geben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wer sich einmal angeschaut hat, wie in überbetrieblichen Einrichtungen mit gezielten Qualifizierungsmaßnahmen junge Menschen, die - aus welchen Gründen auch immer - Probleme mit dem Schulsystem und dem Schulabschluss hatten, ausgebildet werden, mit welcher Begeisterung diese Jugendlichen bei der Sache sind, weil sie ernst genommen, weil sie gefördert werden, weil

(Edgar Moron [SPD])

(A) sie neben der beruflichen Ausbildung den Schulabschluss nachholen und am Ende ihre Facharbeiterprüfung vor der IHK mit Bravour ablegen können, weiß, welch wertvollen, unverzichtbaren Beitrag solche Qualifizierungseinrichtungen leisten.

Fast 70 % dieser Jugendlichen werden nach ihrer Ausbildung in feste Arbeitsverhältnisse vermittelt. Das ist ein hervorragendes Ergebnis der Schul-, Ausbildungs- und Weiterbildungspolitik in unserem Land.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Ausbildungskonsens und das Programm "Jugend in Arbeit" sind Markenzeichen nordrhein-westfälischer Arbeitsmarktpolitik geworden, und wir werden unsere Bemühungen konzentriert fortsetzen.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lindlar, Herr Moron?

(B) **Edgar Moron (SPD):** Nicht in dieser Debatte. Außerdem hatte ich selten den Eindruck, dass Herrn Lindlars Beiträge geholfen haben. - Die größten Erfolge haben wir bei der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit von Jugendlichen. Zurzeit sind davon noch rund 4.000 junge Frauen und Männer unter 25 Jahren betroffen. Diese Zahl müssen wir verringern. Aber wir haben, glaube ich, in diesem Bereich bereits große Erfolge erzielt.

Ein weiteres sozialpolitisch unverzichtbares Projekt dieser Regierungskoalition ist der massive Ausbau der Betreuungsangebote im Bereich der Schulen und Jugendhilfe.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Billigbetreuung!)

- Das ist auch wieder so ein dummes Schlagwort,

(Beifall bei der SPD)

als ob es in diesem Land nur das ganz Teure gibt und dann nur für ganz wenige.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: 90 Pfennige!)

Das ist die elitäre Arroganz der CDU, Herr Kollege.

(Beifall bei der SPD)

Ihr habt doch längst den Kontakt zu den Menschen verloren. (C)

(Widerspruch bei der CDU)

Wir brauchen viele Angebote. Wir haben Hunderttausende von Familien, die - das könnte ich mir jetzt billig machen, und ich tue das jetzt auch einmal - ein Opfer der Familienpolitik von CDU und CSU in der vergangenen Wahlperiode des Bundestages gewesen sind,

(Frank Baranowski [SPD]: So ist das!)

die allein stehend sind, die von dieser Bundesregierung - ich mache das jetzt einmal so polemisch wie Sie - systematisch in die Sozialhilfe getrieben worden sind und die jetzt, wenn sie einen Arbeitsplatz suchen, keine Nachmittagsbetreuung haben. Das Land muss das jetzt alles wieder aufbauen.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Da habt ihr versagt! - Zurufe von der CDU: Ach!)

- Ich gebe zu: Es war heftig. Ganz so würde ich es auch nicht wiederholen, wenn Herr Dr. Rüttgers nicht zu Beginn seiner Rede einen genauso schlechten Beitrag geleistet hätte.

(Beifall bei der SPD) (D)

Das Wort "genauso" sage ich bewusst. - Wir wollen, dass die vielen Frauen, die Alleinerziehenden - das ist eine hohe Zahl - nicht erst irgendwann in zehn Jahren, sondern zeitnah ein Nachmittagsangebot für ihre Kinder bekommen. Dabei müssen wir die Ansprüche an eine hohe pädagogische Betreuung mit irrem Geldaufwand herunterfahren. Wir geben den Anspruch nicht auf, aber wir reduzieren ihn,

(Beifall bei der SPD)

um ein breit gestreutes Angebot zu machen. Da lösen wir dann auch Probleme, die die Bundesminister mit Ihnen zusammen in den vergangenen 16 Jahren mit zu verantworten haben.

(Beifall bei der SPD)

Da setzen wir auf eine Fülle von Angeboten. Wir haben sie definiert; wir werden sie überprüfen. Die SPD-Landtagsfraktion wird noch vor der Sommerpause ein in sich geschlossenes Konzept vorstellen. Da steckt der Teufel im Detail. Da müssen wir mit den Ministerinnen, mit den Ministern,

(Edgar Moron [SPD])

- (A) mit der Landesregierung über die Lösungen reden; da geht es um viel Geld. Wir wollen nichts an Angeboten kaputt machen; wir wollen sie ergänzen. Aber wir werden dabei Prioritäten setzen, und einer der wesentlichen Punkte ist: Wir wollen in dieser Wahlperiode 400.000 Ganztagsbetreuungsangebote erreichen. Das ist unser Ziel. Dazu werden wir noch eine Menge Geld in die Hand nehmen müssen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Der Ausbau der Ganztagsbetreuung, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, vor allem der Jugendarbeitslosigkeit, die Modernisierung und Reform unseres Bildungswesens sind elementare landespolitische Herausforderungen. Damit wir das alles bezahlen können, brauchen wir einen florierenden Dienstleistungs- und Wirtschaftsstandort. Da sind wir auf einem sehr guten Weg.

Ein wichtiges Instrument dabei ist natürlich der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur. Kein Land in der Bundesrepublik Deutschland hat so viele Straßen wie wir in Nordrhein-Westfalen: 13.000 km Landesstraßen, 5.000 km Bundesstraßen, 2.200 km Autobahnen. Die Kreisstraßen habe ich gar nicht mitgezählt.

- (B) (Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: 200 km Stau war heute Morgen!)

Dennoch wissen wir - unser Stauexperte Möllemann hat es uns gerade zugerufen -: Unsere Straßen sind überlastet; wir haben unerträglich viele Staus. Der Investitionsbedarf für den Ausbau von Straßen, für den Bau von Ortsumgehungen steigt ständig.

(Demonstrativer Beifall bei der F.D.P.)

- Ich freue mich, dass die F.D.P.-Fraktion bei dem Thema "Staus" aufgewacht ist und glaubt, auch etwas zur politischen Debatte beitragen zu können. Alle Achtung!

30 % der Staus auf unseren Straßen werden durch Verkehrsunfälle verursacht, aber zwei Drittel aller Staus durch den viel zu starken Verkehr. An dem Ausbau unserer Straßen, an der Verbreiterung der meistbefahrenen Autobahnen, an der Beseitigung von Engpässen, am Bau von Ortsumgehungen führt kein Weg vorbei. Bis 2003

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ab!)

- (C) werden wir in Nordrhein-Westfalen aus dem Anti-Stau-Programm der Bundesregierung 1,2 Milliarden DM zum Ausbau der Bundesfernstraßen und der Autobahnen erhalten. Das ist ein Drittel der insgesamt zur Verfügung stehenden Summe - ein beachtlicher Beitrag des Bundes, damit die Verkehrssituation auf Bundesstraßen und Autobahnen verbessert wird.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

In die Ortsumgehungen werden wir aus den sogenannten UMTS-Erlösen in den nächsten drei Jahren 585 Millionen DM investieren können. Für die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur stehen insgesamt mehr als 3,2 Milliarden DM zur Verfügung. Erstmals wird im Übrigen auch der Bau von teuren Ortsumgehungen privat vorfinanziert. Herr Innenminister, wenn Kommunen demnächst auch einmal etwas privat vorfinanzieren wollen, beispielsweise Schulbauten, können Sie sich dann ja an dem Beispiel des Landes orientieren.

(Zuruf des Ministers Dr. Fritz Behrens)

- Das ist gut so.

- (D) Wir fordern und wollen, dass der Güterverkehr von der Straße auf die Schiene verlagert wird. Das sagt jeder. Aber gleichzeitig wissen wir: Gemacht wird es eigentlich nur in Ansätzen. Das ist kaum umzusetzen. Wir unterstützen deshalb ganz nachdrücklich die Landesregierung und hoffen dabei auf die Unterstützung aller Fraktionen in diesem hohen Haus, dass die Betuwe-Linie und der Eiserne Rhein ausgebaut werden, und wir erwarten auch eine Unterstützung des ganzen Hauses für den Ausbau von Logistikzentren in Nordrhein-Westfalen. Das sind wichtige Instrumente zur Reduzierung des Güterfernverkehrs auf unseren Straßen.

Von gleicher Bedeutung ist auch der Ausbau des ÖPNV. Da werden wir jährlich 3,3 Milliarden DM investieren. Wir werden uns darin auch nicht beirren lassen durch alle möglichen, manchmal absonderlichen Bemerkungen im Zusammenhang mit dem Metrorapid. Was man da so alles hört! Das sei eine Bimmelbahn. Was da im Laufe der Zeit alles an Quatsch von denjenigen erzählt wurde, die offenbar immer nur an einer Schlagzeile interessiert sind, aber nicht an einem Problem!

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Wir wollen, dass der Metrorapid eine Realisierungschance erhält. Der Metrorapid ist ein modernes, umweltfreundliches Verkehrsmittel. Er hat eine hervorragende Umweltbilanz. Er ist leiser und Energie sparer als alle anderen Verkehrsmittel, meine Damen und Herren.

Der Ministerpräsident und die Landesregierung können sich darauf verlassen: Die SPD-Landtagsfraktion will den Metrorapid. Wenn die Machbarkeitsstudie positiv ist, werden wir als Fraktion dazu beitragen, dass die entsprechenden positiven Beschlüsse für den Bau des Metrorapids hier bei uns in Nordrhein-Westfalen gefasst werden.

Meine Damen und Herren, es ist selbstverständlich, dass unser Bundesland auch leistungsfähige Flughäfen braucht. Es ist unser Ziel, die drei internationalen Flughäfen Köln, Düsseldorf und Münster/Osnabrück auszubauen und konkurrenzfähig zu halten. Es ist aber auch unser Ziel - und das sage ich hier auch, damit das nicht immer falsch verstanden wird -, dass die anwohnende Bevölkerung größtmöglichen Schutz vor Fluglärm erhält. In Nachtzeiten haben die Menschen Anspruch auf die Berücksichtigung ihres Ruhebedürfnisses. Deshalb muss der Lärm an der Quelle bekämpft werden. Im Klartext: Wer nachts fliegen will, muss dafür die leisesten Flugzeuge einsetzen. Das ist unsere Forderung, und wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten versuchen, sie durchzusetzen.

- (B) Meine Damen und Herren, im Gegensatz zu den Oppositionsfraktionen müssen die die Regierung tragenden Koalitionsfraktionen - das macht unsere Arbeit schwer - ihre politischen Forderungen immer an den finanziellen Möglichkeiten des Haushalts messen. Wir sind in der Pflicht, und dieser Finanzminister achtet strikt darauf, Mehrausgaben, die wir beschließen, auch solide zu finanzieren. Da unterscheiden wir uns von der CDU-Fraktion, die viele der Vorschläge, die sie uns vorgelegt hat, eben nicht solide finanziert hat, was letztlich zu einer Erhöhung der Nettokreditaufnahme geführt hätte.

Zur Sicherung des finanziellen Spielraums hat die Koalition eine klare Haushaltskonsolidierung abgesteckt. Diesen Kurs halten wir trotz der schwierigen Haushaltslage konsequent bei. Das zeigt der Haushaltsplan, den wir heute verabschieden, und das gilt für die gesamte Legislaturperiode.

- (C) Dem Haushalt von rund 96 Milliarden DM haben die Koalitionsfraktionen mit rund 130 Änderungsanträgen auch ihren politischen Stempel aufgedrückt. Wir finden uns in diesem Haushalt auch politisch wieder. Dabei haben wir die vereinbarten Eckwerte um keine einzige Mark überschritten. Mehrausgaben sind durch Einsparungen an anderer Stelle erwirtschaftet worden. Unser Ziel, die Neuverschuldung nicht weiter zu erhöhen, ist erreicht.

Der Landeshaushalt 2001 ist vor allem durch bundespolitische Entwicklungen geprägt. Das muss man ja auch einmal sagen. Die Auflösung des von der alten Bundesregierung hinterlassenen Reformstaus, die Konsolidierung des Bundeshaushalts durch eine konsequente Sparpolitik, die längst überfällige Steuerreform - sie haben Spuren hinterlassen, auch in unserem Landeshaushalt, auch bei den Einnahmen der Kommunen, die jetzt klagen, sie hätten so wenig Geld, was mit eine Folge der auch von Ihnen geforderten Steuerreform ist. 4,8 Milliarden DM weniger Steuereinnahmen sind eine gewaltige Belastung, die wir nur haben auffangen können, weil wir die Rücklage des Jahres 2000 in die Finanzierung des Haushalt 2001 eingestellt haben.

- (D) Die Steuerreform hat für die Einnahmen des Bundes, der Länder und der Kommunen tief greifende Auswirkungen gehabt. Sie hat zugleich aber mit wichtigen steuerlichen Rahmenbedingungen Planungssicherheit für die nächsten Jahre geschaffen, und sie hat vor allen Dingen die Attraktivität des Industriestandortes und des Dienstleistungsstandortes Deutschland erhöht. Wir hoffen, dass daraus dann langfristig und letztendlich erhöhte Mittel in den Konsum fließen und damit Arbeitsplätze geschaffen werden können und dann auch wieder die Steuerquellen kräftiger sprudeln, als es in diesem und im nächsten Jahr der Fall sein wird.

Meine Damen und Herren, wir haben uns an dem Haushalt dieses Jahres konsequent und konstruktiv beteiligt, und ich sage einmal - darauf sind wir als SPD-Fraktion auch stolz -: Dieser Haushalt ist stocksolide.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Er ist stocksolide! Herr Dr. Rüttgers, ich freue mich über Ihre hämische Reaktion. Sie gibt mir nämlich Anlass, auf Folgendes hinzuweisen: Es

(Edgar Moron [SPD])

- (A) wird Ihnen nicht gelingen, die Menschen hinter Licht zu führen. Völlig an der Wahrheit vorbei haben Sie, Herr Dr. Rüttgers, kürzlich behauptet, unser Ministerpräsident sei der größte politische Geldvernichter in NRW, und Sie haben ihn als solchen in der Öffentlichkeit verunglimpft.

Ich halte Ihnen jetzt einmal die Aussage eines internationalen Finanzinstituts vor, das vor wenigen Wochen in einer Stellungnahme Folgendes festgestellt hat. Die Agentur ist die internationale Rating-Agentur Moodys, die zu Nordrhein-Westfalen Folgendes gesagt hat. Das hat übrigens etwas damit zu tun gehabt, Herr Finanzminister, dass Sie entsprechende Anleihen auf den Markt bringen wollten. Dazu hat die Agentur Nordrhein-Westfalen bewertet. Jetzt hören wir einmal nicht Herrn Rüttgers, den wir ja kennen, sondern jetzt hören wir Leute, die etwas von Finanzen verstehen - ich zitiere -:

"Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen betreibt eine solide Finanzpolitik. Dies zeigt sich zum einen an dem niedrigen Haushaltsdefizit aufgrund des langsameren Anstiegs der öffentlichen Ausgaben seit 1997, zum anderen in dem moderaten Anstieg der Nettoneuverschuldung seit 1988."

- (B) Wörtliches Zitat! Das sagen informierte Finanzfachleute, die anderen Ratschläge geben, die also nicht nur so etwas dahinplappern, sondern die an dem, was sie sagen, gemessen werden, ob das der Wahrheit entspricht. Und dann haben Sie die Geldvernichtungsaussage von Herrn Dr. Rüttgers. Meine Damen und Herren, suchen Sie sich aus, wer die Wahrheit sagt! Ich glaube, da besteht doch überhaupt kein Zweifel.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Völlig klar ist, dass in Zukunft finanzielle Probleme auf uns zukommen. Nicht zuletzt die finanziellen Konsequenzen der im Zusammenhang mit unserer Bildungsinitiative gefassten Beschlüsse werden uns erheblich zu schaffen machen. Deshalb werden wir künftig nur noch das finanzieren können, was wir wirklich finanzieren müssen.

Von daher schauen wir mit großer Aufmerksamkeit auf die zusätzlichen steuerlichen und anderen finanziellen Belastungen, die von Bundeseite auf uns einwirken werden: natürlich die künftigen Auswirkungen der Steuerentlastungsgesetze, die Kosten aus dem Familienleistungsausgleich und aus der Erhöhung des Kindergeldes ab 2002, die

- Kosten der BAföG-Reform. Daneben stehen wir vor allem den ständig wachsenden Pensionslasten des Landes gegenüber, die sich in den nächsten 10 bis 15 Jahren verdoppeln werden. (C)

(Der Ministerpräsident führt mit einigen Ministern ein Gespräch.)

- Hört mal, Kollegen, dass ihr jetzt hier eine Kabinettsitzung durchführt, während ich versuche, die positiven Aspekte eurer Arbeit herauszustellen, halte ich nicht für in Ordnung.

(Beifall bei der SPD - Allgemeine Heiterkeit)

Kommen wir zurück zu den wirklichen Problemen. Reden wir jetzt einmal nicht über das, was Sie erzählt haben, Herr Dr. Rüttgers, sondern reden wir einmal über die wirklichen Probleme.

(Zurufe und Unruhe bei der CDU)

- Nun beruhigt euch doch wieder! - 1997 hatten wir in Nordrhein-Westfalen 111.000 Versorgungsempfänger, im Jahr 2020 werden es rund 225.000 sein. Das ist eine Steigerung um 102 %. Auf jeden aktiven Mitarbeiter im öffentlichen Dienst Nordrhein-Westfalens kommt dann ein Versorgungsempfänger. Wir sagen, hier gibt es einen aktuellen akuten Handlungsbedarf. Wir erwarten von der Landesregierung, Herr Ministerpräsident, dass sie dem Landtag noch in diesem Jahr ein Konzept zur mittelfristigen Entlastung des Personalhaushalts zuleitet. (D)

Die Begrenzung der Personalausgaben wird dabei eine entscheidende Rolle spielen. Wir müssen Möglichkeiten finden, wie wir die enormen Lasten, die auf diejenigen zukommen, die nach uns Verantwortung tragen werden, so gering wie möglich halten; denn das Land muss finanziell handlungsfähig bleiben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden alles tun,

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Na ja, alles nicht!)

um diese Handlungsfähigkeit wieder herzustellen. Wir werden uns deshalb allen Förderprogrammen zuwenden, die das Land in seinem Gesamtbudget hat.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Könnten Sie sagen, wann?)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Die von den Koalitionsfraktionen und der Landesregierung gemeinsam eingesetzte Sparkommission wird einen Katalog von Einsparpotenzialen erarbeiten. Unsere Ziele sind dabei klar definiert. Wir fördern nur noch die Programme, die unverzichtbar sind. Wir setzen verstärkt auf neue, innovative Förderinstrumente. Anstelle der verlorenen Zuschüsse müssen wir stärker auf die Förderung von Darlehen, die Gewährung von Bürgschaften und auf die Verknüpfung dieser Instrumente setzen. - Das ist unser Ziel. Da haben wir uns viel vorgenommen und werden dafür noch viel Arbeit investieren müssen. Im Übrigen werden wir auch mit denjenigen, die bisher von diesen Förderprogrammen profitiert haben, noch sehr streitige Debatten zu führen haben.

Der erste Haushaltsplan der neuen Legislaturperiode - ich sagte es bereits - schreibt eine erfolgreiche und offensive Politik für unser Land fort. Wir stärken den Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen. Wir investieren in Bildung wie nie zuvor. Wir stärken unsere Hochschulen. Wir erhöhen das Angebot an Ganztagsbetreuung für Kinder. Wir investieren beachtliche Mittel in den Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur.

- (B) Neben diesen herausragenden Zielen der Landespolitik weist der Landeshaushalt aber auch ein deutliches sozialpolitisches Profil auf.

Wie in den Jahren zuvor stehen der Stiftung Wohlfahrtspflege mehr als 50 Millionen DM zur Verfügung. Das ist ein klares Zeichen für eine problemgerechte Alten- und Behindertenhilfe und -politik.

Die Wohlfahrtsverbände unterstützen wir mit 32 Millionen DM. Bei uns in Nordrhein-Westfalen erbringen die Wohlfahrtsverbände rund 85 % aller sozialen Dienstleistungen. Das verdient unseren Dank, aber auch unsere finanzielle Unterstützung.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind der Meinung, alte Menschen sollten so lange wie möglich in ihrer häuslichen Umgebung bleiben. Deshalb erhöhen wir die Mittel zur Finanzierung so genannter komplementärer ambulanter Dienste

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Erhöhen? Senken tun Sie die!)

um 4 Millionen DM auf nunmehr 10 Millionen DM. Für die Altenerholung haben wir den Ansatz

- (C) um 5 Millionen DM erhöht und stellen damit genauso viel Geld wie im Vorjahr zur Verfügung. Die Landesregierung hatte den Betrag gekürzt. Wir haben ihn wieder auf den alten Betrag angehoben.

(Beifall der Vera Dedanwala [SPD])

Die Etatansätze für die Gesundheitspolitik sind trotz schwieriger Haushaltsverhältnisse auf hohem Niveau stabilisiert worden. Bei der Sucht- und Drogenpolitik hat die Koalition die Haushaltsansätze um 3,5 Millionen DM erhöht. Für den Ausbau des Maßregelvollzuges stehen 116 Millionen DM im Haushaltsplan zur Verfügung.

Der Haushalt setzt nach unserer Überzeugung die richtigen Schwerpunkte. Wir werden - auch mit einem Haushalt - nicht alle gesellschaftlichen Probleme lösen können. Aber wir sind auf einem guten Weg. Wir werden uns der Zukunft und ihren Herausforderungen mutig stellen.

Die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik Deutschland sind in einer Phase des Umbruchs. Der Staat kann nicht mehr für alles und für jeden verantwortlich sein. Er kann nicht mehr alles leisten. Das wissen wir. Der Staat wird nicht mehr alle Lebensrisiken abdecken können. Die Bürgerinnen und Bürger werden künftig mehr Verantwortung selbst schultern und übernehmen müssen.

(D) In diesem Zusammenhang finde ich es besonders bedauerlich - um nur dieses Wort zu verwenden -, dass jetzt in der Rentendiskussion, insbesondere über die Frage eines eigenen Beitrages zur Rentensicherung, eine parteipolitisch motivierte Debatte geführt wird mit dem Ziel, die Koalition in Schwierigkeiten zu bringen. Dabei nimmt man sozusagen zukünftige Generationen für zukünftige Rentnerinnen und Rentner in politische Haft. Was die CDU da macht, ist gegenüber den zukünftigen Generationen politisch unverantwortlich.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir können nur hoffen, dass es, wie bei der Steuerreform, noch einige Landespolitiker der CDU mit einem Funken von Verantwortung gibt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Arbeitsmarkt und die Berufe der Zukunft befinden sich in einem rasanten Wandel. Kaum jemand kann wohl davon ausgehen, mit dem erlernten

(Edgar Moron [SPD])

- (A) Beruf in Rente gehen zu können. Qualifizierung und lebenslanges Lernen nehmen deshalb einen immer höheren Stellenwert ein. Hier sind an erster Stelle die Unternehmen gefordert. Dies ist aber vor allem auch eine Herausforderung an das Bildungs- und Weiterbildungssystem unseres Landes. Wir stellen uns mit diesem Landeshaushalt dieser Herausforderung.

In der Wissensgesellschaft des 21. Jahrhunderts muss der Zugang zu den neuen Medien offen sein. Das ist die grundlegende Voraussetzung dafür, mit der Entwicklung Schritt zu halten, die eigene Zukunft zu gestalten und sich den Lebensunterhalt selbst verdienen zu können. Die Politik muss Sorge dafür tragen, dass nicht ganze Bevölkerungsschichten ausgegrenzt werden und es zu einer digitalen Spaltung unserer Gesellschaft kommt. Das stellt hohe Anforderungen an unser Bildungssystem, auch an unsere Sozialpolitik. Wir werden diesen Anforderungen mit unseren landespolitischen Entscheidungen gerecht werden.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gehen wir neue Wege. Die Jobrotation, die Harald Schartau in den letzten Wochen vorgestellt hat, ist ein Erfolg versprechendes Modell für neue Beschäftigung und Qualifizierung. Herr Minister, Sie haben die volle Unterstützung der SPD-Landtagsfraktion auf diesem Weg. Wir hoffen, dass er erfolgreich ist. Wir helfen Ihnen dabei.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der vergangenen Woche hat die Frage der Kohle in diesem Landtag eine Rolle gespielt - merkwürdigerweise an einer ganz anderen Stelle. Wir werden uns nicht von unserem Weg abbringen lassen, dem heimischen Energieträger Kohle eine sichere Zukunft in Nordrhein-Westfalen zu garantieren. Den populistischen Verirrungen der F.D.P., vor allen Dingen des Herrn Möllemann,

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Na!)

zum Ausstieg aus der Steinkohle in Nordrhein-Westfalen setzen wir ein klares "Mit uns nicht" entgegen. Mit uns nicht!

(Beifall bei der SPD - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das war jetzt ein bisschen frech!)

Wir sehen mit Bedauern, dass sich die F.D.P. mit Herrn Möllemann an der Spitze sozusagen den

Bergbauegegnern anbietet, die beispielsweise den (C) Aufschluss neuer Kohlefelder in Walsum verhindern wollen. Da biedern Sie sich ja geradezu an.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Wir helfen den Menschen bei der Rettung ihrer Einfamilienhäuser!)

Ich sage Ihnen, Herr Möllemann: Sie machen denselben Fehler, den unser Koalitionspartner in seinen wilden Jahren mit Garzweiler II gemacht hat.

(Lachen bei der F.D.P.)

Sie führen die F.D.P. auf ein Schlachtfeld, das andere längst verlassen haben.

(Zuruf von der F.D.P.: Das war sehr verräterisch!)

Sie werden, Herr Möllemann, nichts aufhalten. Die "Volkspartei F.D.P." und Sie an der Spitze werden nichts aufhalten.

(Zuruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

Das Einzige, was Sie erreichen können, Herr Möllemann, ist die Verunsicherung der Menschen vor Ort und die Verunsicherung derjenigen, die im Bergbau ihre Arbeit haben, ihr Geld verdienen und damit ihre Familien ernähren. Sie werden damit in Nordrhein-Westfalen kein Vertrauen gewinnen. (D)

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Wer ehrlich ist zu den Menschen, muss ihnen sagen, dass es zum Aufschluss der Kohlefelder am Niederrhein im Bereich Walsum keine Alternative gibt.

(Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das kann ja wohl nicht wahr sein!)

Das Ziel der gewaltigen Anpassungsleistungen im Steinkohlebergbau und der so genannten Nordwanderung ist die Konzentration auf die kostengünstigen Lagerstätten, unabdingbar verbunden mit möglichst effektivem Mitteleinsatz. Das ist das strategische Unternehmensziel. Wir werden das Unternehmen dabei unterstützen. Dahinter steht die SPD-Landtagsfraktion, dahinter steht die Landesregierung, dahinter steht auch der Bundeskanzler. Das ist exakt das, was auch die EU-Kommission fordert: die Konzentration auf die kostengünstigsten, die effektivsten Kohlefelder,

(Edgar Moron [SPD])

(A) die wir haben. Die liegen genau in diesem Bereich.

Meine Damen und Herren, es wird über 2005 hinaus --- Ich richte das jetzt auch an die "große Partei" F.D.P., die ja immer größer sein will, als sie eigentlich ist. Das wollen alle Parteien. Aber solche fantastischen Ziele, wie die F.D.P. sie hat - da hat Herr Rüttgers Recht: Wenn man alle Landtagswahlergebnisse zusammenzählt, erreicht sie noch keine 18 %. Aber das macht ja nichts.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Geduld!)

Meine Damen und Herren, wir konzentrieren uns auf den Bergbau in Nordrhein-Westfalen. Wir werden versuchen, alles in unserer Macht Stehende zu tun - und wir werden dabei erfolgreich sein -, dass der Steinkohlebergbau in diesem Land genauso wie auch die Braunkohle eine Zukunft haben. Garzweiler II hat einen rechtskräftigen Rahmenbetriebsplan. Walsum wird einen rechtskräftigen Rahmenbetriebsplan erhalten. Dieser Rahmenbetriebsplan hat für den deutschen Steinkohlebergbau insgesamt strategische Bedeutung. Er wird nach Recht und Gesetz geprüft und dann genehmigt werden. Mit welchen Auflagen der Antrag des Bergbautreibenden auf Genehmigung des Rahmenbetriebsplans beschieden wird, ist noch völlig offen; das wird sich zeigen. Aber eine politische Einflussnahme von uns oder auch von Ihnen wird es in diesem Verfahren nicht geben.

(B)

Meine Damen und Herren! Sicherheit in der Energieversorgung verlangt einen ausgewogenen Energiemix. Dazu gehört auch die heimische Braunkohle und die Steinkohle. Ich habe schon einmal in einem Zwischenruf gesagt: Wenn wir so verfahren, wie es die F.D.P. will, dann lässt Kalifornien grüßen. Dann gibt es nämlich irgendwann die Krise in der Energieversorgung. Wer sich nur von Energieimporten abhängig machen will, ist eben überhaupt nicht mehr selbstständig, sondern er ist abhängig!

(Beifall bei der SPD)

Das wollen wir nicht. Wir wollen einen nationalen Primärenergiesockel, der die Preisanfälligkeit und die Wechselkursrisiken von Energieimporten reduziert.

(Zuruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

Weil das so ist, bleibt die SPD-Fraktion dabei: Der von Wolfgang Clement vorgezeichnete Weg ist das zentrale Element der Verhandlungen von Bundes- und Landesregierung mit der EU. Wir wollen den 15-%-Sockel. Den will der Bundeskanzler, den will der Bundesfinanzminister, den will der Bundeswirtschaftsminister, den will unser Wirtschaftsminister. Wir wollen einen Energiesockel von 15 % mit der Möglichkeit, ihn beihilfe-rechtlich freizustellen, d. h. mit den Möglichkeiten einer nationalen Förderung.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Subventionen also!)

Wir begrüßen, dass der Bundeswirtschaftsminister entsprechend dieser Maßgabe die deutschen Interessen in Brüssel auch in dieser Woche wieder energisch vertreten wird.

Zu den betriebsbedingten Kündigungen, wie sie die F.D.P. nicht nur billigend in Kauf nehmen will, sondern sogar fordert, Herr Möllemann, sagen wir ein entschiedenes Nein. Das wird es mit uns nicht geben. Darauf können sich die Leute in den betreffenden Gebieten verlassen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Schauen wir mal!)

- Auf Sie können sie sich nicht verlassen. Auf uns können sie sich verlassen.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, sie haben auch einen Anspruch darauf. Denn in keinem Industriezweig in Deutschland haben die Beschäftigten selbst so viele Opfer gebracht, auch finanzielle Opfer. In keinem anderen Industriezweig ist so viel geleistet worden, damit die Anpassung sozialverträglich gestaltet werden kann. Die Kumpel haben ihre Zusagen eingehalten. Wir halten unsere Zusagen ein. Wir wollen - und in diesem Punkt wissen wir uns mit Ihnen, Herr Dr. Rüttgers, einig -, dass der Bergbau ein wichtiger Arbeitsmarktfaktor in unserem Land bleibt und dass er eine Zukunft in unserem Land hat. Wir wollen den Steinkohlenbergbau und die regenerativen Energien auch in Zukunft mit Landesmitteln unterstützen.

Meine Damen und Herren! Entscheidungen der Europäischen Union, vor allem der Kommission, nehmen in immer stärkerem Maße Einfluss auf unser landespolitisches Geschehen. Es ist richtig

(C)

(D)

(Edgar Moron [SPD])

- (A) und notwendig, dass unser Ministerpräsident in Brüssel die Interessen der Regionen vertritt und deren Bedeutung klarmacht.

Nordrhein-Westfalen liegt im Herzen Europas, und wir müssen eine führende Rolle bei allen anstehenden Prozessen übernehmen. Nordrhein-Westfalen muss Anwalt, Motor und Vorbild der regionalen Interessen in Europa werden. Wir unterstützen Sie, Herr Ministerpräsident, in dieser Politik. Wir unterstützen Sie dabei, die Länderkompetenzen gegenüber der Europäischen Union stärker herauszustellen, aber dann auch zu stärken.

Europa wird nur dann sozial gerecht und wirtschaftlich stark werden, wenn die Regionen dieses Kontinents in einem fairen Wettbewerb miteinander um die besten Lösungen ringen können. Ein alles nivellierender Zentralismus wäre Gift für die Zukunft Europas.

Ein solider Haushaltsplan, meine Damen und Herren, ist die Voraussetzung für eine solide und erfolgreiche Politik. Die SPD-Fraktion ist sich bewusst, dass die Reformen im Bildungsbereich nur durch Umschichtungen im Landeshaushalt finanziert werden können. Die SPD-Fraktion ist bereit, die sich daraus ergebenden Konsequenzen zu tragen und zu vollziehen.

(B)

Wir sind stolz darauf, dass trotz der schwierigen Haushaltslage auch der erste Landeshaushalt dieser Legislaturperiode klare politische Zielsetzungen hat. Mit diesem Haushalt werden die Weichen für die Zukunft unseres Landes in die richtige Richtung gestellt. Wir setzen auf einen Neubeginn in vielen Bereichen. Wir gehen mit Schwung und Entschlossenheit an die Lösung der Aufgaben, die jetzt vor uns stehen.

Das neue Nordrhein-Westfalen, das wir gestalten, ist modern und innovativ. Nordrhein-Westfalen war Vorbild für einen umfassenden Strukturwandel - ohne soziale Brüche. Unser Land war und ist politisch gut geführt. Die Menschen leben gerne hier, und sie nutzen ihre Chancen.

Deshalb wird Nordrhein-Westfalen am Ende dieser Legislaturperiode die modernste Industrie- und Dienstleistungsregion Europas sein, und dazu sagen wir allen ein herzliches Glückauf!

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Moron. - Für die F.D.P.-Fraktion erteile ich jetzt ihrem Vorsitzenden, Herrn Möllemann, das Wort. (C)

Jürgen W. Möllemann (F.D.P.): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger! Fast ein ganzes Jahr liegen die Landtagswahlen des Jahres 2000 hinter uns. Was hat die rot-grüne Landesregierung in diesem Jahr von ihren Versprechungen verwirklicht? - Nichts.

Der einzige Unterschied zur vorigen Legislaturperiode ist, dass dieses Nichts ohne die früheren Geräusche abläuft. Früher gab es zwischen Rot und Grün so viel Zoff, dass die Öffentlichkeit den Eindruck haben konnte, es geschehe doch noch etwas. Jetzt sind die Grünen so kusch, so brav und so lieb - wie Herr Moron das zu Recht gesagt hat -, dass nicht einmal mehr das geschieht. Es geschieht rein gar nichts.

(Beifall bei der F.D.P. - Widerspruch bei den GRÜNEN)

Dächte ich nur an die Interessen meiner Partei und den nächsten Wahlkampf, könnte mir das Recht sein. Dann kann man leicht angreifen. Aber für die Menschen in Nordrhein-Westfalen und vor allem für die junge Generation muss jetzt das Richtige getan werden. Das ist uns wichtiger. Das hat Vorrang. (D)

Ich mag eine Tradition, die es offenbar hier im Hause gibt, überhaupt nicht, nämlich dass lautstarke Polemik oft den fairen Wettkampf der Argumente ersetzt. Die Menschen draußen erwarten aber von uns die Lösung der Probleme, die ihnen auf den Nägeln brennen. Ich finde, wir sollten in der Sache darüber streiten, wer die besseren Lösungen hat. Wir sollten auch den Mut haben, unbequeme Lösungen zu verwirklichen, denn die unbequemen Lösungen sind meistens die besseren Lösungen.

Gute demokratische Tradition dieses Hauses ist es zu prüfen, ob im Landeshaushalt das finanziert wird, wovon wir hier politisch reden. Dieser Tradition komme ich gerne nach.

"Nordrhein-Westfalen will und wird das soziale Gewissen der Bundesrepublik Deutschland sein", so hieß der von Rainer Barzel in einer eindrucksvollen

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) vollen Rede in der vergangenen Woche hier zitierte und 1950 formulierte programmatische Anspruch von Karl Arnold, den wir vor wenigen Tagen zu Recht als ersten und bedeutenden Ministerpräsidenten des volkreichsten deutschen Bundeslandes geehrt haben.

Mir hat übrigens gut gefallen, was Rainer Barzel auch zu bestimmten Entwicklungsprozessen und Entscheidungen im Verhältnis zwischen Karl Arnold und der F.D.P. gesagt hat - zumal er versucht hat, die Motivation zu erforschen, dabei aber nicht nur von der Vergangenheit, sondern klugerweise auch von Gegenwart und Zukunft gesprochen hat.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wenn wir unser Nordrhein-Westfalen heute sehen, dann müssen wir den genannten Anspruch im Jahr 2001 neu formulieren, und zwar wie folgt: Nordrhein-Westfalen muss wieder zum ökonomischen Motor Deutschlands werden, damit es auch seiner sozialen Verantwortung gerecht werden kann. Für ein wirtschaftlich modernes und deshalb sozial starkes Nordrhein-Westfalen zu arbeiten, das ist unsere Aufgabe. Das ist aber vor allem auch Ihre Verantwortung, Herr Ministerpräsident. Das ist auch die Verantwortung Ihrer Regierung.

(B)

Die Bedeutung unseres Landes in Berlin und Brüssel steht und fällt mit seinem ökonomischen, kulturellen und sozialen Gewicht. Also: Machen wir NRW zu einem wirtschaftlich, kulturell und sozial starken Land. Sorgen Sie vonseiten der Landesregierung dafür, dass die Interessen Nordrhein-Westfalens in Berlin und Brüssel nicht nur gehört, sondern auch beachtet und umgesetzt werden. Darauf haben Sie Ihren Eid abgelegt, und daran müssen Sie sich messen lassen.

Als Messlatte haben Sie uns auch Ihren Landeshaushalt vorgelegt. Er ist Ausdruck Ihrer politischen Absichten. Daran, aber natürlich auch an den Taten, muss sich Ihre politische Arbeit messen lassen, und das ist Aufgabe dieser Haushaltsdebatte. Schauen wir einmal nach, was dabei herauskommt.

Zunächst zur Schulpolitik; wir haben darüber in der vergangenen Woche mit viel Engagement debattiert. Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Adresse der Pressebank Folgendes sagen: Eines der unsäglichsten Argumente, das ich in

Kommentaren lese - übrigens widerfährt das jedem von uns -, ist, man habe einen bekannten Standpunkt wiederholt. Ja natürlich: Bis ein Inhalt so gestaltet ist, wie man ihn programmatisch gestaltet sehen möchte, muss man ihn immer wieder wiederholen. Das werden die Journalisten ertragen müssen. (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben hier festgestellt - ich bekräftige den Kern dieses Befunds -: Herr Ministerpräsident, Frau Behler, Ihr Stufenprogramm für eine verlässliche Schule kommt zu spät und reicht hinten und vorn nicht aus. Es ist eine herbe Enttäuschung für viele Eltern, Lehrer und Schüler, denen ganz andere Versprechungen gemacht worden sind. Wir fordern daher: Stocken Sie Ihr Programm auf das von uns geforderte 3-Milliarden-Programm für Schule, Wissenschaft und Forschung auf!

(Beifall bei der F.D.P.)

Investieren Sie jetzt und sofort massiv in Bildung, Ausbildung und Erziehung der jungen Generation!

Dabei, Herr Moron, geht es nicht nur um die Kritik an einzelnen Aspekten des Unterrichtsausfalls, sondern um die Konzeption, die wir in folgenden Punkten verwirklicht sehen möchten: Wir wollen Personal- und Finanzautonomie für alle Schulen. Wir wollen die grundlegende Reform der Gesamtschulen, die wir für dringend notwendig halten. Wir wollen das Abitur an den Gymnasien für alle Abiturienten nach zwölf Jahren. (D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir wollen das verbindliche Grundschulgutachten zur Qualitätssicherung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir wollen Englisch ab der ersten Klasse.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir wollen höhere Leistungsanforderungen an Schüler und Lehrer. Wir brauchen die nachhaltigere Förderung von hoch begabten und lernschwachen Schülern. Wir brauchen - ich habe mit Interesse gehört: Sie haben das vor - eine Reform der Lehrerbildung. Da werden Sie um die Abschaffung des Beamtenstatus nicht herumkommen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) Die staatliche Schule, meine Damen und Herren, wird zur sozialen Falle, wenn gute Bildung nur noch an ihr vorbei hinzugekauft werden kann. Wir machen uns keine Sorgen um die Kinder gut verdienender Leute. Die verschaffen ihren Kindern mit ihren finanziellen Möglichkeiten eine erstklassige Bildung dort, wo es sie zu kaufen gibt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Wir sorgen uns um jene, die ihre Chance nur im öffentlichen Bildungswesen suchen können. Vor allem für sie müssen wir Schulen, Hochschulen und Berufsausbildung fit machen.

Ein gut ausgestattetes Bildungssystem ist die Grundvoraussetzung für faire und gleiche Bildungschancen am Start. Dem stimmen Sie alle zu. Aber dann muss gehandelt werden, heute und sofort, ohne weitere Ausflüchte in Gestalt von Ankündigungen, die verdächtig nach Schieberverfügungen riechen.

Immer neue Bündnisse und runde Tische - ich habe übrigens vor geraumer Zeit darum gebeten, Herr Ministerpräsident, einen Überblick zu bekommen, wie viele es davon eigentlich gibt; denn ich habe das Gefühl, Sie wissen das selber nicht;

- (B) (Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

der Brief ist jetzt mehrere Monate alt und Sie antworten nicht; das finde ich merkwürdig - dürfen nicht Aktivitäten vortäuschen und das eigentlich notwendige politische Handeln auf den Sankt-Nimmerleins-Tag hinausschieben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir brauchen nicht immer neue Bündnisse; wir brauchen eine konsequente und mutig handelnde Politik.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das Gleiche gilt auch für die nordrhein-westfälischen Hochschulen. Geben Sie den Hochschulen umfassende Autonomie. Sie kündigen an, dass Sie das wollen; doch Sie machen immer noch das Gegenteil.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Soeben haben Sie die Hochschulliegenschaften gegen den Wunsch der Hochschulen und gegen den Rat vieler Experten in einen staatlichen Landesbetrieb übernommen. Wenn hochrangige Experten 650 DIN-A4-Seiten benötigen und nicht weniger als 500 Reformvorschläge für das nordrhein-westfälische Hochschulwesen fordern, dann ist das wirklich ein Beleg für eine bislang fragwürdige Politik; denn sonst bräuhete man nicht 500 Veränderungsvorschläge.

(C)

Ich möchte Sie, Frau Behler, bitten, das Gutachten des Expertenrates insbesondere als das zu verstehen, was es sein soll, nämlich als Handlungsanleitung für Hochschulen, denen man die Autonomie gibt, diese Empfehlungen auch umzusetzen. Sie sollten die Hochschulen und nicht Ihre Bürokratie entscheiden lassen, welche Angebote sie den Studenten und Forschern machen; sonst wird es nicht besser.

(Beifall bei der F.D.P.)

Geben Sie den Hochschulen die Finanz- und Personalautonomie. Geben Sie ihnen das Recht zur Rekrutierung ihres Lehr- und Forschungspersonals. Streichen Sie gleichzeitig den Status von unkündbaren Professorenbeamten. Nicht von Gremien, die Verantwortung vertuschen, sondern von einer verantwortlichen Hochschulleitung muss die Personalpolitik der Hochschulen gemacht werden.

(D)

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Der lähmende Zustand der organisierten Verantwortungslosigkeit des deutschen Hochschulwesens muss zur Gänze durch moderne Strukturen ersetzt werden.

Ich selbst habe Anfang der 70er-Jahre als sehr junger Abgeordneter im Deutschen Bundestag bei der Lesung des Hochschulrahmengesetzes auch noch Philosophien angehangen, von denen wir in einem ziemlich schmerzhaften Prozess erkennen mussten, dass sie zwar viele Spielwiesen, aber keine handlungsfähigen Leitungen von Hochschulen geschaffen haben. Hier sollten wir gemeinsam zur Korrektur in der Lage sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Für die Auswahl der Studenten, die für eine an-

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) spruchsvolle Universität genauso wichtig sind wie gute Professoren, muss gelten: weg von der bürokratischen Verfügungsmacht über den universitären Zugang durch Schulen und ZVS hin zur Auswahl durch die Hochschulen selbst. Ermöglichen Sie Internationalität und Vielfalt in Nordrhein-Westfalens Hochschulen. Überlassen Sie es ihnen, über ihr Profil zu entscheiden.

Machen wir den Weg frei für private Hochschulen in Form von Kapitalgesellschaften und Stiftungshochschulen. Je eine solche Universität und Fachhochschule im Rheinland, in Westfalen und im Ruhrgebiet sollten den schnellen Anfang machen. Wir können die Prämissen dafür schaffen. Dieser Weg bringt Innovation. Er mobilisiert privates Kapital für Wissenschaft und Forschung und damit für unsere Zukunft.

Mehr Wettbewerb im Schul- und Hochschulwesen kann und muss mehr Qualität, Leistung und Tempo für die Ausbildung der jungen Generation bringen.

(B) Verkürzen wir doch den Ausbildungsweg unseres akademischen Nachwuchses um fünf Jahre! Schulen wir die Kinder ein Jahr früher ein! Schon wäre ein Jahr gewonnen. Das geht, und das zeigen andere europäische Länder. Lassen wir die Abiturienten das Abitur bereits nach zwölf Jahren machen! Dann hätten wir das zweite Jahr gewonnen; andere Bundesländer machen es längst. Setzen Sie sich für die Abschaffung der Wehrpflicht zugunsten einer zeitgemäßen Freiwilligenarmee ein! Das wäre das dritte Jahr, das wir gewonnen hätten. Auch hier hilft übrigens ein Blick ins benachbarte Ausland. Schließlich: Sorgen wir für leistungsfähige und wettbewerbsorientierte Hochschulen, in denen fleißige Studenten zwei Jahre eher zum berufsqualifizierenden Abschluss kommen können!

So würden unsere Kinder und Enkel insgesamt fünf wertvolle Jahre gewinnen können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben in Deutschland die ältesten Hochschulabgänger und die jüngsten Rentner. Das ist ein nicht sehr erfreulicher Rekord. Mehr als ein Drittel aller derzeit eingeschriebenen Studenten in Nordrhein-Westfalen studiert im 15. Semester und aufwärts. Ein Fünftel der Studenten ist seit zehn Jahren und länger eingeschrieben. Auch bei diesem Vergleich trägt unser Land die rote Laterne.

(C) Lassen Sie also den Wettbewerbs- und Leistungsgedanken in die Hochschulen, und vertreiben wir damit die studentischen Frührentner! Schaffen wir stattdessen mehr Qualität und freie Fahrt für die Fleißigen!

So gewinnen dann unsere fünf Jahre jüngeren Hochschulabsolventen an Wettbewerbsfähigkeit auf dem internationalen Arbeitsmarkt. Und nur so wird wenigstens in Teilen die Riester-Grundrente sicher. Denn: Die demografische Entwicklung der bundesdeutschen Gesellschaft und ihre Folgen für die Alterssicherungssysteme erfordern einen früheren Eintritt der jungen Leute in das Erwerbsleben statt längere Ausbildungs- und damit Versorgungszeiten.

An dieser Stelle, Herr Moron: Sie wissen genau, dass heute im Vermittlungsausschuss der Versuch unternommen werden wird, beim Thema Alterssicherung zu einer Einigung zu kommen. Die Zeichen stehen im Moment nicht gut dafür. Es wird mühsam sein, wir wollen vonseiten der Freien Demokratischen Partei einen Beitrag zu einer Einigung leisten. Wir halten sie auch für erreichbar. Wir werden uns im entsprechenden Bereich auch so verhalten, aber da müssen sich auch andere bewegen.

(D) Ich habe die dringende Bitte, dass Sie, Herr Ministerpräsident, bei Ihren Gesprächen darauf hinwirken, dass der Besitz von Immobilien, den viele Menschen für ihre Alterssicherung brauchen und auf die sie sich stützen, anders behandelt wird, als das ausgerechnet in diesem Zusammenhang jetzt mit Blick auf die Pläne gesehen wird, die Herr Rüttgers zu Recht kritisiert hat. Die kritisieren auch wir.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zur Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklung in Nordrhein-Westfalen und im Bund: Jenseits der bildungspolitischen Kernkompetenz spielen natürlich auch die Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik hier wie im Bund eine zentrale Rolle. Hier können Sie, Herr Ministerpräsident, auch als SPD-Vize im Bundesrat und in Brüssel das Gewicht unseres Landes zur Geltung bringen.

In dieser Landesregierung gibt es einen Minister für Europaangelegenheiten. Von dem ist nichts zu hören und nichts zu sehen. Wo treibt der sich eigentlich immer herum?

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: in Europa!)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) - Ja, aber man hört und sieht nichts von ihm.

Es kann und darf dem Landtag nicht egal sein, dass die Landesregierung konjunktur- und arbeitsmarktfreundliche Beschlüsse der rot-grünen Bundesregierung mitträgt, die dann anschließend die Menschen hier in unserem Land teuer bezahlen müssen.

(Vorsitz: Vizepräsident Jan Söffing)

Sie selbst, Herr Ministerpräsident, weisen immer wieder darauf hin, dass eine selbstständige "Wirtschaftsnation NRW" - wenn sie es denn gäbe - an elfter Stelle aller Staaten der Welt stünde, und zwar knapp hinter Spanien, aber deutlich vor Indien und den Niederlanden.

Gut ein Fünftel des deutschen Bruttoinlandsproduktes wird in Nordrhein-Westfalen erwirtschaftet. Von hier gehen rund 20 % der Gesamtexporte aller Unternehmen in Deutschland aus. Wer ein solches Land regiert, darf nicht tatenlos zusehen, wenn in Berlin Gift für die Konjunktur gespritzt wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

(B)

Landes- und bundesweit - Kollege Rüttgers wies darauf hin - senken Banken und Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Wachstumsprognosen für 2001. Sowohl das Kieler Institut für Weltwirtschaft wie auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung korrigieren ihre Wachstumsprognose für 2001 vom vergangenen Herbst von 2,7 % auf 2,1 %.

Und was sagt der Bundeskanzler, Ihr Vorsitzender dazu? - Er hält an seiner überholten Schönwetterprognose von 2,75 % Wirtschaftswachstum fest und macht Späße wie diesen besonders abgeschmackten; ich zitiere ihn:

"Wenn man sonst keine Sorge hat, als darüber zu streiten, ob das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland 2,7 % oder 2,0 % betragen wird, dann kann man darüber zur Tagesordnung übergehen."

Das kann die Haltung eines Frivolen oder Ahnungslosen, aber nicht die des deutschen Bundeskanzlers sein.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Jedem seriösen Wirtschaftswissenschaftler stehen die Haare zu Berge, wenn der Hobby-Ökonom

Schröder solchen Unsinn erzählt - ausgerechnet er, der seine Leistung am spürbaren Rückgang der Arbeitslosigkeit messen lassen wollte. (C)

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: So war es!)

Der Kanzler und die rot-grüne Bundesregierung schaden damit den Menschen in ganz Deutschland und eben auch hier am Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen.

Wir wissen doch - und Sie vonseiten der Landesregierung wissen es auch -, dass in Deutschland wegen der Regulierung des Arbeitsmarktes erst ein Wirtschaftswachstum von 3 % und mehr positive Arbeitsmarkteffekte auslöst. Deshalb reichen eben 2,1 % nicht, um das Arbeitsmarktziel zu erreichen. Deshalb müssen bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen her.

Die Bundesregierung schlägt gerade jetzt wieder den falschen, von den Gewerkschaften erpressten Kurs ein - und das, nachdem Sie im letzten Sommer noch auch unter unserem Einfluss mit der Steuerreform wenigstens eine teilweise Kursänderung signalisiert hatte.

(Minister Detlev Samland betritt den Plenarsaal. - Joachim Schultz-Tornau (F.D.P.): Da ist er ja! (D)

- Das ist ja wunderbar! Der verlorene Sohn ist wiedergekommen. "Spät kommt Ihr. - Doch Ihr kommt! Der weite Weg, Graf Isolan, entschuldigt Euer Säumen."

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Die Bundesregierung macht den Regulierungsschlingel für die Wirtschaft noch undringlicher, als er es ohnehin schon ist. Und Sie, Herr Ministerpräsident und Ihr Minister Schwanhold, machen das mit. Sie erklären hier immer, Sie wollten das nicht. Dann fahren Sie aber nach Berlin und kommen in einer gewissen Demutshaltung zurückgereist. Warum setzen Sie das Gewicht Nordrhein-Westfalens nicht in Berlin ein, um gewerkschaftlichen Funktionärsegoismus mit wirtschaftlicher Kompetenz und sozialer Verantwortung in die Schranken zu weisen?

Der erste Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di hat gesagt, die Tarifpolitik müsse sich nach der Arbeit richten, weil sich die Arbeit nicht nach der Tarifpolitik richten werde. Treten wir doch insoweit Herrn Bsirske zur Seite.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) Großbritannien, die Niederlande und jetzt auch Frankreich - um nur einige Länder der EU zu nennen - sind in der Deregulierung, also in der Aktion "Schlanker Staat" längst weiter.

Übrigens, Herr Moron, Ihre Ermahnungen an die Mitglieder der Landesregierung, die Sie dann auch wieder zum Zuhören bewegen konnten - wir hatten Ihnen die ganze Zeit zugehört; es muss Ihnen ja jemand zuhören -, in Sachen "Schlanker Staat" aktiv zu werden und ein Rezept zum Abbau von überflüssiger Bürokratie vorzulegen, habe ich gerne gehört. So kann man auch nett feststellen, dass die Regierung noch nichts geleistet hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Deutschland und Nordrhein-Westfalen verlieren in punkto Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, den die Wirtschaftsexperten seit langem fordern, den Anschluss.

Sie, Herr Ministerpräsident, haben dem Bundesverband Deutscher Banken vor etwa drei Monaten vorgetragen - ich zitiere Sie wörtlich -:

"Es ist auch nicht einzusehen - das sage ich als jemand, der aus Nordrhein-Westfalen kommt -, dass in den Niederlanden die Arbeitslosigkeit weniger als 3 % beträgt, in Nordrhein-Westfalen aber 9 %."

(B)

Wohl wahr! Aber die Gründe liegen im unterschiedlichen Regulierungssystem in den Niederlanden und hier.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

- Die haben in einer sozialliberalen Koalition Fortschritte gemacht. Da können Sie sehen, was vernünftige Koalitionen zustande bringen können.

(Beifall bei der F.D.P. - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ach so!)

Also, Herr Ministerpräsident, setzen Sie sich in Berlin für die Interessen der Bürger Nordrhein-Westfalens ein, statt sich hier als Berliner Statthalter missbrauchen zu lassen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nun zur Gesundheitspolitik - Bundes- und Landespolitik gleichermaßen! Die Gesundheitsministerin wird Ihnen das bestätigen. Die zentrale Planwirtschaft ist überall gescheitert.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Auch weg!)

(C) Warum glauben Sie immer noch, in der Gesundheitspolitik könnte das anders sein? Das soeben vorgelegte Gutachten des Sachverständigenrates bescheinigt der Bundesregierung - ich zitiere -: "Das deutsche Gesundheitswesen ist trotz hoher Ausgaben nur Mittelmaß!"

Die neue Bundesgesundheitsministerin will nun, wie sie angekündigt hat, mit den Bundesländern über nötige Reformen sprechen. Herr Ministerpräsident, Frau Fischer, machen Sie den Einfluss unseres Landes geltend, beseitigen Sie endlich die zentrale Planwirtschaft der Budgetierung!

Statt zu überlegen, wie das System von bürokratischen Überregulierungen befreit werden kann, wird im Gesundheitswesen jedes noch so kleine Detail geregelt. Auf die großen Probleme wie die künftige Finanzierung des medizinischen Fortschritts oder die Beitragsstabilität für die junge Generation hingegen gibt es keine Antwort.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir wollen eigene Gestaltungsmöglichkeiten für die Patienten, freie Wahltarife, Beitragsrückerstattungen, Selbstbehalte. Frei gewählte Hausärzte und naturheilkundliche Behandlungsmethoden sind unsere Leitmotive.

(D)

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Donnerwetter!)

Die Zwangsbeiträge müssen auf Kernleistungen begrenzt werden, um Spielräume für einen gezielten individuelleren Versicherungsschutz zu schaffen. Wettbewerb unter Krankenkassen, die bisher gemeinsam mit den Ärzten verhandeln, wird den Patienten nutzen und frischen Wind in unser Gesundheitssystem bringen.

Wettbewerb braucht aber auch Transparenz. Deswegen brauchen wir überall, nicht nur bei den Privatpatienten, Rechnungslegung, damit Kostenersatzung und Kontrolle stattfinden können. Wir wollen den informierten Patienten - und zwar nicht nur den Privatpatienten, sondern auch den Kassenpatienten -; nur der kann Kostenbewusstsein entwickeln.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir wollen diese Reformen auch, weil weniger Lohnnebenkosten mehr Jobs bringen.

Zum Thema Green Card und Einwanderungspolitik. Trotz 9 % Arbeitslosigkeit in Nordrhein-West-

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.])

(A) falen klagt die nordrhein-westfälische Wirtschaft über Facharbeitermangel, vor allem im IT-Bereich. Der Kanzler hat versucht, dieses Problem mit der Green Card zu lösen. Diese will er nun irgendwie ausweiten. Wie auch immer: Nordrhein-Westfalen und Deutschland brauchen endlich und bald eine klare Zuwanderungspolitik. Unser Land ist ein Einwanderungsland. Die Menschen aus anderen Ländern halten gegenteilige dogmatische Behauptungen überhaupt nicht davon ab, zu kommen. Wir brauchen Einwanderung. Ohne Zuzug würde bei uns vieles schon lange nicht mehr funktionieren.

Diejenigen, die schon da sind, und diejenigen, die kommen, brauchen Integration. Am besten können sich diejenigen integrieren, deren Fähigkeiten wir brauchen, weil wir davon zu wenig haben. Also brauchen wir eine Steuerung, damit diejenigen kommen, welche bei uns eine berechenbare Zukunft haben. Das sorgt zugleich für Akzeptanz der Neubürger bei den Altbürgern.

Die humanitären Verpflichtungen Deutschlands bleiben unberührt. Zuwanderung und Asyl müssen sich jedoch gegenseitig ausschließen. Wer einen Asylantrag stellt, kann nicht zugleich einen Antrag auf Zuwanderung stellen. Regeln wir das so, dann werden die Asylbewerberzahlen sinken, denn jeder Zuwanderungswillige weiß, dass er sich mit einem aussichtslosen Asylantrag die Möglichkeit auf Zuwanderung nimmt. Unter solchen Umständen besteht auch keine Veranlassung, das Grundrecht auf Asyl abzuschaffen oder weiter einzuschränken, wie es Teile der Union fordern.

(B) Wir haben ein Zuwanderungsbegrenzungs-gesetz in den Bundestag eingebracht, das diesen Erfordernissen gerecht wird. Ich möchte Sie, Herr Ministerpräsident, bitten, auf der Basis dieses Gesetzes eine Einigung im Bundesrat mit zu ermöglichen. Es wäre nicht gut, wenn diese Frage bis zum Wahlkampf unregelt bliebe. Die Art von Wahlkampf, die uns dann bevorsteht, kann ich mir gut vorstellen. Deswegen empfehle ich dringend um der Sache willen, aber auch um der Betroffenen willen, dass wir uns vorher wirklich um eine Einigung bemühen.

Zum Thema Bürokratieabbau: Herr Clement, Sie kennen die Schädlichkeit bürokratischer und langwieriger Prüfungs- und Genehmigungsverfahren genauso wie wir. Sie wissen wie ich, wie Sie Investitionen verzögern oder potenzielle Investoren

gar völlig abschrecken. Das Thema ist altvertraut, aber wiederum: Was ist die Realität? (C)

In der 11. Legislaturperiode hat der wirtschaftspolitische Sprecher unserer Fraktion, Hagen Tschoeltsch, hier im Plenum anhand eines konkreten Investitionsprojektes vorgetragen, wie viele Behörden, Institutionen, Körperschaften, Verbände und andere Stellen befragt, gehört, informiert, angeschrieben und kontaktiert werden mussten, bevor das Projekt begonnen werden konnte. Es waren sage und schreibe 41 Stellen.

Heute - zehn Jahre danach - sind es immer noch 36 Behörden, Institutionen, Körperschaften, Verbände und andere Stellen. In zehn Jahren sind es fünf Behördengänge und Bürokratiehemmnisse weniger! Rot-grünes Schnecken-tempo, auch hier!

(Beifall bei der F.D.P.)

Nach Angabe Ihres Innenministeriums ist selbst Ihren Ministerialbürokraten nicht mehr bekannt, wie viele Gesetze und Regelungen es in unserem Land eigentlich gibt. Bei der Überprüfung von Verwaltungsvorschriften hat der Landesrechnungshof festgestellt, dass bei jeder sechsten Vorschrift nicht zu erkennen sei, was die Vorschrift überhaupt regelt, und bei jeder dritten, wer eigentlich deren Inhalt kennen und danach handeln müsste. (D)

Sie selbst, Herr Clement, mahnten am vergangenen Samstag:

"Die Behörden in Nordrhein-Westfalen müssen sich stärker als bisher als Serviceeinrichtungen verstehen. Die Verwaltung sollte ihre Aufgaben und Leistungen vor allem daran orientieren, was von den Bürgern, der Wirtschaft und den Unternehmen gewünscht wird."

Ja sicher, aber wie lange regieren Sie denn schon?

(Beifall bei der F.D.P.)

Warum machen Sie das denn nicht endlich? Legen Sie doch einen Zahn zu! Stimmen Sie für unser Bürokratieabbau-gesetz, das wir hier eingebracht haben! Es streicht 50 % aller Gesetze, Verwaltungsvorschriften, Richtlinien, Erlasse und überflüssige Normen bis zum Jahre 2005. Dafür wählt das Gesetz den neuen methodischen Ansatz. Alle Regelungen kommen auf den Prüfstand. Die Gesetze, die in eine erste Erfassungsliste auf-

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) genommen werden, treten spätestens 2004 außer Kraft, sollten sie nicht bestätigt werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Unser Gesetzentwurf enthält darüber hinaus einen klaren Fahrplan für Privatisierung und Verwaltungsstrukturreform. Damit nehmen wir den Kampf gegen die ausufernde Bürokratie ernsthaft auf. Es macht die Leute doch geradezu irre an der Politik, wenn sie solche Festtagsreden wie die Ihre vom vergangenen Samstag hören und dann feststellen, dass statt 41 Behördengängen nach zehn Jahren immer noch 36 notwendig sind. Das ist Versagen im Bereich Bürokratieabbau. Und das müssen wir kritisieren.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die ausufernde Bürokratie zu bekämpfen war die Forderung von Herrn Moron. Untersuchungen externer Beratungsunternehmen beziffern das Einsparpotenzial mit 12 bis 17 %. So können im Landeshaushalt ebenso nachhaltig wie strukturell - und eben nicht nur einmal - 10 Milliarden DM für Bildung und Mobilität frei gemacht werden.

Neben dem Kampf gegen eine uferlose Bürokratie und für eine Privatisierungswelle durch dieses Bürokratieabbaugesetz wollen wir auch den Mitverursacher immer neuer Verwaltungsaufgaben, also den Landtag selbst, kräftig abspecken. Bauen wir die hinteren beiden Sitzreihen in diesem Landtag ab! Wir brauchen sie nicht.

(Beifall bei der F.D.P. - Lachen bei der CDU)

Verkleinern wir den Landtag von 231 auf 151 Landtagsabgeordnete. Wir sind dabei und haben keine Angst vor Mandatsverlusten. Auch in einem verkleinerten Landtag würden in der nächsten Legislaturperiode immer noch mindestens 24 Liberale sitzen,

(Beifall bei der F.D.P.)

weniger dort hinten, mehr hier vorne in der Breite, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Einige von denen sitzen dann ja auch nicht mehr da, sondern da.

(Der Redner weist auf die Regierungsbank.)

Das könnte ich mir so denken.

(Edgar Moron [SPD]: Ein flehentlicher Blick zur Presse, ob sie auch alles mitbekommt!)

- Ich gehe davon aus.

(Edgar Moron [SPD]: Alles für die Journaille!)

- Lieber Herr Moron, dass Sie die hart arbeitenden Mitglieder der Pressehäuser jetzt als Journaille runtermachen, das finde ich aber wirklich nicht nett.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die hatten es schwer genug, bei Ihrer Rede vorhin nicht einzuschlafen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie haben sie ja mit Ihren Weckrufen wach gekriegt, und jetzt beschimpfen Sie sie auch noch.

(Beifall bei der F.D.P. - Edgar Moron [SPD]: Ich habe nicht dauernd nach oben geguckt!)

Zum Thema Ökosteuer und Verkehrspolitik: Ministerpräsident Clement hat sich vor der Einführung der Ökosteuer mehrfach deutlich und eindeutig gegen eben diese Ökosteuer ausgesprochen. Er sollte dafür sorgen, dass die missratene Aktion "Rasen für die Rente" schnellstmöglich wieder abgeschafft wird.

Wo ist Herr Clement denn?

(Minister Peer Steinbrück: Er kommt gleich wieder!)

Erst kündigt er an, er wolle noch fünf Jahre länger machen, und jetzt hält er es nicht einmal mehr eine Stunde aus. Das ist auch nicht so in Ordnung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Er hat erst vor wenigen Tagen eine grundlegende Reform der steuerlichen Belastungen der Autofahrer vorgeschlagen. Kfz-Steuer, Mineralölsteuer und Ökosteuer sollen entfallen zugunsten einer Autobahngebühr oder Autobahnsteuer. Haben die Grünen schon begriffen, dass er damit die Ökosteuer beerdigen will? Übrigens: Ich sehe, von den Grünen sind auch einige nicht da. Sind die in Gorleben auf den Gleisen? Oder wo sind die?

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir unterstützen, Herr Clement, in Sachen Ökosteuer Ihren Vorstoß gegen die rot-grüne Regierung in Berlin. Wir finden das Konzept, das Sie in dem Interview vorgeschlagen haben, vernünftig.

(C)

(D)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) Das können Sie mit uns machen. Sie werden aber, glaube ich, noch einen gewissen Herrn Bodewig und Ihren Koalitionspartner umdrehen müssen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Das schaffen wir auch noch!)

- Na ja, das glaube ich nicht.

Diese Unterstützung gilt auch für das Thema Transrapid. NRW darf den Metrorapid nicht, Herr Kollege Moron, an einer finanziellen Landesbeteiligung scheitern lassen. Denn das ist doch das, was Sie in Wahrheit gerade angekündigt haben. Sie haben gesagt: Wenn die Berechnung so ausgeht, dass die Einführung dieses innovativen Verkehrssystems - im Unterschied zu allen anderen innovativen Systemen, müssten Sie ja wohl sagen - nicht allein von den Unternehmen bewerkstelligt werden kann, dann machen wir es nicht. Das sollte das doch heißen. Ich kann nur sagen: Das wäre nun der Gipfel. Hier haben wir eines der modernsten Schnellverkehrssysteme, den Transrapid. Ohnehin wird er schon so komisch verbal herunterdekliniert auf Metrorapid. Wir exportieren ihn in die Volksrepublik China, subventionieren diesen Export mit Steuermitteln, damit die Chinesen dieses erstklassige System gewinnen und fahren können - dagegen habe ich ja nichts, es gibt ja auch genug davon -

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

aber dann hätten wir es ganz gern im eigenen Land auch, dass es hier genutzt werden könnte.

(Edgar Moron [SPD]: Das sind ja ganz neue Töne!)

Die geplante Metrorapid-Strecke verstehen wir als Ansatz für ein künftiges Transrapid-Kreuz Rhein-Ruhr, das die Großräume verbindet: Amsterdam, Rhein-Ruhr, Berlin, Budapest, Wien als eine Achse, Hamburg, Rhein-Ruhr, Paris, Frankfurt/Main, München, Zürich, Rom.

Ich bin froh, dass Herr Schwanhold angekündigt hat, jetzt auch eine über die beiden ursprünglichen engen Strecken hinausgehende Studie erstellen zu lassen. Das finde ich wichtig.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Aber nicht nach Bonn!)

Das hat Herr Schwanhold angekündigt.

(Zuruf des Ministers Peer Steinbrück)

- Darf er das ohne Ihre Genehmigung nicht?

(C)

(Minister Peer Steinbrück: Doch, doch!)

- Das klären Sie mal miteinander. Ich finde es gut, dass er es angekündigt hat. Sie haben aber gehört, meine Damen und Herren, er durfte nicht; Steinbrück ist schon wieder sauer. Für ihn klingt das etwas visionär. Ich finde: Man musste immer schon das Außerordentliche denken, wenn man wenigstens das Ordentliche erreichen wollte.

(Beifall bei der F.D.P.)

Meine Damen und Herren, in der "FAZ" vom 19. März lautete die Kommentarüberschrift: "Die mobile Gesellschaft steht im Stau". Die Folgen dieser Politik bekommen die Menschen jeden Tag zu spüren.

Heute Morgen war es auch so. Als wir die Landtagssitzung begannen, waren zig Kollegen wie ich selber auch wieder Gegenstand dieses wunderschönen Vorgangs. Der WDR meldete Stau zwischen 7 und 11 Kilometern.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Staupolitischer Sprecher!)

- Ihnen ist das schnurz, dass da Hunderttausende im Stau stehen, uns aber nicht.

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir möchten, dass die Leute ihre Zeit besser verbringen können: bei der Arbeit, in der Freizeit. Ihnen ist es auch schnurz,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die auf zugigen Bahnhöfen stehen, sind Ihnen egal!)

dass diese Menschen im Stau mehr Sprit verbrauchen, den Sie mit der Ökosteuer verteuert haben.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir wissen aber, dass das für Schüler, Studenten, für Lehrlinge, für Freiberufler, für Menschen mit kleinem Einkommen allmählich eine Beeinträchtigung ihres Gestaltungsraumes ist. Das ist die Arroganz der Grünen.

(Zuruf des Johannes Rimmel [GRÜNE])

Sie sind doch deswegen so flexibel, so biegsam geworden, weil Sie auch die nächste Anhebung der Ökosteuer im Dienstwagen überleben möchten.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A) Nun wird immer darauf verwiesen, man möge doch mehr Verkehr, mehr Transport von Gütern und Personen auf die Bahn umlenken. Die Bahn ist zu teuer, zu langsam, zu unzuverlässig und serviceunfreundlich. Sie hat keine Antwort auf den Rückgang des Massenguttransports. Das rasch wachsende Geschäft der Transporte kleiner Sendungen hat sie glatt verschlafen. Die Straße leistet das Fünffache der Schiene. Im Personenverkehr erreicht die Schiene nur noch ein Zwanzigstel der Leistungen der Straße.

Da hilft, meine Damen und Herren, auch keine staatliche Investitionslenkung zulasten des Straßenverkehrs. Auch die immer höheren und gerade im ländlichen Raum zutiefst unsozialen Belastungen der Autofahrer durch die Ökosteuern können der Bahn nicht helfen. Nur der Wettbewerb auf der Schiene kann die notwendige Qualitätssteigerung für den Transport von Gütern und Personen bringen. Deshalb ist nicht nur die Trennung von Bahn und Schiene überfällig, sondern überfällig ist auch, dass man auf dem Schienennetz den Wettbewerb von konkurrierenden Anbietern, von Transporten für Personen und Gütern zulässt, meine Damen und Herren.

(B) Vor einem halben Jahr hat Herr Schwanhold uns hier erklärt: Ja, das würde man jetzt machen. Aber was geschieht? Wiederum nichts! Sie blockieren und bremsen auch dieses Projekt wieder aus!

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben doch gesehen, welche Leistungsexplosionen und Preisstürze durch Privatisierung hervorgerufen werden könnten, z. B. in der Telekommunikationsbranche. Noch vor wenigen Jahren mussten wir bei der Staatspost entweder beim roten oder schwarzen Drehscheibentelefon zum teureren Einheitstarif telefonieren. Heute sind günstige Tarife und Vielfalt Trumpf.

Ähnlich entwickelt sich der Energiemarkt. So müssen wir auch in der Verkehrspolitik Tempo machen. Herr Moron, Sie haben vorhin beiläufig Jahreszahlen vertauscht, als Sie gesagt haben, das Antistauprogramm würde jetzt schon losgehen. Sie sagten bis 2003. Sie wissen genau: ab 2003. Es ist nicht ganz unwichtig, ob die Leute zwei Jahre länger im Stau stehen müssen.

Deswegen haben wir vorgeschlagen: Die Maßnahmen, die ohnehin im Antistauprogramm vorgesehen sind, privat vorzufinanzieren und den

(C) Zinsendienst zu finanzieren. Wir haben den Vorschlag zum Haushalt gemacht. Sie hätten damit bereits planfestgestellte Projekte verwirklichen können, die morgen begonnen und mit denen morgen Arbeitsplätze geschaffen werden könnten, mit denen aber auch morgen Mobilität geschaffen werden könnte. Sie haben dies abgelehnt. Da klaffen Worte und Taten auseinander.

(Beifall bei der F.D.P.)

Welche Verfassungsnorm hindert Sie eigentlich daran, zwischen Bund und Land eine vertragliche Vereinbarung über die private Vorfinanzierung der bereits beschlossenen Projekte zu schließen? Keine.

Wenn ich soeben sagte, man müsse das Außerordentliche denken, wenn man etwas Ordentliches erreichen wolle, dann ist damit auch ein anderes Projekt der F.D.P. angesprochen: Es ist die Idee eines unterirdischen Verkehrssystems an der Ruhr. Die Verkehrsprobleme im Ruhrgebiet können nicht mehr konventionell - das wissen Sie genau -, sondern nur noch durch ungewöhnliche Maßnahmen gelöst werden.

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Zeppelin z. B.!)

(D) Das kann ein Fernverkehrstunnel Ruhrgebiet sein. Es kann ein unterirdisches System von Cargo-Cabs oder so genannter Frachtdrohnen sein, die der Bochumer Spezialist Prof. Dr. Stein empfiehlt. Welches System - das sei dahingestellt. Nur, wir müssen neue Wege gehen, wenn wir das Verkehrsproblem Ruhr lösen wollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie wissen aber anhand der Wachstumsprognosen für den Verkehr sehr genau, dass oberirdische Ausbaumaßnahmen nicht mehr ausreichen und aufgrund des Rechts und des Bebauungszustandes nicht mehr zu machen sein werden.

Wenn wir wissen, dass die beitragswilligen und dem Beitritt nahen Länder Mittel- und Osteuropas in fünf oder zehn Jahren - so lange dürfen wir ja mal vorausdenken - mutmaßlich einen ähnlich hohen Motorisierungsgrad haben werden wie wir: Wohin werden die Menschen wohl reisen? Doch nicht nach Sibirien? Das führt zum Infarkt zwischen Rhein und Ruhr. Deswegen müssen jetzt auch unkonventionelle Maßnahmen ergriffen werden.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) Zum Thema Luftverkehr: Für 2010 werden ein Fluggastaufkommen von über 40 Millionen - das sind 56 % Steigerung - und ein Luftfrachtumschlag von 870.000 Tonnen prognostiziert. Derzeit beträgt der gesamte Beschäftigungseffekt an den sechs NRW-Flugplätzen - in Düsseldorf, Köln/Bonn, Münster/Osnabrück, Paderborn-Lippstadt, Dortmund und Mönchengladbach - 63.000 bis 65.000 Arbeitsplätze. 2010 wird er sich voraussichtlich auf 100.000 bis 120.000 Arbeitsplätze erhöhen. Das Luftverkehrskonzept 2010 der Landesregierung enthält 53 Handlungsoptionen.

Meine Fraktion unterstützt diesen Einstieg in die Wachstumsbranche Luftverkehr. Bauen Sie also Düsseldorf zügig aus und stärken Sie dessen Drehscheibenfunktion, bevor noch mehr Schlüsselcarrier abwandern!

(Beifall bei der F.D.P.)

Der Prozess ist im vollen Gange. Sie kommen dann nicht zurück.

Erhöhen Sie die Kapazitätsbereitstellung für den erweiterten Flugbetrieb der Flughäfen Dortmund, Paderborn, Mönchengladbach und Münster/Osnabrück! Beschleunigen Sie den Ausbau des Kölner Flughafens für neue Speditionen!

(B)

Hören Sie auf, den Flughafen Düsseldorf durch überzogene Auflagen in seiner Entwicklung zu blockieren! Pfeifen Sie die Höhnischen Ministerialbürokraten zurück!

Lassen Sie den Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück, den Sie großzügig angekündigt haben und der schon lange genug hätte vollendet werden müssen, vorankommen, bei dem wegen des Elting-Mühlenbachs, in dem Frau Höhn drei Kreuzkröten und einen Molch gesichtet hat, gewartet, gewartet und gewartet werden musste. Machen Sie jetzt aber nicht den Trick, der sich schon andeutet.

Ich habe mit großem Interesse gehört, was Herr Sagel dazu vonseiten der Grünen erklärt hat. Keinen Pfennig gebe es für den Ausbau der Start- und Landebahn. Wenn Sie das so machen, überfordern Sie die Städte Münster und Osnabrück sowie die beiden Landkreise. Dann wird es diesen Flughafen in der von Ihnen angekündigten Konzeption nicht geben.

Ernst Schwanhold. Sie haben doch in der vorigen Woche in einem Interview mit den "Westfälischen

Nachrichten" selbst gesagt: Dieses Jahr habe ich es nicht, aber vielleicht im nächsten Jahr. - Das ist doch das Zugeständnis, dass das, was in der Koalitionsvereinbarung steht, nicht geht, dass Sie einfach etwas zusagen, was Sie nicht einhalten können.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir wollen diesen Flughafen. Wir wollen ihn als Beitrag zum Service "Fliegen für die Jobmaschine Flughafen". Wir brauchen ihn für die westfälische und niedersächsische Region.

Erlauben Sie mir einige Bemerkungen zur Innenpolitik.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zum Haushalt!)

- Das bezieht sich alles auf den Haushalt. Wir reden über die Politik des Landes bei der dritten Lesung des Haushalts. Junger Mann, ich habe das Gefühl, dass Ihre innere Unruhe etwas damit zu tun hat, dass der Finger auf den wunden Punkt gelegt wird, dass Sie dieses Parlament ---

(Beifall bei der F.D.P. - Zuruf von den GRÜNEN)

- Schreien Sie nicht wieder, sonst gehen Sie gleich wieder - Sie wissen das - zur Haarprobe.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Ich konstatiere mit einem gewissen Erstaunen immer wieder, dass Sie es eigentlich als störend empfinden, dass es überhaupt eine Opposition gibt. Sie halten das für einen historischen Irrtum.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie werden sich aber daran gewöhnen müssen.

Zur Innenpolitik: Im demokratischen und liberalen Rechtsstaat ist die Polizei ein wichtiges Organ zur Wahrung und zum Schutz von Freiheit und Recht, Lebensqualität und Sicherheit. Herr Innenminister, die registrierten Straftaten sind zwar laut Kriminalstatistik 2000 im Vergleich zum Vorjahr fast gleichbleibend. Es ist aber alarmierend, dass die Gewaltkriminalität insgesamt und insbesondere bei Jugendlichen zugenommen hat. Die Zahl der Tatverdächtigen unter 21 Jahren hat im vergangenen Jahr um 4.730, also um 3,4 %, auf 143.914 - das ist ein Drittel aller Tatverdächtigen - zugenommen. Das beunruhigt uns und, wie ich denke, alle hier im Hause und nicht nur die älteren Menschen draußen.

(C)

(D)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) Die haben nämlich angesichts dieser Zahlen die berechnete Sorge, sie könnten Opfer eines Verbrechens werden. Sie wollen Schutz und einen Ansprechpartner. Sie wollen die Gewissheit: Da gibt es jemanden, der mir hilft, wenn ich in Not bin. Da ist jemand, der sich vor Ort auskennt und der eingreifen kann, bevor etwas passiert.

Wie erleben die Menschen in unserem Land aber oft die Polizei? Wenn man sie braucht, ist kein Freund und Helfer weit und breit. Selbst in Städten mit bis zu 40 000 Einwohnern soll die einzige Wache schließen. Immer mehr Polizisten müssen bürokratische Arbeit verrichten. Immer weniger Polizisten sind dort, wo sie gebraucht werden, nämlich auf der Straße, nahe am Bürger - eben da, wo man sie braucht.

Jemand, der Opfer eines Verbrechens oder Unfalls wurde, muss heute unter Umständen stundenlang auf die Polizei warten. Er fühlt sich hilflos und verlassen. Die Polizisten können dafür nichts.

Die Politik der Landesregierung trägt die Verantwortung. Die Polizei muss wieder auf die Straße statt hinter die Schreibtische. Sie muss besser ausgestattet und bezahlt werden. Das Sparen an der falschen Stelle - es ist hier eine falsche Stelle - muss beendet werden.

- (B) Streifenwagen - man glaubt es gar nicht - verteilen amtliche Post, um Porto zu sparen. Das darf doch nicht die Aufgabe der Polizei sein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Bei Unfällen sind die Polizisten dazu angehalten

(Frank Baranowski [SPD]: Wo denn?)

- das ist so -, möglichst wenige Zeugen zu notieren, um Verwaltungskosten zu reduzieren.

(Frank Baranowski [SPD]: Das ist Quatsch!)

Inzwischen gibt es wegen personeller Unterbesetzungen in den Einsatzleitstellen sogar bei den Notrufen lange Wartezeiten. Die Polizei muss sich wieder ihrer Kernaufgabe widmen, der Sicherheit der Bürger.

Herr Moron, diesbezüglich zeigt der Haushalt keine Verbesserungen. Im Gegenteil, Sie planen weniger Polizisten auf der Straße und mehr in den Büros ein. Sie halten an dem überholten Berichtswesen fest. Ein Streifenbeamter berichtet sieben Vorgesetzten. Das ist doch unglaublich. Wer wundert sich dann, dass Informationen auf den

Filterwegen verloren gehen und die Bürokratie zum Selbstzweck degeneriert. (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine leistungsfähige Polizei benötigt die Strukturen eines modernen Managements. Wir wollen die Reduzierung der Führungsebenen der Polizei. Sie benötigt offene Führungsstrukturen mit einer kollegialen Leitung und einer Innenrevision.

Ich habe mit Interesse am 6. Januar in einer deutschen Zeitung die Aussage eines Kommissars gelesen, der dort namentlich zitiert wird:

"Egal, ob Unfälle oder Vergehen, wir können längst nicht mehr gründlich ausermitteln. Wir verwalten oft nur noch das Geschehene."

Mit diesem Ausverkauf der inneren Sicherheit muss Schluss sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der F.D.P.)

In diesen Tagen reden wir besonders häufig - deshalb wäre es merkwürdig, wenn das Parlament daran vorbeiginge - über BSE und MKS. Es werde nicht mehr lange dauern - so hat kürzlich Frau Höhn gesagt -, bis die Maul- und Klauenseuche von der niederländischen Grenze auf Deutschland übergreife. Bereits die BSE-Krise hat den Markt für Rindfleisch in Deutschland stark erschüttert; in manchen Regionen ist der Absatz um 60 % gesunken. Frau Höhn, ich nehme Ihnen ab, dass Sie in diesen Fragen persönlich engagiert sind, aber Sie haben viel gefordert und wenig durchgesetzt. (D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Seit 1995 und nicht erst seit ein paar Wochen sind Sie als zuständige Landwirtschaftsministerin und nun auch als Verbraucherschutzministerin im Amt. Etwa zur gleichen Zeit brach in Großbritannien die BSE-Krise aus. Das ist jetzt sechs Jahre her.

(Zuruf der Ministerin Bärbel Höhn)

- Ich habe nicht gesagt, dass sie deswegen ausgebrochen ist. Das hätten Sie falsch verstanden. Das ist lediglich eine zeitliche Koinzidenz, die unterstreicht, dass wir dieses Phänomen nicht erst seit heute kennen, sondern dass Frau Höhn als verantwortliche Ministerin seit sechs Jahren nicht nur warnen oder mahnen, sondern handeln musste.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) Seit sechs Jahren hätte auf dem Gebiet der Übertragungswege des BSE-Erregers geforscht werden können. Doch jahrelang waren hierfür im Landeshaushalt keine Ansätze vorhanden. Unsere Anträge dazu haben Sie auch in diesem Haushalt abgelehnt.

Seit sechs Jahren durften Risikomaterialien aus so genannten Knochensammlern neben Materialien aus der herkömmlichen Tierkörperbeseitigung für Futtermittel verwendet werden. Diese Produkte werden auch heute noch als nahrungsmitteltauglich bezeichnet.

Seit sechs Jahren gibt es keine akzeptable Deklaration der Inhaltsstoffe von Futtermitteln. Ob dioxinbelasteter Klärschlamm mit verarbeitet wurde, erfährt immer noch kein Mensch.

Seit sechs Jahren finden nur lückenhafte Kontrollen der Futtermittel statt.

Seit sechs Jahren - insbesondere betrifft das die aktuelle Frage nach der Verbreitung der Maul- und Klauenseuche - dürfen Tiertransporte quer durch NRW, Deutschland und Europa stattfinden.

- (B) Seit sechs Jahren dürfen dem Futter Antibiotika beigegeben werden. Frau Höhn, Sie sind so lange im Amt, mahnen und warnen als Heilige Johanna der Schlachthöfe. Das ist schön. Aber Sie haben es nicht verhindert, obwohl Sie Regierung sind und wir vor diesen Problemen stehen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie haben nichts unternommen, um diese Probleme zu minimieren.

Ihren letzten Vorschlag zur Abwendung der Maul- und Klauenseuche können Sie nicht ernst gemeint haben. Wollten Sie wirklich den Castor-Transport verschieben, weil dieser durch französische Seuchenregionen fahren könnte? Oder wollten Sie wieder einmal vor dem Dilemma der Grünen zwischen Regieren und Demonstrieren davonlaufen?

(Beifall bei der F.D.P.)

Sie sollten die Ernsthaftigkeit Ihrer Vorhaben auf diese Weise nicht infrage stellen. Vielmehr ist ein ernsthaftes und nachhaltiges Eintreten für das Prinzip "Vorbeugen statt Keulen!" notwendig.

Das heißt: Folgen wir den Aufforderungen der Virologen und anderer Experten! Führen wir jetzt die Impfungen gegen die Maul- und Klauenseuche

wieder ein! Hören wir auf damit, den massenhaften Tod der Tiere aus kommerziellen Gründen in Kauf zu nehmen, (C)

(Beifall bei der F.D.P.)

wenn uns Experten versichern, dass eine Impfung neue Seuchenausbrüche verhindert, weil die vorhandenen Impfstoffe so sicher sind, dass sie gegen alle bekannten MKS-Erreger wirken, und die Wahrscheinlichkeit, dass Tiere infektiöse Viren ausscheiden könnten, gleich null ist. Meine Damen und Herren, in Deutschland galt die Maul- und Klauenseuche Ende der 80er-Jahre als ausgerottet, auch und gerade weil es bis dahin ein sehr erfolgreiches Impfprogramm gegen die sich in Windeseile ausbreitende Tierseuche gab.

Machen auch Sie in der Landesregierung sich den Rat international anerkannter Wissenschaftler zu Eigen! Treten Sie im Bund und auf EU-Ebene für die Wiederauflage des Impfprogramms ein.

Gestern hat die "Süddeutsche Zeitung", die nicht den Ruf hat, der Mehrheitskoalition feindselig gegenüberzustehen, einen eindrucksvollen Bericht über Aussagen von Wissenschaftlern und Experten aus anderen Staaten gebracht, der in der Conclusio präzise auf das hinausläuft, was ich hier vorgetragen habe. Frau Höhn, ob Sie es glauben oder nicht: Wenn Sie das tun, unterstützen wir Sie, weil Sie dann nämlich etwas Richtiges tun. (D)

(Beifall bei der F.D.P.)

Berücksichtigen Sie die mahnenden Worte aus Forscherkreisen, z. B. von Fred Burn vom "Animal Disease Center" in New York, der beklagt, dass weltweit nur eine Handvoll Einrichtungen die Maul- und Klauenseuche erforscht. Auch hier könnten Sie ernsthaftes politisches Handeln unter Beweis stellen, indem Sie die Forschung auf diesem Feld fördern.

Ich komme jetzt zu einem Punkt, zu dem sich mein Freund, der Parlamentarische Geschäftsführer der Grünen, lautstark zu Wort gemeldet hat. Herr Rimmel, bleiben Sie hier; Sie kriegen es jetzt.

(Heiterkeit bei der F.D.P.)

Nehmen Sie schon mal Platz, damit Sie das auch ertragen können. Setzen Sie sich ganz ruhig hin.

(Johannes Rimmel [GRÜNE] bleibt stehen.)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) Wie sich doch die Zeiten ändern! Als vor vier Jahren die letzten Castoren durch Deutschland rollten, haben die Grünen demonstriert wie die Verrückten. Sie haben sich an Schienen gekettet und die Bevölkerung zum Widerstand aufgerufen. Und heute? - Ein grüner Umweltminister genehmigt die Castor-Transporte. Die älter gewordenen Protestler erteilen ihren Mitgliedern auf der Bundesdelegiertenkonferenz gnädig eine eingeschränkte Demonstrationserlaubnis.

(Johannes Remmel [GRÜNE] verlässt den Saal.)

Das finde ich wirklich großartig. Da das ein bisschen missverstanden werden konnte, musste Frau Roth, die neue Vorsitzende, nach Gorleben fahren, um ein bisschen mit zu demonstrieren, wunderte sich, dass sie ausgepiffen wurde. So ist das, wenn man die Geister, die man ruft, nicht mehr los wird. Sie haben die Verantwortung, Sie von der Partei Die Grünen!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Diejenigen, die mit Ihnen kooperieren, müssen das wissen: Für das, was in diesen Tagen dort geschieht, tragen Sie die Verantwortung, niemand sonst. Sie haben sich gegen die Atomenergie ausgesprochen, auch mit Demonstrationen und Blockaden! Das ist doch ein absurder Kreislauf. Herr Trittin schickt die Castoren los: Castor, Marsch! - Frau Roth ruft die Demonstranten auf, die jetzt blockieren: - Der Ex-Grüne Schily schickt den Grenzschutz und die Polizisten, die die Blockierer wegräumen. - Wahrscheinlich kommt demnächst noch Herr Fischer und setzt sich in altbekannter Weise mit den Polizisten auseinander.

(B)

(Beifall bei der F.D.P. - Lebhafter Widerspruch des Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Nein, meine Damen und Herren, so kann das nicht laufen. Dieses Land wird auch auf längere Sicht nicht ohne Kernkraft auskommen. Ich will hier einmal ansprechen, was gestern im "Handelsblatt" gestanden hat:

(Ministerin Bärbel Höhn: Wir haben doch gar keine Atomkraft mehr!)

"Europa denkt an Renaissance der Kernenergie". Ich zitiere einmal, was man dort Bemerkenswertes nachlesen kann. In diesem Artikel heißt es nämlich:

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wo ist denn Ihr Endlager? - Zuruf von der SPD: In Münster!)

- (C) "Noch heikler ist, dass auch Schröders Energieminister Müller nicht weiß, wie er die Klimaziele seines Kollegen Jürgen Trittin aus dem Umweltressort mit dem von Rot-Grün durchgesetzten Verzicht auf Kernenergie bei erhofftem Wirtschaftswachstum und weiterer Nutzung treibhausgashaltiger deutscher Kohle in Einklang bringen soll.

Müller kehrte daher 'nachdenklich' aus Washington zurück. Die Amerikaner nutzen einen Ausweg aus dem energiepolitischen Dilemma, der ihm innenpolitisch verbaut ist. Vor diesem Hintergrund hält Müller eine neue energiepolitische Debatte auch in Deutschland auf kurz oder lang für unausweichlich."

Und weiter heißt es:

"Die konservative spanische EU-Energiekommissarin, Loyola de Palacio,"

- die hier in den letzten Monaten doch immer so gerühmt worden ist, als es um die energiepolitischen Gespräche mit ihr ging -

"fordert bereits öffentlich, der Realität ins Auge zu sehen, an die sich der deutsche Wirtschaftsminister nur herantastet. Wenn man Wirtschaftswachstum wolle, steige trotz aller Sparbemühungen der Energiebedarf. 'Aus diesem Grund müssen wir erneut über die Atomenergie und ihre Nutzung nachdenken', sagte sie im Einklang mit ihren Gastgebern bei einem Besuch in Washington."

(D)

(Beifall bei der F.D.P.)

So ist die Realität, und Sie schleichen sich da langsam heran.

Im gleichen Moment mobilisieren Sie die Menschen gegen den von ihrem Umweltminister in Gang gesetzten Castor-Transport. Wissen Sie, was Sie da tun? - Das kostet 80 bis 100 Millionen DM, die wir nicht für Schulen, nicht für Kindergärten, nicht für soziale Zwecke ausgeben können. Das ist Ihre Verantwortung!

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Sie sind es, die dafür geradestehen müssen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Und wer zahlt bei Schalke?)

- Frau Kollegin Löhrmann, fangen Sie nicht mit so albernem Vergleichen an. Es geht darum, dass die Energiepolitik dieses Landes zur Disposition steht.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) Das ist jetzt der erste Castor-Transport. Sie wissen doch, dass sie demnächst wöchentlich kommen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Das sind dann pro Transport 80 bis 100 Millionen DM.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wer hat den Müll produziert? Wir doch nicht!)

- Ich weiß, dass Sie diesen Müll nicht produziert haben. Sie produzieren sonst genug. Aber den haben sie wirklich nicht produziert. Das ist wohl wahr.

(Beifall bei der F.D.P.)

Den Müll haben die Kernkraftwerke produziert, die sämtlich in der Amtszeit des Bundeskanzlers Helmut Schmidt genehmigt worden sind, und zwar zusammen mit dem Vizekanzler Hans-Dietrich Genscher. Die sind dafür zuständig, nicht Sie von den Grünen. Das ist wohl wahr. Aber Sie sitzen jetzt in der Regierung, ducken weg und wissen genau, dass die Kernkraft 32 Jahre länger genutzt werden wird. 32 Jahre lang solche Transporte mit diesem Kostenaufwand sind unerträglich!

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

Deswegen müssen Sie dafür geradestehen. Das ist nun einmal so.

Wenn man in eine Herde Schafe einen Stein wirft, blökt das, das getroffen ist. Genau das ist gerade geschehen. Sie wissen, dass Sie getroffen sind.

Zur Finanzierung des Haushalts! Ich habe hier heute des Öfteren gehört, was seriöse und nicht seriöse Finanzierung sein soll, Herr Steinbrück. Wir haben mit unseren Anträgen zum Haushalt 2001 milliardenschwere Investitionen für eine bessere Bildung, für mehr Mobilität und mehr Sicherheit in NRW beantragt.

Weil ich wieder so einen merkwürdigen Zuruf gehört habe, fällt mir gerade ein: Ich wollte Ihnen ein weiteres Zitat vorhalten. Das mache ich gleich.

Wir haben das beantragt. Wir haben gesagt: Wir geben auch an, woher diese Milliarden kommen sollen.

(C) Erstens gibt es die Forderung gegenüber der WestLB in Höhe von 2,4 Milliarden DM. Diese Zahl hat Vorstandsvorsitzender Neuber selbst genannt. Das ist nicht meine Zahl. Herr Steinbrück, auf geht's: Treiben Sie die Milliarden ein! Sie sind Finanzminister des Landes und nicht Sponsor der WestLB.

(Beifall bei der F.D.P.)

Nicht ihr, sondern dem Volk müssen Sie Rechenschaft ablegen.

Zweitens verlangen wir, die Zukunftsinvestitionen in Bildung und Verkehr durch eine vorzeitige Kürzung der Kohlesubventionen zu finanzieren.

(Zuruf des Helmut Diegel [CDU])

- Da habe ich beim Nachgucken dann doch ganz interessante Stellen gefunden. Die wollte ich Ihnen nicht vorenthalten.

Der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, Ihr Kollege Christian Wulf, sagt Folgendes.

(Zurufe von der CDU)

- Er ist immerhin Ihr stellvertretender Bundesvorsitzender. Vor stellvertretenden Bundesvorsitzenden habe ich Demut.

(Minister Peer Steinbrück: Vor Vorsitzenden auch?)

- Das muss man sich im Einzelnen angucken.

(Heiterkeit auf der Regierungsbank)

Christian Wulf sagt:

"Weitere Milliardensubventionen für die Steinkohle über das Jahr 2005 hinaus lehne ich ab. Dadurch werden zu viele Mittel verspielt, die in anderen Bereichen gebraucht werden."

Erwin Teufel und Edmund Stoiber sagen, dringend müssten die Subventionen abgesenkt werden auf unter 2 Milliarden DM. Das sind auch nicht ganz unbedeutende Persönlichkeiten. Der eine ist sogar sehr erfolgreich. Er ist mir persönlich zu erfolgreich, aber ich kann es nicht ändern.

Gunnar Uldall, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, meint:

"Wir sollten jetzt schon einen Zeitpunkt nennen, an dem die Subventionen auf null zurückgefahren werden."

(Beifall bei der F.D.P.)

(D)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

(A)

Und Wolfgang Clement sagt im "Bonner Generalanzeiger" vom 31. Juli 1999:

"Die Steinkohle kann aber nicht auf ewig mit Subventionen rechnen."

(Beifall bei der F.D.P.)

Wann denn nicht mehr? - Sie wissen genau, dass es keine Steinkohlebergwerke in Betrieb geben wird ohne Subventionen. Das wissen Sie ganz genau. Wenn Sie also sagen, man könnte damit nicht dauerhaft rechnen, dann sagen Sie doch nichts weiterhin über den lebensfähigen Bergbau. Das ist eine Lebenslüge. Es geht nicht.

(Beifall bei der F.D.P.)

Weil das so ist und weil Sie das wissen, geht es eben nicht mehr um die Grundsatzfrage. Es geht um die Frage: Ist es uns wichtiger, jetzt das Geld für Bildung und Mobilität zu haben, als in überlebte Strukturen zu investieren? Die Menschen sind im Schnitt 33 Jahre alt. Ist es nicht zumutbar, dass gut ausgebildete Handwerker und Techniker, die jederzeit anderswo Jobs bekommen können, anderswo einen Job übernehmen, wie das Abertausende von Menschen in anderen Wirtschaftsbereichen jedes Jahr tun müssen? Die Jobbörse in Kamp-Lintfort hat es doch gezeigt.

(B)

(Beifall bei der F.D.P.)

Wo waren Sie denn mit Subventionen, als im westlichen Münsterland die komplette Textilindustrie auf ungefähr ein Viertel reduziert worden ist? Wo waren Sie? Keinen Pfennig hat es gegeben!

(Beifall bei der F.D.P.)

Das haben wir nicht kritisiert. Aber dieses Hätscheln eines Wirtschaftszweiges - weil dort die Gewerkschaftsfunktionen und die Parteifunktionen sozusagen identisch sind - muss aufhören. Es ist unfair gegenüber den Kindern, gegenüber den Lehrern, gegenüber den Behinderten, gegenüber all denen, denen Sie das nicht geben, was Sie dringend tun müssten, weil Sie das hier weiter fortführen wollen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zu dem geradezu merkwürdigen Tabuthema betriebsbedingter Kündigungen: Sie wollen doch

Marktwirtschaftler sein und sind es auch. Wer gibt Ihnen das Recht, zu sagen: "Wir definieren einen Bereich in der Wirtschaft, in dem das normale Prozedere nicht praktiziert wird"? Man kann Übergangshilfen machen. Man kann Anpassungshilfen machen. Aber Sie können doch nicht sagen: In dieser Zukunft ist ein Schicksal tabu, das in anderen im Wege des strukturellen Wandels an der Tagesordnung ist. Dafür geben Sie Geld aus.

(C)

Es braucht den finanzpolitischen Kurswechsel. Leistungsfähige junge Bergleute mit 150.000 DM Jahreskopfquote vor dem Umstieg in neue Jobs zu schützen, der gesellschaftlichen Integration von Menschen mit Behinderungen aber 1,4 Millionen DM und der Förderung von behinderten und pflegebedürftigen Menschen 4,75 Millionen DM zu streichen, ist nicht in Ordnung. Umgerechnet heißt das: Der Aufschub des Jobwechsels für 41 Bergleute zählt mehr als die Hilfe für diese beiden Bereiche, die ich gerade genannt habe. Das ist nicht seriös, das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Da es nicht infrage kommt, den Bürgerinnen und Bürgern angesichts der bereits heute viel zu hohen Belastungen noch mehr Steuern abzuverlangen, da auch eine weitere Erhöhung der Nettoverschuldung nicht in Ordnung wäre, gibt es keinen anderen Weg, als die Finanzierungsquellen zu erschließen, die wir angesprochen haben. Ich habe jedenfalls Alternativen in dieser Größenordnung nicht gehört. Man kann sich darüber streiten, aber wir haben uns wenigstens die Mühe gemacht, sie zu vertreten.

(D)

Noch einmal, lieber Herr Moron: Ich bin zu dieser Kundgebung nach Dinslaken gefahren. Ich habe Sie dort nicht gesehen. Ich bin bei den Bergleuten gewesen, die mir manchmal Blumen zugeworfen haben, an denen noch die Töpfe hingen, und habe versucht, denen das zu erklären. Aber ich nehme die Menschen auch ernst, die dort mit ihrem kargen Lohn ein Einfamilienhäuschen gebaut haben und jetzt Angst haben, dass die Häuser zusammenbrechen und die Keller voll Wasser laufen, und sagen: Das ist doch aberwitzig; das brauchen wir doch nicht, wenn man die Kohle überall sonst auf der Welt bekommen kann und die Kumpels anderswo Jobs bekommen können.

Sie hätten mal dabeisein sollen. Früher war es unmöglich, so eine Kundgebung zu machen. Da

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- (A) wäre ich weggeprügelt worden. Das Klima hat sich völlig gewandelt. Die Menschen haben erkannt, dass Sie ihnen eine Lebenslüge vorbeten; sie sind klüger als Sie. Geben Sie diese Lebenslüge auf! Es hat keinen Zweck, sie fortzusetzen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Fazit: Ich möchte gerne, dass das notwendige Geld, um die neuen Akzente, von denen ich gesprochen habe, zu sichern, zusammengebracht wird durch eine Neuverhandlung bzw. Verhandlung zwischen den Beteiligten über einen frühzeitigen Ausstieg aus der Subventionierung der Kohle.

Wir möchten gerne, dass die Bürokratie entschlackt und der politische Apparat verkleinert werden. Offenbar gibt es da Bewegungsmöglichkeiten. Steigen Sie aus den Staatstätigkeiten aus, die von den Kernkompetenzen der Politik und des Staates - nur teuer und ineffizient - ablenken! Steigen wir in konsequente Zukunftsinvestitionen ein - nicht ein bisschen, sondern richtig!

Dafür - allerdings nur dafür und auch nur dann - gilt Ihnen, Herr Ministerpräsident, und der Landesregierung ein herzliches Glückauf! - Danke schön.

(B)

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Jan Söffing: Vielen Dank, Herr Möllemann. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben von Herrn Rüttgers die Lösung gehört: ganz oder gar nicht, schwarz oder weiß, alles oder nichts. Und wir haben Herrn Möllemanns Mischung aus Traum, Jammern oder auch Schleimen gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zurufe von der F.D.P.: Was?)

Das spricht für sich.

Ich sehe, die Landesregierung ist schon ganz erschüttert von all den Bitten und Anweisungen, die sie sich sicherlich gespannt angehört hat, was

- sie jetzt alles etwa im Bundesrat oder bei anderen (C) Regierungen zu tun hat.

(Zuruf von der F.D.P.: Das wäre doch auch Ihre Aufgabe! - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Beim Thema "Schleimen" sind sie als Krötenschluckerin doch Spezialist!)

- Ja. Ich bin gespannt, Herr Möllemann - Sie haben ja jetzt die Chance, sich in die Koalitionsverhandlungen in Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg einzumischen -, welchem der beiden Länder es zuerst gelingt, den Beamtenstatus abzuschaffen. Gehen Sie mal ran, und zeigen Sie, wie mächtig, wie wichtig und wie erfolgreich Sie sind!

Auf einen Punkt möchte ich direkt zu Anfang eingehen. Sie haben das angesprochen, das ist berechtigt, und damit habe ich auch gerechnet. Im Gegensatz zu Ihnen übernehmen wir auch Verantwortung für Dinge, die wir nicht verursacht und nicht verschuldet haben.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Wir übernehmen auch Verantwortung für den Müll, den nicht wir, sondern andere Mehrheiten produziert haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D)

Das ist bitter in der Sache. Deshalb reagieren Grüne da emotional, weil wir uns aus dieser Diskussion und aus dieser Verantwortung nicht verabschieden. Wir gehen auch nicht nur dann zu Diskussionen, wenn wir dort bejubelt werden, sondern nehmen in Kauf, ausgepiffen zu werden, weil wir den Weg, den Ausstieg aus der Atomenergie für richtig halten. Diesen Ausstieg gibt es nur mit Bündnis 90/Die Grünen. Das weiß auch jeder im Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wer hätte gedacht, meine Damen und Herren, dass wir hier im Landtag einmal eine haushaltspolitische Debatte erleben würden, die im bundespolitischen Kontext einer Nationalstolzdebatte stattfindet. Ich hätte nicht gedacht, dass man als politisch interessierter Mensch an der Schwelle des 21. Jahrhunderts in null Komma nichts Ordner mit Material zu diesem Thema füllen könnte. Ich hätte nicht gedacht, dass wir eine Nötigung zum Zwangsouting in Sachen Stolz und Nation erleben würden nach dem Motto: "Stolz, stolzer,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) am stolzesten" oder "Spieglein, Spieglein an der Wand, wer ist der Stolzeste im ganzen Land?"

Nein, diesen Stolzboom hätte ich im Zeitalter der Europäisierung und Internationalisierung, in Zeiten von Mobilität und Freizügigkeit beim Reisen und im Beruf nicht für möglich gehalten.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Hermann-Josef Arentz [CDU]: Das ist weit weg!)

Seit Schopenhauer ist zu diesem Thema im Prinzip schon das Nötige gesagt - interessanterweise bereits aus der Zeit vor dem Nationalsozialismus - ich zitiere -:

"Aber jeder erbärmliche Tropf, der nichts in der Welt hat, auf das er stolz sein könnte, ergreift das letzte Mittel, auf die Nation, der er gerade angehört, stolz zu sein. Hieran erholt er sich und ist nun dankbarlich bereit, alle Fehler und Torheiten, die ihr eigen sind, mit Händen und Füßen zu verteidigen."

Frei nach Schopenhauer: Laurenz Meyer und die anderen Tröpfe aus CDU und F.D.P. sind stolz darauf, Deutsche zu sein, weil es sonst an überzeugenden Konzepten mangelt.

(B) (Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Warum tun sie das - es sind übrigens überwiegend Herren, die über den Stolz reden -? Die Herren sind auf Stimmenfang, und die Stimmen vermuten sie dort, wo sie sie immer vermutet haben: bei rechten Ressentiments und Vorurteilen. Da ist jedes Mittel recht, und da stört es nicht, wieder einmal den Rechtsextremen die Aufwartung zu machen. Die "Das Boot ist voll"-, die "Kinder statt Inder"-Kampagne, die deutsche Leitkultur, der nationale Stolz - alles immer wieder aufs Neue. Wen wundert es dann, dass die rechtsextreme NPD an den CDU-Infoständen in Rheinland-Pfalz dankbar sekundiert wie die Republikaner im Landtagswahlkampf in NRW dem "Kinder statt Inder"-Slogan von Herrn Rüttgers. So war das, und das ist auch belegt.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren von der CDU, in den letzten Monaten haben Sie sich ja redlich bemüht, ein anderes Bild von sich zu entwerfen. Aber was macht die NRW-CDU jetzt in der aktuellen Situation? Sie duckt sich weg, wie immer, wenn es

brenzlich wird. Kein klares Wort von Ihnen, Herr Rüttgers, wie das in Ihr Integrationskonzept passt, auf das Sie ja - ich finde, weitgehend zu Recht - so stolz sind. Soll das etwa dahin gehend erweitert werden, dass Zugewanderte bei der Einbürgerung z. B. hundertmal schreiben oder aufsagen müssen: "Ich bin stolz darauf ..."?

In aller Klarheit: Die Äußerung von Jürgen Trittin war unnötig und in der Form unangebracht und für grüne Politik kontraproduktiv. Aber, meine Damen und Herren, im Gegensatz zur CDU, die auf ihrem Rentenplakat den Bundeskanzler als Verbrecher darstellte, hat Herr Trittin seinen Fehler eingesehen, sich öffentlich und persönlich entschuldigt. Herr Meyer, der heute ja ausnahmsweise, zumindest zum Teil, auch einmal hier ist, hat diese Entschuldigung angenommen. Trotzdem hat die CDU diese Treibjagd veranstaltet. Das ist echtes Christentum, das ist die Werteerziehung, die wir brauchen!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Aber insbesondere dem Laurenz Meyer, dem, der ausschließlich mit dem Säbel hantieren kann, wie wir aus seinen Oppositionsführerzeiten nur zu genau wissen, dem, dessen Entschuldigung bei Herrn Schröder noch aussteht, dem nehme ich seine Betroffenheit nicht ab. Der war und ist auch froh, dass er etwas zum Ausschlichten hatte. Dass die F.D.P. noch schnell auf diesen Zug aufgesprungen ist, um auch noch den rechten Rand zu erreichen, wundert mich überhaupt nicht mehr. Je nach Guidos Gusto: Mal europäisch-liberal, mal deutschnational.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben die F.D.P. hier im Landtag nun seit knapp einem Jahr erlebt, eine Erfahrung, die wir immerhin elf anderen Landtagen voraushaben.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Edith Müller)

Ich muss schon sagen: Selbst diejenigen, die ahnten, was auf das Parlament zukommt, waren einigermäßen verblüfft. Da war zunächst der unvergessliche Auftritt von Jürgen W. Möllemann, der der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten eine eigene entgegengesetzte und dem überraschten Publikum das Wahlprogramm der F.D.P. darbot. Chapeau, Herr Kollege, das war Kabarett vom Feinsten! Oder die Dauerforderung nach Untertunnelung des Ruhrgebiets. Wir haben das eben noch einmal gehört: Sechsspüriger unter

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) irdischer Ausbau. Bravo, Herr Kollege, eine pfiffige Idee! Ebenso pfiffig und von allererster Güte ist aber auch der Vorschlag - diesen haben Sie heute nicht wiederholt -, Castoren mit Zeppelinen zu transportieren. Die Liste ließe sich beliebig fortführen.

Zur Krönung ein letztes Beispiel - das hat uns hier heute auch wieder erreicht -: Die von Herrn Möllemann ins Spiel gebrachte Finanzierung der Bildungspolitik durch Bruch bestehender Verträge im Bereich der Steinkohlesubventionierung. Also ein Raubüberfall auf Bergleute, ihre Familien und ganze Regionen!

(Zuruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.])

An dieser Stelle unsererseits zu diesem Thema ein Hinweis:

(Zuruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.])

- Das Entscheidende ist, dass Sie sagen: "Nein, nein, so habe ich das nicht gemeint, es sollen Verhandlungsprozesse eingeleitet werden." - Ja, wissen Sie denn, ob diese erfolgreich sind? Aber das Geld stellen Sie schon ein.

(Zuruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.])

(B) Das Geld wollen Sie für die Bildung der Kinder schon ausgeben. Das Geld haben Sie doch noch gar nicht. Im Bundestag haben Sie übrigens zu den Verträgen, die Sie jetzt brechen wollen, aus denen Sie jetzt aussteigen wollen, mit tränenerstickter Stimme gestanden und davon geredet, dass Ihnen die Bergleute so wichtig sind. Das passt doch vorn und hinten nicht zusammen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD - Zuruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.])

Wir Grüne stehen zu geschlossenen Verträgen.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Sie reden Quatsch!)

- Nein, ich rede keinen Quatsch. Die Verträge der Steinkohlesubventionierung gelten bis 2005. Wir wollen keinen Crash-Kurs in dieser Frage, sondern wir wollen den Gleitflug, weil wir es für richtig halten, den Umbau sozialverträglich voranzubringen. Wir teilen allerdings nicht die Position der SPD. Darüber wird noch zu reden sein. Unsere jetzige Debatte berührt das aber überhaupt nicht. Es berührt den Landeshaushalt überhaupt nicht. Es wird darüber zu reden sein, ob das tragfähig

ist oder ob sich unsere Vorstellung durchsetzt. (C) Darüber werden wir in aller Ruhe reden.

Zu den Vorschlägen der F.D.P.! Die F.D.P. produziert am laufenden Band die Vorschläge, mit denen Stefan Raab mehrmals pro Woche seine Sendungen füllt. Nur: Stefan Raab kauft seine Späße bei hochdotierten Gag-Schreibern. Die Späße der F.D.P. finanziert der Steuerzahler. Und wo landen sie? Im Papierkorb!

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.])

Meine Damen und Herren, ich will noch einmal auf die Debatte zurückkommen, die wir im letzten Sommer zu dem Thema Rechtsextremismus in diesem Hause geführt haben. Das dünne Eis, der Konsens, den wir da vorsichtig zu entwickeln versucht haben, ist geschmolzen, weil Sie von der Opposition wieder alte Muster bedienen.

Die Debatte ist ja nicht neu. Schon im vergangenen Jahrhundert unter Bismarck wurden abweichende linke politische Positionen mit dem Brandmal des Vaterlandverrätters versehen. Die Debatten und die, die Sie führen, sind also mindestens von vorgestern.

Zitat: "Die Alten machen es den Jungen vor" (D) schrieb die "WAZ" in der vergangenen Woche und zitierte mehrere deutsche Wissenschaftler, die die Bedingungen von Rechtsextremismus untersucht haben. Unter den 55- bis 65-Jährigen ist Fremdenfeindlichkeit weiter verbreitet als unter Jugendlichen, wurde festgestellt. Also: kein Jugendproblem, kein Problem des Austobens und nicht nur ein Problem der politischen Bildung.

Der Düsseldorfer Politologe Wolfgang Dressen bringt es wie folgt auf den Punkt:

"Rechtsextreme sind nicht der Rand der Gesellschaft, aber sie gehen gegen den Rand der Gesellschaft vor."

Also gegen Fremde, gegen Flüchtlinge, gegen Obdachlose. Während sich rechtsextreme Jugendliche noch in den 80er-Jahren als Außenseiter betrachteten, halten sie heute ihre fremdenfeindlichen Einstellungen für allgemeines Gedankengut."

Darin werden sie eben unterstützt, wenn nun Politiker die Parolen aufgreifen und verbreiten, die ansonsten bei Nazi-Aufmärschen skandiert wer-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) den. Merken Sie denn eigentlich nicht, was Sie hier tun und wie verantwortungslos das ist?

Der Kölner Politikwissenschaftler Christoph Butterwege schreibt:

"Teilweise klagen dieselben Kreise, die noch während der Asyldebatte lauthals "Das Boot ist voll!" gerufen hatten, in einem menschenleeren Deutschland könne niemand mehr die Renten bezahlen."

Da wird die ganze Widersprüchlichkeit und die Verquickung rechtsextremer und etablierter Positionen deutlich. Dabei könnte eine Debatte darüber interessant sein, wie unser Deutschland der Zukunft aussehen soll, worauf wir stolz sein können und wofür wir uns schämen müssen, was wir mit ins 21. Jahrhundert nehmen wollen und was wir besser zurücklassen, was modern ist, was zukunftsfähig ist? An einem solchen Wettstreit um das bessere Deutschland im internationalen Konzert wollen wir Grüne uns gern beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(B) "Wer das Gefühl hat, dass seine Anliegen in der politischen Auseinandersetzung nicht zur Sprache kommen, ist nicht bereit, sich für die Demokratie einzusetzen. Wer in der Gesellschaft keine Anerkennung findet, der erkennt dann oft auch den anderen Menschen nicht an."

So stand es in der vergangenen Woche ganz richtig in der "Süddeutschen Zeitung".

Gerade deswegen ist es so wichtig, meine Damen und Herren, jungen Menschen Bildung zu ermöglichen, ihnen Lebenschancen zu eröffnen wie mit dem Programm "Vorrang für Bildung". Gerade deswegen ist es so wichtig, den Landesjugendplan aufzustocken, um gezielte Projekte der Jugendarbeit durchzuführen. Gerade deswegen müssen wir zivile Konfliktregelungsmechanismen fördern, nicht nur auf dem internationalen Parkett, sondern auch im Alltag. Gerade deswegen ist es so wichtig, auch für Ältere Arbeitsplätze zu sichern und neue zu schaffen. Gerade deswegen ist es so wichtig, zugewanderten Menschen Perspektiven zu eröffnen, Integration und Zuwanderung positiv zu gestalten, wie z. B. mit dem von uns vorgelegten Integrationskonzept.

Schauen wir in dem Zusammenhang noch einmal ein Jahr zurück: Der Landtagswahlkampf ging in seine letzte Phase. Die Kampagne "Kinder statt

(C) Inder" der CDU schwappte über das Land, die Green-Card-Initiative des Kanzlers sollte diskreditiert werden.

Was haben wir heute? - Durch alle Zeitungsblätter rauschte in der vergangenen Woche die Meldung, aus der Green Card wurde eine Gold Card. 5.000 IT-Spezialisten kamen, 12.500 zusätzliche Arbeitsplätze wurden geschaffen. Also gibt es durch die Green Card insgesamt 17.500 zusätzliche Beschäftigte in Deutschland mit den entsprechenden Zahlungen in die Steuer- und Sozialkassen.

Viele Firmen nahmen Abstand davon, Teile der Produktion ins Ausland zu verlagern. Die mittelständische Wirtschaft fordert, die Zuwanderung flexibler zu gestalten, Klauseln abzuschaffen und gegebenenfalls die Green Card auf andere Branchen auszudehnen. So muss es weitergehen, meine Damen und Herren. Also, Herr Rüttgers: Volle Bauchlandung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

(D) Wir brauchen keine Diskurse über Stolz und Nation, keine Abschottung, sondern eine Politik der offenen Arme, Einwanderung und Internationalität. Stellen auch Sie sich den Chancen der Internationalisierung! Hüten Sie sich vor der Verbreitung von Ressentiments! Sie schaden sonst der Zukunft unseres Landes.

Wenn wir Sie wirklich ernst nehmen sollen, Herr Rüttgers, dann müssen Sie mehr Konsequenz, Klarheit, Gesamtschau und Gesamtverantwortung an den Tag legen. Da geht z. B. der CDU-Vorsitzende hin, gibt der "taz" ein Interview, schwadroniert über Schwarz-Grün und erklärt uns die Welt.

Der Autoverkehr müsse reduziert werden, sonst würde uns der Globus um die Ohren fliegen. Gut gebrüllt! Wunderbar, Herr Rüttgers! Aber wenn es dann konkret wird und der grüne Vorschlag der konsequenten Fortführung der Ökosteuer auf dem Tisch liegt, weil sie im vergangenen Jahr nachweislich zur Verminderung des Spritverbrauches in Höhe von 4 % beigetragen hat und ein Erfolg versprechender Ansatz auch im europäischen Konzert ist, dann verschanzt er sich und lehnt die Ökosteuer ab. Damit wird uns klar, warum Sie als Zukunftsminister scheitern mussten.

Aus grüner Sicht ist die Perspektive eindeutig: Im Interesse der kommenden Generationen, aber

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) auch im Interesse der nordrhein-westfälischen Wirtschaft müssen wir den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn hier der eine oder andere durchaus noch Lernprozesse durchlaufen muss, es führt kein Weg an einer Ökologisierung des Steuersystems vorbei, um entsprechende Lenkungswirkungen zu erzielen. Wenn dann über eine neue rot-grüne Koalition in Berlin verhandelt wird, dann ist für uns Grüne klar, dass ein Teil der Einnahmen aus der Ökosteuer der ökologischen Umgestaltung unseres Landes zugute kommen muss: der Landwirtschaft, dem Naturschutz, den regenerativen Energien, dem öffentlichen Personennahverkehr, der Güterbeförderung auf der Schiene. So muss die Feise aussehen, da muss es hingehen.

Nehmen wir ein anderes Beispiel, bei dem die alte Bundesregierung versagt hat, die Sozialversicherungspflicht für 630-DM-Jobs: Die Reform der rot-grünen Bundesregierung bedeutet heute per Saldo 2,3 Milliarden DM Mehreinnahmen bei den Krankenkassen, 2,9 Milliarden DM mehr für die Rentenkassen. Kein Wirtschaftszweig ist zusammengebrochen. Im Gegenteil. Darüber hinaus erhalten die Betroffenen Krankenversicherungsschutz und Rentenansprüche.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch bei diesem Thema sind Union und F.D.P. rückwärts gewandt, verbohrt und nicht in der Lage, Fehler auch einmal zuzugeben, wie z. B. der DIHT und der Bundesverband der Arbeitgeberverbände. Doppelt so viele Jobs wie erwartet wurden geschaffen. Auch das ist ein Beitrag für den sozialen Frieden im Land.

Dieser soziale Frieden, meine Damen und Herren, wird auch mit diesem Haushalt um ein weiteres Stück stabilisiert. Das geschieht nicht zuletzt auf Initiative der Grünen. Wir haben z. B. dafür gesorgt, die komplementären ambulanten Dienste verlässlich abzusichern. Wir tragen Sorge für die Beschäftigungsgesellschaften und sozialen Wirtschaftsbetriebe. Der Landesaltenplan und dort insbesondere die Altenerholung und die Mittel für die Maßnahmen zur häuslichen Pflege wurden aufgestockt. Die Mittel für die Suchtprogramme haben wir erhöht, das Geld für die Hospize aufgestockt.

Die Reaktionen und Schreiben von Sozialverbänden zeigen, dass wir da auf einem richtigen Weg sind und ganz konkret die Lebenssituationen von Menschen verbessern.

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ganz aktuell ist auch die Reform des Vergaberechts eine Chance, auf Dauer zum sozialen Frieden in unserem Land beizutragen. Wir wollen, dass hier Grenzen eingezo-gen werden, dass nicht die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer komplett den Gesetzen des Marktes geopfert werden. Wir wollen fairen Wettbewerb, in dem soziale und ökologische Standards von Auftragnehmern öffentlicher Aufträge eingehalten werden müssen: tarifliche Standards einerseits, Frauenförderung als Vergabekriterium andererseits. Hier können wir Vorreiter für andere Länder und den Bund sein. Lassen Sie uns diese Chance ergreifen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir Grünen sind im Ergebnis sehr zufrieden mit dem Landeshaushalt für das Jahr 2001. Wir haben als Koalitionsfraktionen den Entwurf, den die Landesregierung eingebracht hat und der in seinem Gesamtvolumen rund 96,1 Milliarden DM umfasst, in etlichen und in gravierenden Positionen zum Besseren verändert.

(D)

96,1 Milliarden DM - das sind 1,4 Milliarden DM mehr als im vergangenen Jahr, und das ist kein Pappenstil. Das ist viel Geld, das für die Aufgaben des Landes im Interesse und zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger ausgegeben wird.

Ich bin überzeugt davon, dass das Geld, das uns für die Entwicklung unseres Landes anvertraut wurde, gut angelegt ist. Für uns gilt: Die Menschen in NRW, ihre Interessen und Anliegen kommen immer zuerst. Wir stellen die Menschen in den Mittelpunkt unserer Politik.

Es sind zwar schwierige Zeiten für die Finanzen des Landes. Die Steuerreform hat Lücken gerissen, und es macht nicht immer Spaß, alle Ansprüche unter einen Hut zu bekommen. Einfacher und schöner wäre es, aus dem Vollen zu schöpfen. Aber, meine Damen und Herren, wir Grüne sind keine Schönwetterpartei, nicht nur beim Atomausstieg, nicht nur bei Castor-Transporten, nicht nur bei Demonstrationen, sondern wir stellen uns auch schwierigen Entscheidungen. Wir reden

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) nicht allen nach dem Mund und erfüllen Maximalforderungen. Das passt dann nämlich nicht zusammen. Und das kann auch nicht zusammenpassen.

Im Ergebnis und in der Gesamtverantwortung ist dieser Haushalt ein guter Haushalt für Nordrhein-Westfalen und seine Bürgerinnen und Bürger. Er ist der Haushalt einer verlässlichen und kompetenten Koalition.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Edgar Moron [SPD])

Grüne Politik heißt heute mehr denn je, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen, Zukunft zu gestalten, indem wir der Modernisierung des Landes eine ökologische und soziale Richtung geben.

Wir halten unser Wort, wir drängen auf zügige Umsetzung und auf Problemlösungen. Wir binden die Menschen - Beteiligte und Betroffene, Verbände und Vereine - in unsere Entscheidungen ein und stehen mit ihnen im Dialog. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine Politik für mehr Lebensqualität verdient.

- (B) Die Politik für die Zukunft NRW hat klare Schwerpunkte: Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit, soziale Verlässlichkeit, Eröffnung von Lebens- und Bildungschancen und - nicht zuletzt - ökologische Verantwortung.

Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit mit einem solide finanzierten Haushalt: Wir Grüne stehen für nachhaltiges Haushalten, für einen sorgsamen Umgang mit den Landesfinanzen, für die Verringerung der Nettokreditaufnahme, für ein effektives und effizientes Immobilienmanagement.

Soziale Verlässlichkeit: Wir Grüne stehen zur Tradition unseres Landes als soziales Gewissen der Bundesrepublik. Ich finde es ja interessant, wenn sich auf Herrn Arnold bezogen wird, aber seine Kernbotschaften, die wichtig sind, dann im Ergebnis nicht umgesetzt werden. Wir aber stehen zu dieser Tradition und wir wollen sie fortsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das heißt: die Menschen in den Mittelpunkt stellen, alle Menschen mitnehmen, keinen Menschen ausgrenzen. Lebenschancen eröffnen heißt auch, politische Gestaltungschancen erhalten. Das gilt gerade in der Sozialpolitik. Starke brauchen den

Staat nicht. Sie können sich selbst helfen. Lebenschancen eröffnen, Gestaltungschancen erhalten gilt aber auch beim Ausbau demokratischer Mitwirkungsmöglichkeiten. Und natürlich heißt es auch: Priorität für Bildung. (C)

Zu gleichen Chancen gehört auch die Gleichberechtigung der Geschlechter. Mit dem Ansatz des Gender-Mainstreaming gehen wir zukunftsweisend in das neue Jahrtausend. Eine moderne Gesellschaft kann es sich nicht leisten, das Potenzial qualifizierter Mädchen und Frauen nicht zu nutzen. Da gibt es noch einiges zu tun. Wir führen mit diesem Ansatz den konsequenten Weg der nordrhein-westfälischen Frauenpolitik fort, und das ist gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ökologische Verantwortung und nachhaltiges Wirtschaften - dafür stehen wir Grüne. Ökologische Politik ist aktueller denn je.

Wir nehmen die Sorgen der Verbraucherinnen ernst und sorgen für gesunde Lebensmittel. Das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher schafft erst die Grundlage für die Existenz der Landwirte und der anderen Betriebe, die in diesem Zusammenhang eine Rolle spielen. Wir nehmen die Sorgen der Bauern auf und machen Ernst mit dem Umsteuern in der Landwirtschaft. (D)

Wir nehmen die Sorgen von Eltern, Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern ernst und bringen eine bessere Unterrichtsversorgung und mehr Selbständigkeit der Schulen auf den Weg.

Wir nehmen die täglichen Sorgen der Pendler ernst und schaffen schnelle, komfortable und bezahlbare öffentliche Verkehrsmittel.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ein ganzer Haufen Sorgen, nicht?)

Wir nehmen die Notwendigkeit der Zuwanderung und Integration ernst und werden sie positiv für die Menschen und für unser Land gestalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen trägt diese deutliche grüne Handschrift und hält diese gemeinsame Richtung fest. Die Vereinbarung wird jetzt Zug um Zug mit Leben gefüllt und umgesetzt. Das Tempo der Umsetzung ist rasant. Das sehen Sie und das kann man auch nachvoll-

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) ziehen; ich werde es an der einen oder anderen Stelle noch belegen.

Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang eine Bemerkung für all diejenigen, die die Grünen nur als zweiten Sieger der Koalitionsverhandlungen sahen. Die Arbeit im vergangenen Jahr macht klar, dass hier zwei Partner inhaltlich auf gleicher Augenhöhe arbeiten. Die Grünen Bärbel Höhn und Michael Vesper sind Leistungsträger und Aushängeschilder im Kabinett von Wolfgang Clement.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit uns, meine Damen und Herren, gibt es keine eindimensionale Politik, auch nicht in der Regierung. Wir denken und handeln kreativ. Wir schaffen Lösungen, die über den Tag hinaus reichen und die auch noch nach Jahren verantwortbar sind.

Dass wird das ernst meinen, sehen Sie auch daran, dass wir neben der großen Aufgabe der Finanzierung der Bildungsoffensive mit einem Umfang von zusätzlich 2,2 Milliarden DM, über die wir in der vergangenen Woche ausführlich debattiert haben, außerdem intensiv daran arbeiten, Sparkonzepte zu entwickeln, um die Nettokreditaufnahme zu senken und die Belastung für die kommenden Generationen zu verringern.

(B)

Auch hier muss unter klaren politischen Prämissen gehandelt werden, die für uns Grüne wie folgt zu skizzieren sind:

1. Überprüfung der Finanzbeziehungen zu den Kommunen im Hinblick auf den Weiterbestand der Zweckzuweisungen und der Förderprogramme,
2. Überprüfung der Förderprogramme und Absenkung der sächlichen Verwaltungskosten,
3. Überprüfung möglicher Einnahmeverbesserungen, z. B. durch noch effektivere Steuerprüfungen und
4. Prüfung von Bundesratsinitiativen beispielsweise in Bezug auf das Beamtenrecht.

(Beifall des Ewald Groth [GRÜNE])

Das heißt, es muss klar sein, dass staatliche Förderung kein Selbstzweck sein kann. Insbesondere die Wirtschaft in all ihren Facetten muss selbst lebensfähig sein. Garantien und langjährige Finanzierung durch die öffentliche Hand sind nicht

(C) Sinn der Sache. Wir haben da - das wissen wir - gemeinsam mit Verbänden und Institutionen einen schwierigen Prozess vor uns. Aber die Notwendigkeit, Gelder neu zu verteilen, zu kürzen und umzuschichten, eröffnet auch Chancen - die Chance nämlich, Besitzstände und Förderprogramme auf ihre Effizienz und Tauglichkeit zu überprüfen und sie neu zu gestalten, weg von Bürokratien, hin zum Anschieben von Prozessen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hilfe zur Selbsthilfe muss ein Leitgedanke und eine Zielsetzung sein.

Lassen Sie mich nun, meine Damen und Herren, einen zentralen Punkt grüner Politik herausgreifen und ausführlicher beschreiben: die Umweltpolitik. Von der Opposition ist leider in die Debatte um den richtigen Weg in der Umweltpolitik, die Politik über die Grundlagen unseres Lebens und Wirtschaftens, nichts zu hören und zu erfahren. Sie tauchen ab. Hier lohnte sich der konstruktive Streit allemal. Sei's drum, in diesem Haushalt 2001 treten die Grundlinien der Nachhaltigkeit in der Umweltpolitik an mehreren Stellen deutlich hervor. Ich will drei nennen:

(D) Die Nachhaltigkeit und die Frage des Agenda-Prozesses spiegelt sich bei PIUS wieder. Das ist jetzt kein Heiliger, sondern der produktions- und produktintegrierte Umweltschutz. Hier haben wir die Mittel gegenüber dem vergangenen Jahr noch einmal deutlich erhöht, weil wir das Thema "Nachhaltiges Wirtschaften" in der Landespolitik nachdrücklich absichern wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Warum machen wir das? - Kleine und mittlere Unternehmen können sich im Bereich Umweltinnovation und Umweltmanagement nicht so regen wie große Unternehmen. Deshalb ist eine Unterstützung, eine kurzfristige Anschubfinanzierung gefragt, die Innovation in die Wege leitet. Also: Hilfe zur Selbsthilfe, aber keine Langfrist-Subventionen. Das ist unser Credo.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Da greift auch eines ins andere: Mittlerweile von allen akzeptiert, geht es zusammen mit der Effizienz-Agentur hinein ins Land und werden die Akteure der regionalen Wirtschaft unterstützt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) Dabei ist NRW führend. Das ergibt ein Gesamtbild von Nachhaltigkeit, das sich sehen lassen kann.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]

- Ich freue mich, Herr Möllemann, dass Sie bei der Aufzählung dieser Erfolge in der Umweltpolitik, wie es sie in keinem anderen Bundesland gibt, die Applausprozesse meiner Fraktion so nachdrücklich unterstützen:

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ich habe die geweckt, damit die mehr klatschen!)

Das rührt mich wirklich sehr, darüber bin ich froh, und dafür bin ich Ihnen ausgesprochen dankbar.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das war nur Mitleid!)

- Dass Sie jetzt auch noch bei mir ein bisschen schleimen, wundert mich aber sehr. Ich bin dafür nicht empfänglich.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Das würde mich auch wundern!)

(B) Zu dem Gesamtkomplex zählt auch der Agenda-21-Prozess. Herr Möllemann, in den Kommunen haben das einige Ihrer Kollegen schon begriffen. Da gibt es nämlich auch F.D.P.-Leute, die sich für Agenda-21-Prozesse einsetzen. Bei Ihnen scheint das noch nicht angekommen zu sein. Dieser Prozess wird in diesem Jahr auf Landesebene in die Umsetzung gehen und schon in Kürze Ergebnisse zeitigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu zählt als weiterer Baustein einer vorausschauenden Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen natürlich auch die in diesem Jahr aus der Taufe gehobene Stiftung für Umwelt und Entwicklung, die mit rund 19 Millionen DM konkrete Projekte unterstützen können. Es ist ein sehr langer Prozess gewesen. Wir haben im Detail sehr gerungen, und zwar auch - wie sich das gehört - hinter verschlossenen Türen, aber wirklich ein Ergebnis erzielt, welches es ermöglicht, viele kleine Projekte zu unterstützen und an vielen Stellen im Land deutlich zu machen, dass nordrhein-westfälische Umweltpolitik führend ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(C) Bereits dieser kleine Ausschnitt zeigt, dass wir über ein breites Spektrum von Instrumenten für eine nachhaltige Umweltpolitik verfügen.

Unsere Politik für die Verbraucherinnen und Verbraucher, für die Landwirte und für den Naturschutz in unserem Land muss ich nicht noch einmal ausführlich darstellen. Wir haben des Öfteren in den vergangenen Wochen und darüber hinaus aus den verschiedensten Anlässen darüber debattiert. Deshalb nur wenige Anmerkungen:

Wir haben mit diesem Haushalt eine Aufklärungskampagne zu BSE beschlossen sowie mehr Mittel für die Untersuchungsämter verankert, und wir stellen für Maßnahmen zur regionalen Vermarktung und ökologischen Ausrichtung der Landwirtschaft mit 19,1 Millionen DM rund 50 % mehr als im Jahre 2000 zur Verfügung.

Insgesamt stehen 76,4 Millionen DM für den Naturschutz im Haushalt bereit. Der Holzabsatz im Lande wird mit fast 8 Millionen DM unterstützt. Das alles ist gut und richtig.

(D) Wir können überhaupt sagen, dass die rot-grüne Landesregierung insgesamt, vor allem aber unsere Ministerin Bärbel Höhn frühzeitig die Weichen gestellt und eine vorsorgende Politik betrieben hat und betreibt. Wir brauchen - dorthin müssen wir - eine grundsätzliche Agrarwende, und wir unterstützen Bärbel Höhn bei dieser schwierigen Aufgabe.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ob das hilft?)

Bildung schafft Zukunft. Bildung schafft Lebenschancen. Bildung hat Priorität in NRW. Das, meine Damen und Herren, waren meine Leitgedanken in der Aussprache der vergangenen Woche zum von Rot-Grün erarbeiteten und beschlossenen Stufenplan "Verlässliche Schule 2001 bis 2005". Es bleibt dabei: Das ist eine Bildungsoffensive. Das ist solide finanziert. Damit bieten wir Verlässlichkeit und ermöglichen Innovationen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Möllemann, man muss wissen, dass 30 % des Landeshaushalts für Bildung verwandt werden. Da kann man nicht davon reden, dass Bildung keine Priorität habe. Diese Priorität hatte und hat die Bildung. Nun gibt es sogar noch

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) 2,2 Milliarden DM mehr. Das alles geschieht berechtigter- und richtigerweise. 30 % setzen somit eine Priorität. Ihre Ausführungen, Herr Möllemann, kann deshalb niemand verstehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich nenne in der gebotenen Kürze die wichtigsten Elemente für dieses Haushaltsjahr. Diese Elemente sind beschlossen und gegenfinanziert - auch wenn Ihnen von der Opposition das nicht passt. Sie hätten es wahrscheinlich lieber selbst gemacht. Ich wiederhole: Wir haben es gemacht.

500 Stellen gibt es für die Realschulen und 300 Stellen für die besondere Förderung von Hauptschulen, Gesamtschulen und Schulen für Lernbehinderte. Es gibt des Weiteren verbesserte Einstellungs- und Besoldungsbedingungen für Lehrerinnen und Lehrer. Darüber hinaus haben wir im Schulhaushalt zusätzliche Mittel für die Fortbildung im Bereich der neuen Medien eingestellt.

Die finanziellen Mittel zur Vorbereitung des Projekts "Selbstständige Schule NRW - 21" sowie für die wissenschaftliche Bewertung der Angebote integrativer Schulen haben wir ebenfalls bereitgestellt. Die Mittel für sprachliche Frühförderung von Migrantenkindern haben wir verdoppelt. Das Geld für Schulfahrten und Wanderungen sowie für die Arbeit der Schülervertretungen haben wir auf den alten Ansatz gebracht.

(B)

Last but not least haben wir im Schul- und Jugendbereich zusätzliche Mittel für Hortplätze und weitere Betreuungsgruppen an Grundschulen und für Hausaufgabenhilfen bereitgestellt. Das ist nicht nur gut für die Kinder, sondern das ist auch vor allem gut für Eltern, Berufstätige und alleinerziehende Mütter.

Zuerst sollen diese Mittel in soziale Brennpunkte und Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf fließen. Ein weiterer Ausbau ist vorgesehen und eingeplant, und wir werden darauf achten, welche quantitativen und qualitativen Fragen sich im Zusammenspiel ergeben.

Herr Rüttgers, Sie rechnen die Mittel pro Kopf.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wie denn sonst?)

Wir gehen aber nicht mit der Gießkanne vor, sondern wir fangen da an, wo es am nötigsten ist. Wir lamentieren nicht über die Armutsentwick-

lung, die wahrlich zulasten der alten Bundesregierung geht, sondern wir fangen ganz konkret an, und wir setzen da an, wo es am vordringlichsten ist. Dies geschieht nicht nach der Devise "alles oder nichts",

(C)

(Beifall bei den GRÜNEN)

sondern nach dem Motto "Schritt für Schritt".

Weitere im Koalitionsvertrag verankerte Vorhaben auf dem Bildungssektor sind auf den Weg gebracht und beschlossen worden. Wir gehen intelligente Wege bei der Schulzeitverkürzung. Wir scheitern nicht alle über einen Kamm, sondern wollen, dass möglichst viele entsprechend ihren Fähigkeiten und ihrem Lerntempo einbezogen werden.

Wir schaffen die Voraussetzungen für Englisch in der Grundschule. Wir verstärken die Anstrengungen bei der Ausstattung der Schulen mit neuen Medien und der Qualifizierung der Lehrerinnen und Lehrer.

Wir unternehmen damit alle Anstrengungen, um unsere Schulen für das Lernen im 21. Jahrhundert - für die Wissensgesellschaft - fit zu machen. Wissen ist Macht. Wir wollen, dass alle Kinder die Chance erhalten, diesen Schlüssel in die Hand zu nehmen.

(D)

Dafür, meine Damen und Herren, brauchen wir keine Verschärfung der Auslesemechanismen, sondern eine Qualitätsoffensive. Wir brauchen mehr Kinder mit erfolgreichen Bildungsabschlüssen. Da sind wir uns übrigens auch mit Wirtschaftsvertretern einig. Die wissen - im Gegensatz zu konservativen Bildungspolitikern - auch, dass wir heute die Probleme - die Defizite des Systems und die Probleme von Kindern und Jugendlichen - nicht mit den Rezepten von gestern lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dazu haben sich die Gesellschaft und das Lern- und Lebensumfeld von Kindern und Jugendlichen zu sehr verändert. Dieser Anspruch gilt auch für das gegründete Bündnis für Erziehung. Werte fallen nicht vom Himmel. Sie müssen mit den Jungen und Mädchen sowie mit den Erziehenden und Unterrichtenden immer wieder neu und auch immer wieder anders entwickelt, vermittelt und gelebt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Wer beklagt, wie Jugendliche und Kinder heute "drauf sind", der soll sich fragen, wer die Einführung des Privatfernsehens vorangetrieben hat und wer jahrelang Gewalt in Familien negiert und nicht darüber gesprochen hat. Das ist noch einmal durch Herrn Heitmeyer in dem Prozess deutlich gemacht worden, nämlich dass da die Ursachen liegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hingegen kommen hier mit Antworten und Rezepten, die nicht tragen.

Ich bin zuversichtlich, dass wir aufgrund des breiten Spektrums, das die Landesregierung bisher für dieses Bündnis gewinnen konnte, einen interessanten Diskussionsprozess mitgestalten können, und zwar mit dem Ziel, Ergebnisse zu erreichen.

Als Beleg für die Notwendigkeit einer Bildungsoffensive mag die traurige Tatsache gelten, dass bundesweit jedes Jahr 80.000 Jugendliche die Schule ohne einen Hauptschulabschluss verlassen. Oft weisen die Schulabgänger gravierende Mängel beim Lesen, Schreiben und Rechnen auf. Rund vier Millionen Analphabeten sollen nach einer Studie des Landesarbeitsamtes NRW und des Bundesverbandes Alphabetisierung in unserem hoch entwickelten und hoch technisierten Land leben. Das sind wahrlich nicht nur Kinder mit einem Migrationshintergrund, sondern das sind Kinder aus allen gesellschaftlichen Gruppen; das sind natürlich oft Kinder in Armutsverhältnissen. Das können wir nicht negieren. Die dürfen wir nicht, indem wir die Anforderungen erhöhen, durch den Rost fallen lassen. Das zeigt, wie wichtig die Entwicklung einer neuen Lernkultur ist, wie wichtig die Programme für schulmüde Jugendliche sind und wie wichtig nicht zuletzt die Maßnahmen sind, die wir mit dem Programm für zusätzliche 300 Lehrerstellen ermöglichen wollen.

- (B) Das anspruchsvollste Projekt im Bildungsbereich ist der Prozess der Autonomisierung der Schule. Wir steuern um; wir verlagern Verantwortung. Auch das ist ein Beitrag zur Qualitätsentwicklung. Gute Schulen werden nicht von oben verordnet; sie werden vor Ort gemacht. Zur Reform der Lehrerbildung gibt es eine Grundlage - auch da fangen wir nicht bei null an -, nämlich einen Beschluss der Koalitionsfraktionen dieses Landtags aus dem Jahre 1999, den wir aufgreifen und über den wir Diskussionen führen werden. In diesen

- (C) Diskussionsprozess nehmen wir natürlich auch die Vorschläge des Expertenrates mit auf.

Meine Damen und Herren, zur Gestaltung der Wissensgesellschaft gehört auch der Bereich der Weiterbildung. Auch hier garantieren wir Verlässlichkeit. Alle Ansätze wurden auf das Vorjahresniveau aufgestockt, so wie wir es den Trägern mit den entsprechenden Gesetzen versprochen haben. Eine gut funktionierende Weiterbildungslandschaft ist für eine Wissensgesellschaft ebenso unverzichtbar wie für die Arbeitswelt. Kaum jemand kommt mit dem Wissen aus, das er oder sie am Ende der Schulzeit oder eines Studiums hatte. Wir sind gespannt auf die Weiterentwicklung der Weiterbildungslandschaft, auch im Verbund der neuen Ressortkombination.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Hochschulen des Landes stehen vor großen Aufgaben. Unser Land braucht in Zukunft noch mehr gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker. Wissen ist unsere beste Ressource. Wir brauchen Spitzenforschung und Spitzenförderung, wenn wir im internationalen Wettbewerb bestehen wollen.

- (D) Dass sich die Studierendenzahlen bundesweit und in Nordrhein-Westfalen ändern müssen, zeigt die OECD-Bildungsstudie, die kein gutes Licht auf die vergangenen zwanzig Jahre wirft. Im Durchschnitt treten in der OECD 40 % aller jungen Menschen ein Studium an. Bei uns sind es nur 28 %. Bei uns erreichen nur 16 % eines Altersjahrgangs auf ihrem Bildungsweg einen akademischen Abschluss, während es OECD-weit 23 % sind. Wenn wir nicht zu einer Wissensgesellschaft mit permanentem Akademikermangel werden wollen, dann müssen wir schleunigst dafür sorgen, dass diese Zahlen steigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deshalb ist es gut, dass der Etat im Wissenschaftsbereich trotz enger Rahmendaten um 2 % auf die stattliche Summe von 7,3 Milliarden DM erhöht werden konnte.

Darüber hinaus werden wir einen Beitrag zur Internationalisierung bei der Betreuung ausländischer Studierender leisten. Nicht zuletzt werden wir die Frauenförderung und Frauenforschung an den Hochschulen verstärkt vorantreiben.

Auch die Lehre selbst an den Universitäten muss verbessert werden. Dem trägt u. a. das Studien-

(Sylvia Löhmann [GRÜNE])

- (A) reformprogramm "2000 plus" Rechnung, das das alte Programm "Qualität der Lehre" ersetzt und das wir nun deutlich aufstocken. Es befördert und belohnt Innovationen der Hochschulen im Bereich der Lehre, der Qualitätssicherung sowie der notwendigen Betreuung und Beratung von Studierenden an den Hochschulen.

Der Qualitätspakt, dem wir als Grüne zunächst sehr skeptisch gegenübergestanden haben, läutet eine umfassende Umgestaltung unserer Hochschulen ein. Die dortige Unruhe ist einem konstruktiven Aushandlungsprozess gewichen: Stärken/Schwächen-Analysen, Profilbildung und Regionalisierung, auf das ganze Land bezogen Sicherung und Weiterentwicklung einer Hochschullandschaft mit einem breiten Studienangebot einschließlich besonderer Highlights, etwa virtueller Frauenstudiennetzwerke.

Meine Damen und Herren, ein wichtiger Grundstein erfolgreicher Politik für unser Land ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik. Auch hier kann sich die rot-grüne Landesregierung mit den sie tragenden Fraktionen dieses Hauses sehen lassen. Der ökologische und soziale Strukturwandel ist ein entscheidender Motor der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und staatlichen Modernisierung sowie zur Schaffung neuer, zukunftsfähiger Arbeitsplätze in NRW. Deshalb steht für uns Grüne der Mittelstand, stehen die kleinen und mittleren Unternehmen im Zentrum.

(B)

Meine Damen und Herren, hier haben wir im Haushalt einen deutlichen Schwerpunkt gesetzt: Wir wollen NRW durch eine Bündelung und Weiterentwicklung von Maßnahmen der Bestandspflege und innovativen Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen weiter voranbringen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Potenzial der rund 680 kleinen und mittleren Unternehmen mit ca. 650.000 neuen Arbeitsplätzen seit 1996 muss weiter ausgebaut werden. Wir Grünen stehen hier für eine neue Aufbruchstimmung. Hier liegt nun auch der Schwerpunkt der Landesförderung: mit rund 470 Millionen DM für die Mittelstandsförderung und im Rahmen der EU-Förderung Mittelstand mit weiteren 580 Millionen DM.

In diesem Zusammenhang ein paar Fakten: Seit 1995 stieg die Anzahl der Gewerbeanmeldungen in NRW um 5,9 %. Auch die Anzahl der Selbst-

ständigen stieg um 11 %. In der Realität nimmt das Land Nordrhein-Westfalen eine herausragende wirtschaftliche Stellung unter den Bundesländern ein. NRW ist weiterhin das industrielle Kernland der Republik und erwirtschaftet 22 % des deutschen Sozialprodukts. Damit liegt es deutlich vor Bayern, Baden-Württemberg und Hessen. Trotz der hohen Verluste infolge der langjährigen Montankrise liegt das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung in NRW genau im Bundesdurchschnitt.

(C)

Bei der Gelegenheit, Herr Rüttgers, ein Hinweis zur Steuerreform: Die Aussage, die Steuerreform gehe zulasten des Mittelstandes, wird durch Wiederholung auch nicht wahrer.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Doch, ist wahr!)

- Nein!

Gerade die mittelständischen Unternehmen, also die Unternehmen, die in NRW 73 % der Arbeitsplätze anbieten, 47 % der Bruttowertschöpfung erbringen und 41 % aller Investitionen vornehmen, die Unternehmen, in denen die zukunftsfähigen neuen Arbeitsplätze, die wir alle fordern, in erster Linie entstehen können, profitieren von der rot-grünen Steuerreform.

(D)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die kleinen Betriebe, z. B. der kleine Handwerksmeister mit einem oder zwei Angestellten und einem eher geringen zu versteuernden Einkommen, profitieren von der Absenkung des Eingangssteuersatzes, von dem geringeren Durchschnittssteuersatz und von der Abflachung der Tarifstruktur. Die etwas größeren Mittelständler profitieren vor allem von der Möglichkeit, die Gewerbesteuer auf die Einkommensteuer anrechnen zu können. - So viel zu den Fakten, die aus unserer Sicht deutlich machen, dass es eine gute rot-grüne Steuerreform ist, auch wenn sie uns im Landeshaushalt das eine oder andere Problem verursacht.

Neben den großen Industriebranchen sehen wir vor allem in der Energiewirtschaft, bei den regenerativen Energien, der Energieeinsparung und im Anlagenbau besondere Chancen, die es zukünftig zu nutzen gilt. Für die Förderung der rationellen Energienutzung stehen deshalb 50,9 Millionen DM zur Verfügung. Innovation statt Imitation - dafür stehen wir.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Das gilt auch für den Städtebau. Wir erhalten die Städte- und Wohnungsbauförderung weiterhin auf hohem Niveau, gehen aber auch neue Wege: Weg von der Bürokratie, direkt auf die Menschen zu.

Wir optimieren nicht nur die bisherige Förderung. Wir wollen innovative Lösungen. Wir fordern die Menschen auf, selbst die Initiative zu ergreifen. Wir fördern genossenschaftliche Lösungen, sei es für die Bewirtschaftung alter Bestände oder für zukunftsweisende Konzepte zur Bewirtschaftung hoch verdichteter Siedlungen.

Wir konzentrieren die Fördermittel dort, wo dringender Bedarf besteht. Und wir wollen die Förderung über Globalbudgets in den Regionen flexibler gestalten. Das ist neu. Da ist Nordrhein-Westfalen wegweisend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und es gibt noch einen Bereich, den ich in diesem Bereich benennen möchte, da er zukunftsweisend ist: Der Bahnflächenpool Nordrhein-Westfalen schafft neue Entwicklungschancen in den Kommunen des Landes. Landesweit über 20.000 ha nicht mehr betriebsnotwendige Flächen der Bahn sollen für die und mit den Kommunen reaktiviert werden.

(B)

Über das GFG wird hier ein bundesweit einmaliges innovatives Konzept auf den Weg gebracht, mit dem hoffentlich bald leerstehende Bahnhöfe und die umliegenden Flächen wieder eine Nutzungsperspektive bekommen, und zwar für neue Wohnungen, für neue Arbeitsplätze und für neue Einzelhandelsvorhaben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist nachhaltige Politik, meine Damen und Herren. Das schont den Flächenverbrauch, und das schafft Arbeitsplätze.

Um es auf den Punkt zu bringen: Wir geben etwas rein, wir werten etwas aus, und wir bekommen etwas zurück. Aus Subventionen werden Investitionen. Das ist moderne Haushaltspolitik.

(Beifall des Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, im Bereich der Verkehrspolitik möchte ich Folgendes besonders hervorheben: Die Förderung des Schienenverkehrs und des öffentlichen Nahverkehrs bleiben auf hohem Niveau.

- (C) Etwa 3,6 Milliarden DM werden auch im Jahr 2001 zur Verfügung stehen. Dieses hohe Niveau wollen wir auch weiterhin für die nächsten Jahre erhalten.

Insbesondere ist eine Erhöhung der Förderung von Regionalbahnen zu begrüßen. Dort ist mit 29 Millionen DM pro Jahr zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene und zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen ein neuer Höchststand im Haushalt eingestellt. Zugleich wird durch die Landeszuschüsse privates Kapital mobilisiert, und das hat positive Auswirkungen auf die regionale Wirtschaft und den Arbeitsmarkt. Das schafft Zukunft für unsere Bahn und sichert Verkehrswege für die Wirtschaft und die Bürgerinnen und Bürger. Und auch das sichert Arbeitsplätze.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Landesmittel für den Radwegebau konnten auf dem Bestand 2000 verstetigt werden. Eine erhöhte Förderung des Unterhalts von Landesstraßen war auch aus unserer Sicht zu begrüßen. Die Finanzierung der Luftverkehrsinfrastruktur wird wie vereinbart weiterhin auf Sicherungsmaßnahmen beschränkt bleiben. Für den Ausbau von Flughäfen wird es keine Landesmittel geben. Die Gesellschaften müssen dies aus eigener Kraft finanzieren. Und wie wir gehört haben, sind sie durchaus in guter wirtschaftlicher Situation.

(D)

Herr Möllemann, Ihre Vorschläge zur Verkehrspolitik bleiben in der herrschenden Logik: kein Wort zum Klimaschutz, kein Ansatz des Umsteuerns.

Ich habe im Gegensatz zu Ihnen, Herr Möllemann, keinen Dienstwagen. Ich nutze den öffentlichen Personennahverkehr. Und ich habe folgerichtig auch keine zweite Erde im Kofferraum, wenn die erste verbraucht ist.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Da war Frau Höhn sehr nachdenklich! - Ministerin Bärbel Höhn: Ich habe ein Klapprad im Kofferraum! - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.] Sie haben auch den größeren Dienstwagen! - Ministerin Bärbel Höhn: Ich arbeite im Gegensatz zu Ihnen im Auto! - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Aber nicht im Kofferraum!)

- Es war noch einmal wichtig aufzuzeigen, wer seine Möglichkeiten effektiv nutzt und wer nicht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- (A) Einige Worte zur Innenpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen. Zur Innenpolitik gehört auch der Einsatz für Bürgerrechte - ganz aktuell also auch die Gleichstellung der eingetragenen Partnerschaft. Ich möchte an dieser Stelle deutlich betonen, dass Toleranz und Offenheit für uns ein absolutes politisches Essential ist, und das zeigt sich auch an diesem Thema.

Folglich begrüßen wir nicht nur die eingetragene Lebenspartnerschaft, sondern wir nehmen auch zur Kenntnis, dass hierdurch der Bedarf an Information und Beratung ganz erheblich zugenommen hat. Angesichts der angespannten Haushaltslage haben wir mit der vorgenommenen Erhöhung um 200.000 DM gezeigt, dass wir auch hier das Augenmaß nicht verloren haben.

Das Leitbild der nordrhein-westfälischen Polizei ist für uns eine bürgernahe Polizei. Wir wollen eine Polizei, die im Gemeinwesen verankert ist, die auf ihre Aufgaben durch eine gute Ausbildung vorbereitet wird und die dafür auch angemessen bezahlt wird. Daher werden wir die zweigeteilte Laufbahn im Polizeivollzugsdienst in Nordrhein-Westfalen einführen.

- (B) Eine gut ausgebildete, technisch moderne und angemessen besoldete Polizei lassen wir uns etwas kosten. 140 Millionen DM für die zweigeteilte Laufbahn können sich da schon sehen lassen. Aber Forderungen nach noch mehr Personal und einer schnelleren Einführung der zweigeteilten Laufbahn, wie sie von der Opposition beantragt wurden, erteile ich eine klare Absage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen nicht immer mehr Polizistinnen und Polizisten, auch wenn Sie von der CDU das immer wieder gebetsmühlenartig fordern. Nordrhein-Westfalen ist schon jetzt ein sicheres Land.

Die F.D.P.-Forderung nach einer schnelleren Einführung der zweigeteilten Laufbahn läuft ebenfalls ins Leere. Allein "Tempo, Tempo!" ersetzt keine Politik. Wir führen die zweigeteilte Laufbahn zügig ein, und tun dies im Übrigen im Einklang mit der Polizeigewerkschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, 5,5 Millionen DM weniger im Landeshaushalt ist die Situation, an der wir auch beim Gemeindefinanzierungsgesetz nicht

- (C) vorbeikommen. Durch die Auswirkungen der Steuerreform sinkt der verfügbare Verbundsatz um knapp 750 Millionen DM.

Trotz im Saldo positiv verlaufender Finanzentwicklungen der Kommunen befinden sich immer noch 99 Kommunen im Haushaltskonsolidierungsverfahren. Das ist im Schnitt jede vierte Kommune. Bei den kreisfreien Städten sind es sogar 16 von 23. Diese Städte können ihre Haushalte nicht ausgleichen und sind in ihrer politischen Gestaltungsfähigkeit eingeschränkt.

Das ist auch deshalb so schlimm, weil insgesamt Altfehlbeträge von über 5 Milliarden DM in den nächsten Jahren zu veranschlagen sein werden. Alle Kommunen, die angesichts dieser Belastung Kurs halten und weiter konsolidieren, um mittelfristig wieder ihre Haushalte in Ordnung bringen, verdienen unseren Respekt und unsere Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (D) Wir als Land bleiben trotz der schwierigen Situation ein verlässlicher Partner der Kommunen. Trotz sinkender Steuereinnahmen halten wir den Verbundsatz bei 23 % stabil. Durch Abschmelzung der Zweckzuweisungen um 5,2 % und Umschichtung von den Investitionspauschalen zu den Schlüsselzuweisungen haben wir es erreicht, dass die Schlüsselzuweisungen - und das ist für die Kommunen der wichtige Bereich - lediglich um 0,9 % und nicht entsprechend der Mindereinnahmen des Landes abgesenkt werden mussten.

Wir reagieren, wie Sie dem Entschließungsantrag entnehmen können, auch auf die aktuelle Situation bei der Auseinandersetzung um Schulneubau und Schulbausanierung. Es bleibt dabei und das steht auch in dem Entschließungsantrag: Die Verantwortlichkeiten für die bauliche Substanz liegen bei der Kommune.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dennoch reagieren wir, werden eine Bildungspauschale einführen und den Kommunen im Bildungsbereich das Geld für Investitionen unbürokratisch und ohne Antragsverfahren gemessen an den Schülerzahlen zuweisen. Das ist innovativ. Das ist der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN - Ewald Groth [GRÜNE]: Bravo!)

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

(A) Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition! Die Koalition in Düsseldorf - übrigens auch die in Berlin - macht nachhaltige und zukunftsorientierte Politik. Das ist in Zeiten knapper Kassen alles andere als einfach. Ein ehrgeiziges und anspruchsvolles Programm umzusetzen, wie es die Koalition im Sommer letzten Jahres beschlossen und im Koalitionsvertrag festgeschrieben hat, ist eine enorme Kraftanstrengung, aber gemeinsam mit unserem Koalitionspartner arbeiten wir mit Nachdruck daran.

Wir sind auf dem besten Wege, die notwendige, ökologische, soziale Reformpolitik für Nordrhein-Westfalen zu verwirklichen. Sie machen leere Versprechungen und produzieren Luftnummern. Wir halten Wort.

Hätten Sie von der Opposition nur einen Bruchteil zukunftsfähiger inhaltlicher Vorschläge auf Lager, hätten Sie auch manche Peinlichkeit nicht nötig.

(Heinz Hardt [CDU]: Aha!)

Ich möchte in dem Zusammenhang mit einem Zitat von Heinrich Heine, einem Sohn dieser Stadt, schließen:

(B) (Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.]: Denk ich an Rot-Grüne in der Nacht, so werd ich um den Schlaf gebracht!)

"Die Deutschen arbeiten an ihrer Nationalität, kommen damit aber zu spät."

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Donnerwetter!)

"Wenn Sie dieselbe fertig haben, wird das Nationalwesen in der Welt aufgehört haben, und Sie werden Ihre Nationalität gleich wieder aufgeben müssen, ohne wie Franzosen oder Briten Nutzen davon gezogen zu haben."

Wir Grüne arbeiten an der richtigen Stelle, wir arbeiten für unser Land. Und mit diesem Haushalt stellen wir die Weichen für die Legislaturperiode und darüber hinaus.

(Beifall bei den GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Hundert Jahre!)

Wir machen das Wünschbare machbar, und darauf können wir in der Koalition zu Recht stolz sein. - Schönen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

(C) **Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Ministerpräsident Clement. - Bitte schön, Herr Clement.

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zwei Vorbemerkungen machen. Die eine richtet sich ungewöhnlicherweise an Herrn Kollegen Papke. Frau Thomann-Stahl hat mich vorhin darauf aufmerksam gemacht, dass ich in der zweiten Lesung einen Zwischenruf gemacht habe, der unparlamentarisch sei. Vermutlich ist er dem Präsidium entgangen, aber die Kritik ist berechtigt. Deshalb bedauere ich diesen Zwischenruf und entschuldige mich dafür.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich bin sehr froh darüber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, dass zwischen der zweiten und der dritten Lesung der Sonntag mit den beiden Wahlgängen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz gelegen hat, weil solche Ereignisse hin und wieder geeignet sind, die Koordinaten in der politischen Diskussion wieder ein bisschen gerade zu rücken, und weil solche Wahlergebnisse und die Entscheidungen der Bürgerinnen und Bürger doch ein bisschen Orientierung geben.

(D) Sie werden verstehen, dass ich mit besonderem Interesse auf beide Wahlgänge geschaut habe, auf das Abschneiden meiner Partei - ich bin nun einmal parteiisch, was diese Fragen angeht - und natürlich auch auf die Situation in Rheinland-Pfalz, in unserem unmittelbaren Nachbarland.

Die Politik der Landesregierung in Rheinland-Pfalz und der Landesregierung bei uns sind sich sehr ähnlich. Auffallend ist, dass die Oppositionspolitik, die Herr Kollege Böhr gegen Herrn Ministerpräsidenten Beck betrieben hat, nahezu dem entspricht, was Sie, Herr Kollege Rüttgers, heute hier geboten haben. Es war eine Oppositionspolitik, die fast nur noch aus Polemik bestand. Ich habe das ziemlich genau beobachtet, insbesondere - wie Sie verstehen werden - in den letzten Tagen danach. Das Ergebnis ist bekannt.

Es ist auffallend, dass nach dieser Wahlentscheidung - übrigens wie andere in Baden-Württem-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) berg und an anderen Stellen auch; ich stehe nicht an, den Wahlerfolg von Herrn Kollegen Teufel für überraschend gut zu halten, in Anbetracht der Situation des Landes übrigens berechtigt - die Erkenntnisse auf einmal so klar offen liegen. Rheinland-Pfalz ist ein Land in einer wirtschaftlich guten Entwicklung. Dies ist unerwartet, nachdem es über Jahrzehnte erhebliche wirtschaftliche Probleme gehabt hat. Die Wählerinnen und Wähler haben das ganz offensichtlich erkannt und sie haben auch die Leistungen der Landesregierung dort gewürdigt. Zu all diesen Erkenntnissen kommt Herr Böhr von einem Tag auf den anderen, vom 25. auf den 26. März. Das ist vielleicht lehrreich.

Manches von dem, Herr Kollege Rüttgers, was Sie heute Morgen geboten haben, hat mich daran erinnert. Es hat mich - wie Sie verstehen werden - auch beruhigt, ziemlich gelassen gemacht, das jeweils so zu hören.

Von Herrn Kollegen Böhr gab es - wenn ich das zur Unterhaltung sagen darf - am Ende der Wahlkampfphase ein Großflächenplakat. Ich habe das gesehen, weil ich gelegentlich von meinem Haus aus über die rheinland-pfälzische Grenze jogge, und konnte in letzter Zeit die Plakatentwicklung verfolgen. Auf dem letzten Plakat von Herrn Böhr stand: Ein Kopf - mehr als ein Gesicht!

(Zuruf des Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.])

Das war ungefähr genauso inhaltsschwer wie das, was Sie, Herr Kollege Rüttgers, heute hier geboten haben.

(Beifall bei der SPD)

Bei mir ist das unter dem Begriff "Ein bisschen Wind - mehr als Luft" gelaufen.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Wenn Sie das nötig haben!)

Sie können sich nicht entscheiden, Herr Kollege Rüttgers - das ist ein wenig Ihr Problem -, zwischen Gemeinsamkeiten, die Sie mit der Regierung wollen, beispielsweise mit einzelnen Teilen der Koalition, und dem, was Sie dann über andere behaupten und verbreiten. Sie können das nicht überein bekommen. Sie sind ein Meister der Halb- und der Scheinwahrheit.

(Beifall bei der SPD)

(C) Sie haben wenig Mut, wenn es um die politische Auseinandersetzung geht, und Sie sind ein Meister in diesen Scheinwahrheiten. Ich werde das gleich anhand des Themas Armut in unserer Gesellschaft noch ein bisschen zu beleuchten versuchen.

Zuerst aber will ich sagen, meine Damen und Herren, dass ich mir für die dritte Lesung des Haushaltes für das Land Nordrhein-Westfalen vorgenommen habe, über das Land Nordrhein-Westfalen zu sprechen, und zwar über das, was in diesem Land ist.

(Zuruf des Heinz Hardt [CDU])

Bei Herrn Kollegen Möllemann ist das anders. Heute hatte ich - in der zweiten Lesung war es noch krasser, auch bei einigen Ihrer Kollegen - zeitweise den Eindruck, dass hier die Leute nur noch auswandern können. Wenn das stimmt, was hier berichtet wird, muss man auswandern.

Ich will also über das Land sprechen, wie es ist: Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Land. Es ist ein Land, das nach vorn orientiert ist. Es ist ein Land, das mit anderen im Wettbewerb um die besten Konzepte steht. Es ist vor allem das Land, das seine Regionen nach vorn zu bringen versucht, in dem sich die Regionen auf sehr unterschiedliche Weise entwickeln und nach vorn kommen.

(D) Und darauf ist auch der Haushalt abgestellt. Es ist übrigens ein Land, das mehr als irgendein Land im Westen der Bundesrepublik Deutschland einen tief greifenden Strukturwandel durchmacht. Bei keiner Ihrer Äußerungen, Herr Kollege Möllemann - beispielsweise über den Bergbau oder die industrielle Entwicklung -, kommt das auch nur annähernd zum Vorschein, dass hier innerhalb von knapp zwanzig Jahren 1,4 Millionen Industriearbeitsplätze abgebaut worden sind. Das gibt es schlicht und ergreifend im Westen der Bundesrepublik Deutschland nirgendwo sonst. In keiner Ihrer Äußerungen kommt das zum Ausdruck, was es bedeutet, einen tief greifenden Strukturwandel durchzumachen und sich dann glänzend zu behaupten, so wie das Land Nordrhein-Westfalen es tut.

Dieses Land ist heute wirtschaftlich vielfältiger und vor allen Dingen wirtschaftlich robuster und weniger anfällig für Krisen als in den in den Jahren und Jahrzehnten zuvor.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Dass dieses Land heute so dasteht - um daran keinen Zweifel zu lassen -, ist das Verdienst von Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, von Unternehmern, von Gewerkschaftern, von Kammern und von vielen anderen in ganz unterschiedlichen Verbänden und Institutionen. Und es ist natürlich auch ein Verdienst der Politik, von Politikern aller Schattierungen auf der kommunalen Ebene wie auf der Landesebene auch.

Meine Damen und Herren, in den wichtigsten Branchen - also da, wo morgen im weltweiten Wettbewerb "die Musik spielt" - ist Nordrhein-Westfalen inzwischen absolut an der Spitze in der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben uns exzellente Ausgangspositionen aufgebaut. Das gilt etwa für die Energie- und die Gesundheitswirtschaft. Es gibt in keinem Land - Herr Kollege Möllemann, bei allem, was wir über die Gesundheitsreform in berechtigter Weise zu diskutieren haben, und da stehen wir ja erst am Anfang der Diskussion - eine vergleichbare gesundheitswirtschaftliche Infrastruktur wie hier. Eine Million Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in diesem Sektor beschäftigt: in den verschiedensten Einrichtungen vom Klinikum Aachen bis zum Herzzentrum in Bad Oeynhausen, in den Forschungseinrichtungen, in Universitätskliniken, Heilpflegeberufen und allen anderen Bereichen, die es auf dem Gebiet sonst noch gibt, aber gerade auch in der Ausbildung im Gesundheitsbereich.

- (B)

In keinem Land gibt es ein so hohes Niveau der Qualifikation der Arbeitnehmer und der Forschung wie hier in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Das gilt in gleicher Weise für die Energiewirtschaft. Ich komme gleich noch einmal auf Ihren bemerkenswerten Rückfall in alte Positionen - die Kohle weg und dafür Atomenergie - zurück. Das sind News, Herr Kollege, allerdings welche, mit denen Sie ziemlich allein stehen werden. Denn Sie werden vor allen Dingen kein Unternehmen finden, das irgendeinen Pfennig in ein neues Atomkraftwerk investiert, Herr Kollege.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Abwarten!)

Das gilt für die Bio- und Gentechnologie. Mit München und Heidelberg ist Nordrhein-Westfalen inzwischen nicht mehr nur im Rheinland, sondern

- (C) in ganz Nordrhein-Westfalen in der Spitzenposition hinsichtlich der Entwicklung der Bio- und Gentechnologie. Das ist allgemein bekannt; es wird auch nicht bestritten.

Sie werden den Fall HDO bis an mein Lebensende zitieren. Das ist in Ordnung. Ich darf Sie nur darauf hinweisen: Wir haben in den letzten zehn Jahren ungefähr 2.000 Medienprojekte realisiert. Von Nord bis Süd in der Bundesrepublik - inzwischen auch von West bis Ost - ist bekannt: Es gibt keinen besseren und keinen besser entwickelten Standort der Kommunikationstechnologie und der Kommunikationswirtschaft als Nordrhein-Westfalen. Das ist allerdings unbestritten.

(Beifall bei der SPD)

Das ist etwas, was nicht ganz unwichtig ist. Wer neue Wege einschlägt, geht natürlich auch Risiken ein.

Das gilt für die neuen Werkstoffe und die Mikrosystemtechnik bei uns in Nordrhein-Westfalen bis hin zur Entwicklung des Tourismus, die bei uns nach oben weist - wenn auch noch zu langsam -, oder bis zur Logistik, einer der wichtigsten Branchen, die wir in unserem Land haben.

- (D) Ja, es ist schon richtig, daran zu erinnern, Herr Kollege Möllemann - sonst werden wir in den Diskussionen und Auseinandersetzungen ein bisschen zu kleinkariert -: Unter den Volkswirtschaften der Welt liegt das Land Nordrhein-Westfalen, was die Wirtschaftskraft angeht, auf Platz 11.

Es ist schon richtig, dass der Finanzminister durch die Welt reist, von Finanzplatz zu Finanzplatz, dort eine Anleihe auflegt und diese Anleihe binnen kürzester Zeit gezeichnet wird. Dies geschieht deswegen überall, weil dieses Land eine Wirtschaftskraft hat wie kein anderes Land in Deutschland,

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

wie keine andere Region in Europa. Auf diese Wirtschaftskraft bauen wir.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Und es ist ein Land, das unter den Exportregionen der Welt auf Platz 14 liegt.

Es gibt heute, meine Damen und Herren - das geht ein bisschen in dem Nebel der polemischen Äußerungen unter -, mehr Arbeitsplätze in

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Nordrhein-Westfalen als vor zwanzig Jahren, trotz des Abbaus von 1,4 Millionen Industriearbeitsplätzen. Die Zahl der offenen Stellen in unserem Land ist so hoch wie seit fast dreißig Jahren nicht mehr.

Diese guten Wachstumsaussichten geben uns die Zuversicht, dass wir die Arbeitslosigkeit in den kommenden Jahren ganz wesentlich senken können, vor allem die Jugendarbeitslosigkeit. Das ist unser erklärtes Ziel. Das ist das Ziel, an dem wir hängen. Und am Erreichen dieses Ziels werden wir uns auch messen lassen.

Für die Lebensperspektive junger Leute, aber auch für die Älteren, hat das eine kaum zu überschätzende Bedeutung. Wohin ich auch schaue, welche Umfrage oder Untersuchung man nimmt, welches Gespräch ich auch führe - darin liegt die Antwort auf alle Probleme, die wir im sozialen und in anderen Bereichen haben, zu suchen.

Dass das gelingt, dass wir vor allen Dingen die Jugendarbeitslosigkeit relativ rasch - noch viel zu langsam, aber schon rascher als zuvor - senken, hat auch mit dem Ausbildungskonsens zu tun, in dem wir in einer großen Gemeinschaftsaktion in Nordrhein-Westfalen die Zusage verankert haben, jedem jungen Menschen bei uns eine Ausbildung zu ermöglichen.

(B)

Jawohl, wir halten an dem Ziel fest, dass Kinder, die heute aufwachsen, Arbeitslosigkeit nur noch aus den Erzählungen ihrer Eltern kennen sollen. Das ist überaus ehrgeizig. Das mag man aus heutiger Sicht fast noch als blauäugig bezeichnen. Ich sage nur: Sich solche ehrgeizigen Ziele zu setzen hat Sinn.

Wir haben dies bei der ökologischen Erneuerung des Landes getan. Wir haben die ökologische Erneuerung des Landes zu spürbaren Erfolgen geführt. Binnen einer Generation, meine Damen und Herren, haben wir die ökologischen Hypotheken unserer schwerindustriellen Vergangenheit weitestgehend abgetragen, ob im Wasser, in der Luft oder in den Böden unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Ja, wir haben Staus, Herr Kollege Möllemann. Ich habe das Vergnügen gehabt, während der Wahlkämpfe in Baden-Württemberg, in Rheinland-Pfalz und in Hessen zu sein. Meinen Sie, Sie kommen irgendwo besser als an Köln, an Stuttgart oder an Karlsruhe vorbei? Meinen Sie, in Amsterdam hät-

ten Sie eine andere Situation? Sie können natürlich über diesen Staus gewissermaßen intellektuell abspringen. Aber Sie werden sie dadurch nicht beseitigen.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Mental können Sie das ja machen.

Ich hatte übrigens in der letzten Woche ein Erlebnis auf der Autobahn. Wir sollten vielleicht nicht nur darüber reden, was zu tun ist, sondern auch darüber, was geschieht. Bei diesem Erlebnis auf der Autobahn habe ich die Autos als Waffen empfunden, die auf einen Unfallwagen zugerast sind, wie ich mir das so in dieser existenziellen Form nicht habe vorstellen können. Ich habe daneben gestanden, als die Wagen dort hineingerauscht sind, weil die Fahrerinnen und Fahrer nicht mehr in der Lage waren, ihren Wagen zu beherrschen. Das habe ich dort erlebt.

Deshalb nutze ich diese Gelegenheit, uns alle zu bitten - das gilt für uns auch, wir sind auch zu schnell daran vorbeigefahren und dann zurückgefahren -, ein bisschen zur Besinnung zu kommen, was den Straßenverkehr angeht und vor allen Dingen was das Fahren auf der Autobahn und insbesondere das nächtliche Fahren auf der Autobahn angeht.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN sowie einzelnen Abgeordneten der CDU)

Ich sage Ihnen: Es war für mich ein Schock zu sehen, dass Sie bei allem, was Sie versuchen, nicht in der Lage sind, den Verkehr zum Stoppen zu bringen. Ich habe daneben gestanden - geradezu ohnmächtig -, und der nächste Wagen knallte da rein, und es kam noch einer. Wenn wir nicht einen Polizeiwagen, unser Begleitfahrzeug, dabei gehabt hätten, das mit Blaulicht zurücksetzen konnte, um darauf hinzuweisen, dann wären zehn Wagen dort hineingerast. Wirklich!

Das zeigt doch: Wir nutzen manchmal unsere technologischen Möglichkeiten, in diesem Fall das Auto, mit allem, was wir haben und woran so viele Menschen Spaß haben, aber wir tun es gelegentlich, ohne zu überlegen, welche Konsequenzen das haben kann. Für mich war das - ich sage das ganz offen - ein Erlebnis, das ich zu verarbeiten versuche, bei dem ich aber auch darum bitte, dass alle versuchen - nicht jeder muss das annehmen -, daraus Lehren zu ziehen und beispielsweise nachts, schlichtweg freiwillig, nicht mehr als

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) 130 km/h auf der Autobahn zu fahren. Sonst beherrscht man offensichtlich sein Fahrzeug nicht so, dass man solche Katastrophen verhindern kann.

(Beifall bei der SPD)

Das soll nicht davon ablenken, dass wir die Verkehrsinfrastruktur immer weiter verbessern müssen. Natürlich, alle Verkehrsträger - nicht eines gegen ein anderes ausspielen -, alle Potenziale müssen so genutzt werden, wie es geht. Natürlich werden wir auch im Straßenbau etwas tun müssen; nicht, dass wir in Nordrhein-Westfalen neue Autobahnen bauen. Ich sehe jedenfalls keine, die wir neu bauen könnten. Ich wüsste auch nicht, wo noch eine gebaut werden sollte. Ich meine vielmehr, die Optimierung dessen, was vorhanden ist, ist unsere Aufgabe.

Ich halte es für wichtig - noch nicht für ausreichend -, dass wir durch die Bundesregierung zugesagt bekommen haben: 585 Millionen DM mehr - 2001, 2002, 2003 - aus den Zinserträgen des Bundes durch die UMTS-Versteigerung. Das ist immerhin ein Plus gegenüber dem Bisherigen. Und es ist wichtig, dass sich im Antistauprogramm ab 2003 eine Steigerung der bisher vorgesehenen Ausgaben in der Größenordnung von 1,2 Milliarden DM für Nordrhein-Westfalen anschließt.

- (B)

Das wird bei uns nicht die Verkehrsprobleme lösen. Aber wir erhalten auf diese Weise etwas mehr Mittel als bisher im Verhältnis zu der Größe unseres Landes. Das reicht nicht aus. Dieses Land ist verkehrsmäßig das höchstbelastete Land der Bundesrepublik Deutschland. Wir sind in der Bundesrepublik Deutschland, was die Sicherung der Mobilität angeht, wirklich an Grenzen. Bei uns wird diese Grenze zuerst spürbar, weil kein Land höher belastet ist als unseres. Deshalb ist es unsere Pflicht, darüber zu diskutieren - und das tun wir -, wie wir denn die Finanzierung dieses Verkehrs in Zukunft gestalten wollen und gestalten können.

(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)

Da ist meine Antwort, dass das bisherige Verkehrsfinanzierungssystem - gespeist aus Mineralölsteuer, Kraftfahrzeugsteuer, Vignetten und demnächst einer entfernungsabhängigen Maut jedenfalls für Lkw und dann noch einer Ökosteuern - auf die Dauer so nicht funktionieren kann, dass

wir es überprüfen müssen und dass ich deshalb eine nutzerbezogene Besteuerung grundsätzlich für richtig halte, so wie es die Pällmann-Kommission vorschlägt, nicht um Autofahrer zu schröpfen, wie freundlicherweise Herr Kollege Rüttgers dazu gesagt hat, sondern um die Mittel, die dadurch hereingeholt werden, zur Finanzierung des Verkehrs einzusetzen, und zwar aller Verkehrsträger, damit wir eine vernünftige Verkehrsinfrastruktur in unserem Land weiterentwickeln können.

Meine Damen und Herren, unser Land ist tolerant. Friedliches Zusammenleben und Liberalität sind Markenzeichen in unserem Land. Unser Land ist auch sicher. Es ist kein Zufall - das werden wir wiederholen, damit es nicht überhört werden kann -, dass acht der sichersten Großstädte Deutschlands bei uns in Nordrhein-Westfalen liegen.

Herr Kollege Rüttgers, Sie können über die Polizei und über die Ausstattung der Polizei bei uns verbreiten, was Sie wollen: Es gibt keine Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Deutschland, die besoldungsmäßig besser ausgestattet wären als unsere.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich gehe davon aus, dass wir unter großer Kraftanstrengung die zweitgeteilte Laufbahn erreichen. Das ist eine erhebliche Kraftanstrengung, aber es ist ein wesentlicher Beitrag - so meine und so hoffe ich - zur Motivation unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Und das ist das Wichtigste: motivierte Polizeibeamte zu haben, die sich den gewaltigen Aufgaben, die sie haben, stellen können - so, wie sie es tun. Dafür bin ich dankbar.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Nun wird über unsere Schulen so viel verbreitet. Es ist übrigens auch eine wichtige Erkenntnis, wenn man in Bayern, in Baden-Württemberg, in Hessen unterwegs war: In jedem Land wird das Thema Unterrichtsversorgung geradezu wie ein Knüppel gegen die jeweils Regierenden eingesetzt. Ich gebe zu: in Baden-Württemberg von den sozialdemokratischen Freundinnen und Freunden gegenüber Ministerpräsident Teufel genauso wie nebenan in Rheinland-Pfalz vom Kollegen Böhr gegenüber Kollegen Beck - genauso, wie Sie es hier mit uns zu treiben versuchen. Das zeigt die Relativität dieser Diskussion.

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Ich glaube, Herr Kollege Teufel hat nicht Unrecht: zu garantieren, dass kein Unterricht ausfällt - ich weiß nicht, ob das überhaupt im Interesse der Kinder wäre -.

(Beifall bei der SPD)

ich hatte da früher ganz andere Gelüste. Aber die Vorstellung, dass kein Unterricht ausfallen könnte, dass man gewissermaßen eine Unterrichtsgarantie geben könnte, ist schlicht und ergreifend illusionär.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Diese Lösung wird es nirgendwo geben. Zu dieser Erkenntnis sind alle jeweils Regierenden gekommen. Die jeweils Oppositionellen betreiben ihr Ding weiter. Ich glaube nicht, dass sie es so lange durchhalten, denn wir handeln zusätzlich.

Wichtig ist mir bei all der Diskussion, bei der wir - wie haben Sie es ausgedrückt? - hart am Rande des Schulelends oder der Schulkatastrophe in Nordrhein-Westfalen leben, Sie darauf hinzuweisen, dass an unseren Schulen 94 % aller jungen Leute einen Abschluss erreichen. Das ist mehr als irgendwo sonst in Deutschland. Nirgendwo sonst erreichen so viele junge Leute erfolgreich einen Schulabschluss. Das ist das Wichtigste, was an den Schulen bei uns geschieht.

(B)

(Zurufe von der CDU)

Für diese Leistung bin ich den Lehrerinnen und Lehrern dankbar, die das schaffen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Da füge ich wieder ein Erlebnis ein. Ich spreche mit vielen jungen Leuten, ich hatte letzthin 50 junge Leute, davor über 200 zu Gast und habe mit ihnen diskutiert. Ich versuche, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. In solchen Gesprächen lernt man in der Tat, wie schwer es ist, mit einer relativ großen Gruppe von jungen Leuten ins Gespräch zu kommen, und welche Leistung Lehrerinnen und Lehrer erbringen, dass sie dies tagtäglich in unseren Schulen schaffen.

Deshalb sage ich Ihnen, dass es unglaublich schwer ist - obwohl sie mit kleineren Gruppen arbeiten als ich -, eine Konzentration auf die Person und das Thema zu erreichen. Das wissen wir alle aus unseren Erfahrungen. Das sind Themen, mit denen wir wirklich zu tun haben. Ich bin der Meinung, es ist berechtigt, wenn ich den Lehre-

rinnen und Lehrern, die diese Leistung tagtäglich erbringen, danke und wenn ich alle Eltern ermutige und ermuntere, das Ihrige dazu beizutragen, dass die Arbeit in den Schulen, dass die Tätigkeit der Lehrerinnen und Lehrer nicht erschwert, sondern erleichtert wird.

(C)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir haben in Nordrhein-Westfalen eine Wissenschaftslandschaft, vor allem geprägt durch 53 Hochschulen, die hinsichtlich ihrer Dichte und Leistungsfähigkeit den Vergleich mit keiner anderen Region Europas zu scheuen braucht. An dieser Stelle will ich in der Haushaltsdebatte des Jahres 2001 - es ist dieses Jahr immer wieder erwähnt worden - darauf hinweisen, dass es bis 1965 in Nordrhein-Westfalen im Ruhrgebiet bei fast sechs Millionen Menschen keine einzige Fachhochschule und keine einzige Hochschule gab. Mittlerweile gibt es 15, die eine hervorragende Arbeit leisten - bei aller Notwendigkeit, das zu überprüfen, Schwachstellen abzubauen und Stärken zu stärken.

Ich bin stolz darauf, dass dies so ist. Herr Kollege Möllemann, das ist eine stolze Leistung, die auch in vielen Jahren sozialdemokratischer Führung in diesem Land erbracht worden ist.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bin auch stolz darauf, dass wir ein offenes Verhältnis zu unseren Nachbarn in Europa haben, nicht zuletzt deshalb, weil wir uns als eine europäische Region begreifen. Wir wollen diese Zusammenarbeit mit den Partnern - das ist keine vorrangige Frage des Geldes - intensivieren. Wir wollen eine große Kultur- und Wirtschaftsregion gemeinsam mit Belgien, Luxemburg und den Niederlanden entwickeln. Ich glaube, dass das eine wichtige Perspektive für unser Land ist, auf die man in einer solchen Debatte, wenn man auf das vor uns liegende Jahr schaut, aufmerksam machen sollte.

Meine Damen und Herren, das ist in wenigen Strichen das Land, das die Menschen in Nordrhein-Westfalen kennen, das Sie überwiegend schätzen und über dessen Haushalt wir heute beraten. Deshalb bin ich der Meinung, dass wir bei aller Härte der Auseinandersetzung in den Beratungen über den Haushalt nicht aus dem Blick verlieren dürfen, was dieses Land ausmacht und über welches Land wir überhaupt sprechen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Herr Kollege Rüttgers, in diesem Zusammenhang habe ich vorhin an Ihre Adresse gesagt, Sie seien ein Meister von Halbwahrheiten und Scheinwahrheiten und meinten es mit der Gemeinsamkeit nicht so genau. An dieser Stelle fällt mir das Beispiel der WestLB ein, das Sie vorhin erwähnt haben. Sie loben die Zusammenarbeit, die sich innerhalb der Gremien der WestLB entwickelt hat. Wir sind alle froh darüber, dass das nicht der Parteipolitisation anheim fällt, sondern dass es zu sachlichen Entscheidungen kommt.

Sie fügen allerdings sofort den Satz an: "Ich frage allerdings, ob Sie es für richtig halten, dass der ausscheidende Vorstandsvorsitzende Neuber einem CDU-Mann den Posten des Vorstandsvorsitzenden bei Westlotto angeboten hat, nur um seinen Schützling beim Rheinischen Sparkassen- und Giroverband zu retten?" - Wissen Sie, das sind so diese Scheinwahrheiten. Da wird etwas in die Diskussion geworfen. Was soll ich mit einer solchen Behauptung machen?

Herr Kollege Rüttgers, ich habe den Chef der Staatskanzlei gebeten, Herrn Neuber anzurufen. Wissen Sie, was Herr Neuber fünf Minuten später gesagt hat? Es ist nicht wahr. Es gab kein einziges Angebot dieser Art.

(B) (Zuruf des Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

- Da mögen Sie lachen, Herr Kollege Rüttgers. Es wäre gut, wenn Sie erst einmal darüber sprechen würden, bevor Sie so etwas in die Welt setzen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege, das sind die von mir angesprochenen Scheinwahrheiten.

(Zuruf des Herbert Reul [CDU])

- Herr Kollege Reul, bitte tun Sie mir einen Gefallen. Herr Reul, Sie wissen doch gar nicht, worüber wir jetzt reden.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Herbert Reul [CDU]: Was bilden Sie sich eigentlich ein?)

Herr Kollege Rüttgers, eines will ich Ihnen in aller Klarheit sagen: Der einzige, der das Einvernehmen zur WestLB hin gefährdet hat und gefährdet, sind Sie. Sie reden zwar immer über Filz, aber Sie sind in den parteipolitischen Kategorien so verfangen, dass es kaum ein Thema gibt, bei dem Sie nicht sofort auf parteipolitische Verwicklungen zu sprechen kommen. Sie sind derjenige, der dies hineinträgt.

(C) Ich hoffe sehr, dass Ihre Bemerkung an die Adresse des künftigen Vorstandsvorsitzenden wirklich ernst ist und dass es dabei bleibt. Lassen Sie die arbeiten, wie es sich gehört, und lassen Sie die Parteipolitik heraus. Es wäre auch gut, wenn Sie sie hier herauslassen und die Gremien arbeiten lassen würden. Die Gremien haben diese Aufgabe zu erfüllen.

Was soll ein solcher Vorwurf an Herrn Neuber? Was soll so etwas im Plenum? Was ist das für eine unsaubere Art? Reden Sie doch erst einmal mit Herrn Neuber!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zuruf des Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Sie haben doch sonst nichts beizutragen. Das ist ein Mann, der seine Verdienste um dieses Land hat und der dort ausscheiden wird.

(Zuruf des Dr. Jürgen Rüttgers [CDU])

Sie wissen doch selbst, dass das, was Sie ihm jetzt vorwerfen, absurd ist.

(Zurufe von der CDU)

- Ja, ich würde Ihnen das wirklich empfehlen.

(D) Herr Kollege Rüttgers, dann haben Sie über die Armut gesprochen. Sie haben die Situation armer Kinder in Nordrhein-Westfalen beklagt.

Herr Rüttgers, weil Sie diesen Vorwurf erhoben haben, will ich Sie an eine Episode aus Ihrer Kabinettsvergangenheit erinnern. Im Jahr 1998 hat die damalige Bundesfamilienministerin Nolte im Wahlkampf bis zum Schluss versucht, den Zehnten Kinder- und Jugendbericht zurückzuhalten. Etliche, die damals mit Politik zu tun hatten, werden sich daran noch erinnern.

(Beifall bei der SPD)

Es gab dann eine entsprechende öffentliche Reaktion, und es war dann nicht mehr möglich, diesen Bericht zurückzuhalten. Dann hat das Bundeskabinett unter Ihrer Beteiligung, Herr Kollege Rüttgers, beschlossen, in Deutschland gebe es keine armen Kinder; da in der Sachverständigenkommission keine Ökonomen oder Statistiker vertreten gewesen seien, seien die Zahlen nicht seriös.

(Hört, hört! bei der SPD)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) In der Verlautbarung des damaligen Bundeskabinetts hieß es dann - ich zitiere wörtlich -:

"Im Ergebnis stellt die Bundesregierung der hochemotionalisierten und polemischen öffentlichen Diskussion zu Kinderarmut eine sehr differenzierte Stellungnahme gegenüber."

Das haben Sie damals geäußert. Und Sie erwecken heute den Eindruck, Sie könnten eine Auseinandersetzung mit der Landesregierung über diese Frage führen. Herr Kollege Rüttgers, das ist die Scheinheiligkeit, die Ihnen zu Recht vorgeworfen wird.

(Beifall bei der SPD und bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang erinnere ich an das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das am 10. November 1998 der alten Bundesregierung Folgendes attestiert hat:

"Ehe und Familie dürfen nicht schlechter gestellt werden als andere Erziehungsgemeinschaften."

So lautete die Ermahnung des Bundesverfassungsgerichts an die Bundesregierung, der Sie angehört haben.

(B)

"Ehegatten dürfen nicht gegenüber Ledigen benachteiligt werden, ebenso wenig wie Eltern gegenüber Kinderlosen. Ehepaare, Eltern und Familien dürfen nicht von Steuerentlastungen ausgeschlossen werden. Der elterliche Aufwand für Betreuung und Erziehung der Kinder muss steuerlich unbelastet bleiben.

Der Gesetzgeber hat dementsprechend den Kinderfreibetrag oder das Kindergeld zu erhöhen. Der Gesetzgeber muss die geringere steuerliche Leistungsfähigkeit von Eltern bei jedem weiteren Reformschritt berücksichtigen."

Dieses Zeugnis hat Ihnen das Bundesverfassungsgericht nach Ihrer Arbeit in der damaligen Bundesregierung ausgestellt, Herr Kollege.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die rot-grüne Bundesregierung, die hier oft genug zitiert worden ist, hat das Thema konsequent aufgegriffen, seitdem sie Regierungsverantwortung trägt, und die Situation der Familien Schritt für Schritt verbessert, z. B. durch die Reform des

Bundeseziehungsgeldgesetzes, durch die Erhöhung des Kindergeldes und die Steuerreform, die Sie vorhin angegriffen haben. So schwer es fällt, werden wir auch die dritte Stufe des Familienleistungsausgleichs zum 1. Januar 2002 realisieren. (C)

Herr Kollege Rüttgers, Sie haben eben auf Frau Kollegin Fischer und auf das gezeigt, was sie öffentlich gesagt hat. Der Unterschied zwischen ihr und Frau Nolte besteht darin, dass sie zur Kinderarmut das, was zu veröffentlichen war, auch veröffentlicht hat. Dort liegt der Unterschied zwischen Ihnen und uns.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir beschönigen nicht die Situation, in der sich eine Zahl von Kindern und deren Familien befindet, vor allen Dingen wenn es um Alleinerziehende geht. Es handelt sich nämlich vor allem um ein Problem von Alleinerziehenden.

(Widerspruch des Herbert Reul [CDU])

- Herr Reul, ich weiß nicht, was Sie jetzt anzeigen. Intellektuell scheinen Sie mir jetzt nicht ganz folgen zu können. Ich habe auf die Art und Weise der Argumentation hingewiesen, aber keineswegs bestritten, dass es bei uns den Tatbestand von Kinderarmut gibt. Gestern hat Frau Kollegin Fischer das in aller Offenheit dargelegt. Ich habe darauf hingewiesen, wie scheinheilig die Argumentation von Ihrer Seite aus geführt worden ist. (D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Herbert Reul [CDU]: Die war nicht scheinheilig!
- Edgar Moron [SPD]: Das ist verlogen, unanständig!)

Leider gibt es bei uns unter Kindern von Alleinerziehenden eine relative Armut. Wir helfen, wo wir können, z. B. dann, wenn wir Kindergärten in Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf speziell fördern. Wir haben auch die Situation armer Kinder im Blick, wenn deren Gesundheit leidet. Wir ergreifen dazu präventive Maßnahmen der Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche. Wir suchen in der Sozialarbeit die Familien auf. Übrigens tun das auch Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer, die darum wissen, dass Alleinerziehende oftmals nicht in der Lage sind - gar nicht aus sozialen Gründen, sondern aus Gründen der mangelnden Integration -, ihre Kinder regelmäßig zur Schule zu bringen oder zu schicken.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Wir versuchen, Familien, Alleinerziehende durch Beratung, Familienbildung, Betreuungs- und Bildungsangebote für benachteiligte Kinder zu stärken. Um es klar zu sagen: Für uns ist das Thema "Armut und Benachteiligung" kein Tabu. Wir wollen alles uns Mögliche daransetzen, Kindern und Jugendlichen Zukunftschancen zu erhalten, damit ihnen ihre Zukunft nicht verbaut wird.

Wir wissen, dass diese Aufgabe unglaublich schwer ist. Wir erleben das in zahlreichen Szenarien und Schattierungen. Wer beispielsweise in bestimmte Stadtteile fährt, erlebt das. Es geht nicht immer und zuallererst um Fragen der finanziellen Ausstattung der Familien, sondern es handelt sich - das habe ich bereits gesagt - um ein enorm schwer zu lösendes soziales Problem.

Ich will die Gelegenheit nutzen, den vielen Initiativen in unserem Land zu danken, die sich um genau diese Frage kümmern, die wissen, dass wir hier nicht mit Statistiken und staatlichen Mitteln zurecht kommen, sondern die Unterstützung vieler engagierter ehrenamtlich tätiger Menschen in unserem Land brauchen, die sich darum kümmern und helfen, dass solchen Armutsentwicklungen entgegengewirkt wird. Sie können sich darauf verlassen, dass die Landesregierung sowie die Sozialdemokraten und verantwortungsbewusste Christdemokraten auf allen Ebenen alles tun werden, um dem entgegenzuwirken. Daran habe ich keinen Zweifel. Das gilt im Übrigen genauso für Angehörige anderer Parteien. An der Stelle verfolgen wir die Ziele mit gleichem Engagement.

(B)

Ich möchte nur nicht, dass der Eindruck erweckt wird, dass es sich um Probleme handelt, die irgendwo abgeladen werden könnten. Meine Damen und Herren, solche Schuldzuweisungen bin ich eigentlich leid, weil sie zu nichts führen.

(Beifall bei der SPD und der Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Lieber wäre mir gewesen, Sie hätten bei der Rentendiskussion etwas mehr Butter bei die Fische getan. Sie fragen oft nach meinem Einfluss in Berlin, auch Sie, Herr Kollege Möllemann. Ich bin oft in Berlin und suche dort Ihren Einfluss. Ich suche die Spuren von Herrn Rüttgers. Die habe ich auch beim Treffen der CDU-Spitzen in Stuttgart und in Rheinland-Pfalz gesucht. Überall habe ich nach Ihren Spuren gesucht, finde sie aber nicht. Ich will Ihren Einfluss aber gar nicht bestreiten. Aber wenn Sie den haben, tun Sie mir

bitte den Gefallen und versuchen, darauf hinzuwirken, dass es in der Rentenfrage zu einem Konsens kommt. Leisten Sie das dazu Notwendige!

(C)

Herr Kollege Möllemann, Sie sind nicht ganz richtig informiert gewesen: Bei dem Gespräch in der Arbeitsgruppe zum Vermittlungsverfahren, das zu keinem Ergebnis geführt hat, hat - soweit ich das weiß; ich will es nicht konkretisieren bzw. personalisieren - die F.D.P.-Seite - ich weiß, wovon ich rede - sehr wohl registriert, dass die Bundesregierung und die Koalition in Berlin Angebote gemacht haben, die nicht nur zu einer Annäherung der Standpunkte, sondern sogar zu einer Verständigung führen könnten, und zwar auch über die Frage des Wohnungseigentums.

Herr Seehofer ist allerdings, wie mir gesagt wird, in diese Gespräche - das hat er schon vorher öffentlich erklärt - mit der Absicht gegangen, dass es nicht zu einer Einigung kommen solle. Unter solchen Vorzeichen ist es natürlich schwierig. Ich kann mir - dabei bleibe ich - nicht vorstellen, dass der Entwurf bzw. das Projekt einer privaten Vorsorge, die durch Steuern und Zulagen in einer Dimension von 20 Milliarden DM zugunsten aller Bürgerinnen und Bürger unseres Landes staatlich gefördert wird, allen Ernstes aus parteipolitischen Gründen gestoppt wird.

(D)

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Deshalb bin ich Ihnen dankbar, dass Sie hier Ihr Interesse an einer Lösung bezeugt haben. Wir werden von diesen Hinweisen Gebrauch machen, und mir wäre sehr daran gelegen, dass die Haltung, die ganz offensichtlich von Herrn Kollegen Stoiber aus Bayern gefördert wird, in der Rentenfrage bloß nicht zu einer Verständigung zu kommen, durchbrochen werden könnte und wenn Sie dazu beitragen würden. Das wäre sehr gut.

Herr Kollege Möllemann, ich kann nicht auf alle Aspekte, die Sie angesprochen haben, eingehen. Nur zu den Genehmigungsverfahren, die Sie so wunderbar dargestellt haben: Verlangen Sie von uns bitte nicht, dass wir nachzählen, wie viele Gesetze es gibt. Ich stelle Ihnen gerne die Gesetzessammlung des Landes und alles, was dazu gehört, zur Verfügung. Das ist ziemlich umfangreich. Es kostet viel Arbeitskraft, das alles nachzählen zu lassen.

Deshalb fasse ich zusammen: Unterhalten Sie sich einmal mit Herrn Büssow, dem Regierungspräsidenten von Düsseldorf, und Sie werden ruck-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) zuck mit Nachweisen das Ergebnis bekommen, dass die Genehmigungsverfahren in keinem anderen Bundesland schneller laufen als bei uns in Nordrhein-Westfalen. Sie werden diesen Nachweis übrigens auch mit Blick auf unsere Nachbarstaaten Belgien und Niederlande bekommen. Bei allen Großprojekten befinden wir uns vom Tempo her mittlerweile auf dem Niveau aller uns umgebenden Regionen. Herr Kollege Möllemann, die Vorstellung, die in der vorvorigen Legislaturperiode einmal entwickelt worden ist, ist heute schlichtweg nicht mehr richtig. Sie stimmt nicht mehr. Die Frage des Tempos in öffentlichen Genehmigungsverfahren ist nicht für alle Zeit beantwortet. Alles kann noch besser werden. Nur: Wir sind schneller als alle anderen Regionen, mit denen wir uns vergleichen können.

(Beifall bei der SPD - Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Warum ist der Moron dann so unzufrieden?)

Das, was Sie zu Metrorapid gesagt haben, fand ich sehr interessant. Da bin ich etwas anderer Meinung als Sie, Frau Kollegin Löhrmann. Ich habe nicht verstanden, dass er "unter dem Ruhrgebiet" hindurch wollte. Die Äußerung zum Metrorapid fand ich interessant. Da setze ich auf die Durchsetzungskraft der Argumente und der Entwicklungen.

(B)

Herr Rüttgers, mit großem Interesse habe ich gelesen, dass Sie jetzt auch der Meinung sind, das sei eine "Bimmelbahn". Sie waren jetzt im Kloster. Die nächste Tour sollten Sie ins Emsland unternehmen. Sie sollten einmal mit dem Ding fahren und sollten sich mit allen Experten darüber unterhalten. Dann werden Sie erleben, dass Ihnen das Wort "Bimmelbahn" im Munde stecken bleiben wird, weil es ein wunderbares Erlebnis ist. All die kleinkarierten Bewertungen dieses Gefährts, über Lärmgefährdung - laut drinnen und draußen, draußen nicht erträglich -, Sicherheit, Verbrauchsarmut, die ich bisher darüber gelesen habe, sind falsch. Es sind Vorurteile. Sie, Herr Kollege Rüttgers, begeben sich zu später Stunde auch noch auf diese Bahn. Alle diese Vorurteile sind falsch. 1988 - damals waren Sie, Herr Rüttgers, als Forschungsminister noch nicht im Amt ---

(Heinz Hardt [CDU]: Sie haben es verhindert!)

- Das ist eine Fama. Ich könnte Ihnen Zeugen bringen, die nachweisen, dass die Verbindung von Nord nach Süd durch die Bundesrepublik Deutschland und vor allen Dingen die Verbindung zwischen Rhein/Main und Rhein/Ruhr vom damaligen Bundeskanzler Kohl abgelehnt worden sind. Sie bringen mich noch dazu, Ihnen das zu belegen.

(Heinz Hardt [CDU]: Das möchten wir gerne sehen!)

Herr Kollege Möllemann, zu Atomenergie und Bergbau ist Ihnen von meinem Kollegen Moron das Notwendige gesagt worden. Ich will mich in der Sache gar nicht mehr damit auseinandersetzen.

Sie wissen, dass das, was Sie von mir zitiert haben, in einem völlig anderen Zusammenhang stand: Ich möchte, dass der Bergbau in eine Unternehmenslösung eingeht. Ich habe darüber auch Vorstellungen, die ich aber heute nicht erläutern möchte. Ich werde sie auch in nächster Zeit noch nicht erläutern können. Aber ich möchte gerne eine unternehmerische Lösung, in die dann der Restsockel an Steinkohlebergbau eingebracht wird. Das muss unser gemeinsames Ziel sein. Das ist die Logik.

(D)

Die Vorstellung, die Sie hier erwecken, man könne einfach sagen: "Herunter mit dem Bergbau!", ist einfach falsch. Sie können wohl sagen: Ich möchte den Bergbau bis zum Jahr 2010 oder 2015 auslaufen lassen. - Und selbst dann haben Sie aber immer noch fortlaufende Kosten. Sie wissen doch, was für ein enormes Gefüge und Geflecht entwickelt worden ist, damit der Bergbau so ist, wie er ist. Von dort aus ist die ganze Bundesrepublik Deutschland aufgebaut worden. Hier ist förmlich der Boden ausgebeutet worden. Das wissen Sie doch. Was dort sowohl in der Ausbeutung des Bodens als auch in der Wasserwirtschaft geschehen ist, hat natürlich jahrzehntelange Konsequenzen. Der Eindruck, man könnte sagen, das sei von heute auf morgen vorbei, ist der eine Irrtum.

Das Zweite sind die betriebsbedingten Kündigungen. Auch darauf will ich Ihnen eine Antwort geben. Herr Kollege, zu den betriebsbedingten Kündigungen habe ich eine ganz feste Position. Diese Position besagt: Überall da, wo der Staat verant-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) wortlich ist - in der öffentlichen Verwaltung genauso wie im Bergbau, wo der Staat mit Zustimmung von allen politischen Kräften bis zum Jahre 1990 alles gefördert hat, sodass von einer quasi staatlichen unternehmerischen Handlung zu sprechen ist -, schließen sich für mich betriebsbedingte Kündigungen aus. Wo der Staat Verantwortung trägt - und hier hat er diese Verantwortung -, kann er nicht betriebsbedingt kündigen,

(Beifall bei der SPD)

da ist er direkt verantwortlich für die Zukunft der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Dies sage ich neben dem, was zur Energiepolitik zu sagen ist. Zur Atomenergie habe ich Ihnen das gesagt.

Die Zukunft der Energieversorgung in Deutschland und in der Welt liegt sicher nicht in der Atomenergie. Sie liegt sicher nicht in der weiteren Entwicklung der Atomenergie. Andere Staaten werden die Atomenergie beibehalten. Wir in der Bundesrepublik Deutschland brauchen eine Zeit lang, um auszusteigen. Aber die nächste Generation der Energieversorgung ist nicht eine, die darauf baut, dass wir die Atomenergie erhöhen. Sie würden es gegen die Mehrheit der Menschen schon nicht "durchkriegen". Sie würden es aber auch vernünftigerweise nicht durchbekommen. Es ist finanziell schlichtweg nicht darstellbar. Es ist übrigens auch nicht ökologisch darstellbar. Die nächste Stufe wird sicher eine sein, die sich darauf verlässt und sich darauf stützt, dass wir technologisch zur Spitzenreife bringen, was wir heute haben. Das geht bis hin zum Bergbau. Es ist keine Vision, sondern inzwischen eine ernsthafte Diskussion zwischen den Kraftwerksspezialisten, dass man ein Kraftwerk entwickeln könnte mit einer rasanten Reduktion der CO₂-Belastung. In der Diskussion ist inzwischen sogar eine CO₂-Nullbelastung.

Sie können doch nicht technologische Entwicklungen ausschließen, indem Sie von einem Ding aufs andere hüpfen. Mal ist der Bergbau dran, mal ist die Atomenergie dran.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Sie machen es immer andersherum!)

- Wir stützen uns auf das, was heute ist, und wir entwickeln weiter, was entwickelt werden muss. Das sind die Brennstoffzelle, die Solartechnologie, die Wasserstofftechnologie und alles, was dazugehört. Das ist die Zukunft.

- (C) Reden Sie doch einmal mit Shell oder anderen Unternehmen. Die sprechen nicht davon, dass sie hier in Europa noch irgendwo ein Atomkraftwerk bauen oder irgendwo noch Potenzial dazu holen wollen. Sie reden vielmehr über die Entwicklung der Solartechnologie. Deshalb machen wir das in Gelsenkirchen doch. Da sind Sie "schief dabei". Das ist ein Weg, der gegangen werden wird. Auf Ihrem Weg werden Sie ziemlich alleine gehen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich bin übrigens sehr dafür, dass wir über Zuwanderung reden. Jede Gemeinsamkeit, die ernst gemeint ist, wird von uns aufgegriffen. Aber wir reden dann über mehrere Fragen. Wir reden dann über Zuwanderung - wie wird sie stattfinden? -, über Integration und über die Qualifikation der Menschen, die hier leben und denen wir natürlich die gleichen Chancen in allen Sektoren geben müssen und geben wollen. Das ist das Bündel, über das wir reden, wenn wir über das Thema Zuwanderung diskutieren. Wir werden darüber sicherlich noch in eine sehr konkrete Auseinandersetzung, in Diskussionen und vielleicht auch zu einem gemeinsamen Gespräch kommen. Ich bin dazu jederzeit bereit.

- (D) Wir verstehen Haushaltspolitik als solides Handwerk. Darum ist der Haushaltsentwurf, den wir vorgelegt haben und für den wir heute um Zustimmung bitten, ein Werk ohne Risse und Brüche.

Herr Kollege Moron hat schon die Rating-Agentur Moodys zitiert. Das muss man einmal tun, damit sich die Bilder, die hier entworfen werden, aufhellen. Sonst geht man trostlos nach Hause. Die Rating-Agentur Moodys sagt, es gebe eine stabile Finanzlage in Nordrhein-Westfalen. Ich zitiere noch einmal: Die Erfolge der Landesregierung bei der Eindämmung des Haushaltsdefizits und der Senkung der Neuverschuldung werden anerkannt.

"Die Landesregierung betreibt eine solide Finanzpolitik."

Das sagt die Rating-Agentur Moodys. Ehrlich gesagt: Da brauche ich Ihre Bewertung nicht.

Wir werden auch künftig den Haushalt so solide gestalten, wie wir das in dieser Legislaturperiode begonnen haben. Wir knüpfen damit an eine erfolgreiche Arbeit an. Der Entwurf hat Ausgaben

(Ministerpräsident: Wolfgang Clement)

(A) von rund 96 Milliarden DM. Das ist solide finanziert.

Vor dem Hintergrund der Mindereinnahmen durch die Steuerreform war das alles andere als leicht und alles andere als selbstverständlich. Wir reden über Mindereinnahmen von 4,5 Milliarden im Jahr 2001. Vorhin sind auch schon einmal 5,5 Milliarden DM genannt worden.

Dennoch geht einigen das finanzielle Engagement des Landes nicht weit genug, das wir in den verschiedensten Bereichen unternehmen.

Solide Finanzierung bedeutet aber nicht, auf Selbstfinanzierungseffekte zu setzen oder sie gar zur Deckung heranziehen zu wollen, bevor sie überhaupt eingetreten sind.

Wir haben vor dem Hintergrund geringerer Einnahmen klare Prioritäten gesetzt und konkrete Schritte zur Haushaltskonsolidierung unternommen. Wir haben die finanziellen Handlungsmöglichkeiten durch Reduzierung der Nettoneuverschuldung von 6,9 auf 6,2 Milliarden DM erhalten. Wir schlagen vor, eine Rücklage von 1,2 Milliarden DM zu bilden, um weitere zu erwartende Steuerausfälle in 2002 wenigstens teilweise zu kompensieren. Wir weiten die Kompetenzen der Personalagentur aus, um Stelleneinsparungen schneller verwirklichen zu können.

(B)

Das muss ich offen sagen, Herr Kollege Rüttgers, es ist eben nicht damit getan, eine 1,5%ige Stellenreduzierung mit dem Rasenmäher zu verordnen, wie Sie das wollen. Das würde nämlich im Haushalt nur dann zu tatsächlichen Ersparnissen führen, wenn Sie mit diesem Rasenmäher zugleich die Köpfe, die auf den Stellen sitzen, mit rasieren würden. Anders geht das logischerweise nicht. Sonst müsste ich Ihnen sagen: Schauen Sie sich einmal die tatsächlichen Zustände im öffentlichen Dienst an! Eine Stelle wird dann frei, wenn sie verlassen wird. Sie müssten sonst den Menschen, der dort sitzt, mit dem Rasenmäher gleich mit behandeln. Das können Sie eigentlich nicht wollen. Sie sagen es nur; das gehört auch zu den Halbwahrheiten, die Sie verbreiten.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben das Sondervermögen "Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen" gebildet. Dieses jetzt entstehende zentrale Liegenschaftsmanagement lässt nach den Aussagen der Gutachter in der Endstufe - nicht etwa bereits im

ersten Jahr seines Bestehens, wie Sie nicht müde werden misszuverstehen - bis zu 250 Millionen DM an Einsparungen erwarten. Mehr ist schlichtweg auch nicht einzusetzen. (C)

Wir entwickeln die Förderpolitik des Landes weiter. Herr Kollege Moron hat auf die Anstrengungen der Koalition hingewiesen. Wir tun das mit einer Überprüfung, die die Landesregierung veranlasst hat. Natürlich kann man gute Gründe dafür finden, 8.600 neue Lehrerstellen zu fordern, weitere 1.000 Polizisten und 200 Justizvollzugsbeamte, wie Sie es tun. Das ist ja das Schöne an der Oppositionsrolle, dass man für eine solide Finanzierung solcher Dauerbelastungen des Etats weder Sorge zu tragen braucht noch dafür haften muss.

Nur zur Erinnerung für Sie: 93 % der gesamten Personalausgaben entfallen bei uns auf die Bereiche Schule, Hochschule, innere Sicherheit, Justiz und Finanzverwaltung. Mithin entfallen 93 % - die Experten wissen das - auf die Bereiche, in denen niemand sparen will und in denen insbesondere Sie - die Opposition - immer noch drauf-satteln möchten.

Wie behutsam wir in Wirklichkeit agieren müssen, zeigen gerade die Erfahrungen aus der Vergangenheit im Personalsektor. Ich habe etwas dagegen, solche Nebelkerzen zu werfen, die nichts helfen. In Nordrhein-Westfalen haben wir im Zeitraum von 1995 bis 2000 trotz intensivsten Bemühens die Stellen im Saldo nur von 344.567 auf 343.604, also um 963 oder 0,25 %, reduziert. Die Auflösung des Rätsels lautet: Wir haben in dieser Zeit in der allgemeinen Verwaltung 16.000 Stellen abgebaut. Aber wir haben in den anderen Bereichen, die ich vorhin genannt habe - Schule, Hochschule, innere Sicherheit, Justiz, Finanzverwaltung - zugleich 16.000 Stellen neu schaffen müssen. Das ist die Antwort auf das Rätsel, über das sich viele den Kopf zerbrechen müssen - insbesondere muss das der Finanzminister. (D)

Diese finanziellen Rahmenbedingungen erlauben keine Überall-mehr-Geld-Politik, sondern sie zwingen zu einer klaren Schwerpunktsetzung. Das tun wir. Wir haben für insgesamt 2,2 Milliarden DM klare Schwerpunkte in der Bildungspolitik gesetzt mit dem Programm, das Frau Kollegin Behler vorgestellt hat, dem "Stufenplan Verlässliche Schule", der Neueinstellung von 6.100 weiteren Lehrerinnen und Lehrern, verbesserten Angeboten, deutlich verbesserten Einstellungsbedingungen.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Herr Kollege Möllemann, wenn Sie in diesem Zusammenhang von der Notwendigkeit der Abschaffung des Beamtenstatus sprechen, haben Sie meine volle Aufmerksamkeit. Versuchen Sie, das mit der Opposition in Berlin, mit Ihren Kollegen von der CDU, in Bewegung zu bringen. Das ist nämlich das eigentliche Thema. Wir bekommen keine wirkliche Flexibilität im öffentlichen Dienst, in der öffentlichen Verwaltung, und erreichen natürlich auch nicht die absolute Vergleichbarkeit und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Handelns der öffentlichen Verwaltung mit der von Unternehmen, wenn wir die heutigen rechtlichen Rahmenbedingungen nicht verändern können. Eine Änderung der heutigen rechtlichen Rahmenbedingungen der öffentlichen Verwaltung ist ohne Grundgesetzänderung nicht möglich. Alles, was ich auf diesem Sektor - immerhin in 12 Jahren -, erfahren habe, lehrt dies. Deshalb sollten wir uns nicht mit wechselseitigen Vorwürfen traktieren, sondern über die reden, die eine solche Veränderung nicht wollen, aber darüber sprechen.

Es ist natürlich auch zu Recht über die Situation der Schulbaumittel gesprochen worden. Wir haben den Haushaltsansatz für die Schulbaumittel auf 454 Millionen DM erhöht. Aus unserer Sicht könnte das zugleich ein erster Schritt in Richtung einer schnellen Umstellung der Finanzierung auf Pauschalierungen sein.

(B) Wir machen unsere Hausaufgaben bei der Ausstattung der Schulen mit Lehrerinnen und Lehrern. Das ist Landesaufgabe. Das Gleiche erwarten wir natürlich für die unstreitig kommunale Aufgabe Schulausstattung. Da kann es nicht einfach darum gehen - das ist zu leicht -, das Nicht-handeln vergangener Jahrzehnte aus ganz unterschiedlichen Gründen durch Bereitstellung von 1 Milliarde DM an Landesmitteln zu belohnen.

Allerdings hat das Land selbstverständlich ein Interesse daran, auf diesem Sektor zu einer Lösung zu kommen. Wir - insbesondere der Innenminister - führen darüber intensive Gespräche mit den Kommunen. Mir wäre sehr daran gelegen, uns hier nicht parteipolitisch zu streiten - von mir aus können wir das aber auch tun -, sondern das Gespräch mit den Kommunen zu suchen, um hier zu vernünftigen anderen Finanzierungsformen zu kommen. Anders ist das Problem in vielen Kommunen zurzeit nicht lösbar.

Das Aussehen der Schulbauten wird oft weit überzogen geschildert. Wir haben in den ländli-

chen Räumen, in den kreisangehörigen Gemeinden überwiegend gut ausgestattete Schulen. Da gibt es auch nichts zu klagen. Es macht doch keinen Sinn, den Menschen einzureden, es sei alles katastrophal und chaotisch, wie das hier so beliebt ist.

(Beifall der Brigitte Speth [SPD])

Es ist vielmehr sinnvoll, sich konkret mit den Problemen in den einzelnen Städten und Gemeinden zu beschäftigen. Wir suchen in den Gesprächen, die insbesondere unser Innenminister gemeinsam mit dem Finanzminister führt, gemeinsame, vernünftige, fantasievolle, neue Finanzierungswege, um den Kommunen auf diese Weise behilflich sein zu können.

Ich habe wie auch Frau Behler schon auf die Ganztags- und Betreuungsangebote hingewiesen, die wir mit diesem Haushalt fördern werden und mit denen wir die Ausstattung mit Ganztags- und Betreuungsangeboten über den Tag hinaus in Nordrhein-Westfalen wesentlich verbessern.

Herr Kollege Rüttgers, da hängen Sie noch an Ihrem albernen Beispiel aus der zweiten Lesung von 90 Pfennig pro Kopf. Ich antworte Ihnen darauf, weil Sie diese Vergleiche so lieben: Es gibt kein Flächenland in Deutschland - kein einziges! -, das in der verlässlichen Betreuung von 8 bis 13 Uhr und in der Ganztagsbetreuung besser ist als Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Bayern hat nicht ganz 30 % unserer Ausstattung. Auch Baden-Württemberg erreicht unsere Ausstattung nicht.

Ich fand es ganz interessant - das finde ich eigentlich viel spannender -, dass mein Kollege Stoiber in einer Diskussion, die ich mit ihm hatte, gesagt hat: "Das ist wohl wahr: Wir sind in dieser Diskussion unter familienpolitischen Gesichtspunkten falsch gelaufen. Das Thema heute ist nicht in erster Linie Kindergeld oder Erziehungsgeld. Noch wichtiger als die finanzielle Ausstattung der Familien ist die verlässliche Betreuung der Kinder, weil heute in der Regel eine Normalfamilie darauf angewiesen ist, dass beide Elternteile - soweit vorhanden - zur Arbeit gehen können und dies mit einem absolut sicheren Gefühl tun können, was ihre Kinder angeht, und sogar noch in der Erwartung, dass ihre Kinder in der Schulbetreuung weiterkommen, als dies möglicherweise auf andere Weise gelänge."

(C)

(D)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Das sagt Herr Kollege Stoiber, und das finde ich hochinteressant. Das ist eine Wende in der familienpolitischen Diskussion. Diese Wende haben wir in Nordrhein-Westfalen aber schon früher vollzogen als irgendjemand sonst.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie werden erlauben, dass wir darauf stolz sind. Unser Ziel ist schlicht und ergreifend, dass wir in dieser Legislaturperiode hier zu gravierenden Verbesserungen kommen. Da können Sie Ihre 90 Pfennig noch ein paar Jahre durch das Land tragen, wir werden am Ende jedes Jahres vorlegen, welche Fortschritte wir erzielt haben. Diese erzielen wir übrigens nur, wenn alle mittun: Jugendorganisationen, Jugendämter, Sportvereine, Sportorganisationen. Wir können das nämlich nicht allein aus eigener Kraft. Herr Kollege Böhr sieht ja heute auch ein, dass er es auch nicht könnte, wenn er denn können dürfte.

Sie haben das Bündnis für Erziehung angesprochen, Herr Kollege Rüttgers. Ja, das Bündnis für Erziehung wird allerorten, wo ich hinkomme, bejaht. Es wird befürwortet. Alle verantwortlichen Menschen, mit denen ich spreche, sagen mir: Das ist ganz unbestreitbar ein wichtiger Schritt. Auch Sie wissen das. Ich kann mir nicht verkneifen, meinen Eindruck wiederzugeben, dass es Ihnen nicht passt, wenn in die richtige Richtung gegangen wird.

(B)

Da fällt Ihnen nichts anderes ein, als Frau Kollegin Behler anzugehen, weil sie früher angeblich Erziehung mißachtet hat. Sie hat schon an der Schule erzogen, da haben Sie noch gar nicht daran gedacht, das zu tun. Da wussten Sie noch gar nicht, worüber Sie gesprochen haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was sollen denn solche Angriffe? Das sind doch Banalitäten, mit denen man nichts anfangen kann.

An diesem Bündnis für Erziehung - verlassen Sie sich darauf - werden sich viele beteiligen.

(Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.]: Das war sehr uncharmant gegenüber Frau Behler! - Weitere Zurufe von der F.D.P.)

Was war daran uncharmant?

(Joachim Schultz-Tornau [F.D.P.]: Dass sie da schon so lange unterrichtet hat!)

- Sie hat schon unterrichtet, als Herr Kollege Rüttgers nicht im Traum daran gedacht hat. Das war nicht uncharmant, sondern eine Beschreibung der Lebenswege.

(C)

(Zurufe von der F.D.P.)

Aber Leute, Herr Möllemann, ich lasse mich von Ihnen im Charme jederzeit überbieten. Ich weiß, dass Sie da unschlagbar sind.

(Zurufe von der F.D.P.)

- Ich bin ganz gespannt, wie Frau Kollegin Behler mit Ihrem Charme umgehen kann, wenn Sie den jetzt voll zur Geltung bringen.

(Heiterkeit!)

Sie wird sicherlich jetzt ganz verlegen: Eine solche geballte Androhung von Charme von Ihrer Seite!

(Zurufe von der F.D.P.)

Wir sprechen über den Hochschulsektor, über die Vorschläge des Expertenrats, Herr Kollege Möllemann. Da geht es nicht darum, dass das Wissenschaftsministerium von oben kommt und sagt: So und so! Aber es geht auch nicht darum - Herr Kollege, das wissen Sie auch -, dass die Hochschulen die Arbeit des Expertenrats allesamt für gut erklären, aber sagen: Für diesen Sektor, der mich und meine Hochschule betrifft, bitte ich darum, von einer Entscheidung in diesem Sinne abzusehen. Da werden wir also zu Gesprächen und zu Veränderungen im Sinne dessen kommen müssen, was wir gesagt haben: Stärken zu stärken und Schwächen zu überwinden.

(D)

Die Förderung von Excellence im Hochschulbereich meine ich, wenn ich sage, dass wir in dieser Legislaturperiode schon mehr auf den Weg gebracht haben als ... Ich will hier keine Vergleiche ziehen, um die Situation da nicht zuzuspitzen. Wir haben auf diesem Sektor Projekte auf den Weg gebracht, zum Beispiel mit der Gründung von fünf Graduate Schools, und die Standortentscheidungen dazu stehen unmittelbar bevor.

Gerade hat der Senat der Max-Planck-Gesellschaft der Einrichtung eines weiteren Max-Planck-Instituts in Nordrhein-Westfalen für vaskuläre Medizin in Münster jedenfalls in der ersten Lesung zugestimmt. Ich bin sehr froh darüber, dass das so ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Er hat auch begründet zugestimmt, weil die Universität in Münster auf diesem Sektor Hervorragendes leistet, aber nicht nur auf diesem Sektor. In Bonn entsteht zur Zeit ein IT-Center, ein Institute for Information Technology, unter anderem für den Aufbau von Excellence-Studiengängen. Das IT-Center Dortmund legt seinen Schwerpunkt auf Ausbildung und Weiterbildung.

Meine Damen und Herren, wir haben uns vorgenommen, die Arbeitslosigkeit zu drücken, wenn es geht, unter 500.000, die Jugendarbeitslosigkeit faktisch auf null zu bringen. Das ist ehrgeizig; das weiß ich. Aber die Arbeitsmarktlage in Nordrhein-Westfalen - und das ermutigt mich - ist heute so gut wie zuletzt zur Zeit des Einheits-Booms 1992. Das, was Herr Kollege Schartau dazu an innovativen Programmen auf den Weg gebracht hat, verspricht uns voranzukommen.

Die Prognosen für die Konjunktur in Nordrhein-Westfalen - auf die ich übrigens gern zu sprechen komme, weil sie hier ja eine ziemliche Rolle gespielt haben - sind zur Stunde gut. Jedenfalls geht das RWI von einem Wachstum in ganz Deutschland von 2,7 % aus. Worüber wir gestern kurz gesprochen haben - der Wirtschaftsminister, der Arbeitsminister -: Die Entwicklung im Maschinenbau, im Automobilbau und in anderen Sektoren bei uns gibt Anlass zu der Erwartung einer stabilen konjunkturellen Entwicklung, trotz der Entwicklung in Amerika und trotz der Entwicklung des Mineralölpreises.

- (B) Ich muss Ihnen ganz offen sagen: Ich verstehe nicht, wie Sie Ihre ganze Mühe darauf verwenden können - insbesondere Herr Kollege Rüttgers - zu beweisen, dass das nicht richtig sei. Ich verstehe nicht, wie man darauf soviel Kraft verwenden kann, um zu beschreiben, dass die wirtschaftliche Entwicklung wahrscheinlich doch schlechter werden wird, als die Regierung annimmt. Welchen Sinn macht so etwas?

(Zuruf von der CDU: Die Fakten!)

- Ja, zu den Fakten wollte ich gern etwas sagen. Das RWI habe ich bereits angesprochen. Ich will auf andere renommierte Institutionen hinweisen, beispielsweise auf den Deutschen Industrie- und Handelstag, die Deutsche Bundesbank oder den Bundesverband Deutscher Banken, die darauf hinweisen, dass die reale Wirtschaftslage in Deutschland besser ist als die aktuelle Stimmung.

- (C) Die Anfang März veröffentlichte DIHT-Konjunkturumfrage von Februar 2001 etwa kommt zu dem Ergebnis - ich zitiere -:

"Der Aufschwung bleibt auch im Jahresverlauf 2001 kraftvoll. Die betrieblichen Planungen zeigen Zuversicht. Investitionen und Personalstand steigen bei höherer Kapazitätsauslastung spürbar an. Die konjunkturelle Basis ist damit besser als die Stimmung im Lande."

Die DIHT-Umfrage zeigt im Übrigen, dass Nordrhein-Westfalen dabei auch keine Sondersituation hat.

Auch andere Konjunkturindikatoren sprechen gegen eine gravierende Schwäche der deutschen Wirtschaft. So ist zum Beispiel die Industrieproduktion im Januar entgegen den Erwartungen der Analysten um 0,9 % gegenüber Dezember gestiegen. Prognostiziert war ein Minus von 0,1 %. Die Auftragslage der Wirtschaft ist ebenfalls durchaus positiv. In Nordrhein-Westfalen lagen die Auftragseingänge im Januar 2001 preisbereinigt um 7 % höher als im entsprechenden Vorjahresmonat.

Die Konjunkturexperten sind sich einig, dass Deutschland keine Rezession droht. Vor allem die Binnennachfrage ist robust. Neben weiterhin höherer Beschäftigung wird dabei auf die Steuerentlastungen gesetzt, die den privaten Konsum ankurbeln. Das ist die Situation.

(D) Die Experten erwarten, dass die Schwäche der japanischen und der amerikanischen Wirtschaft in Europa insgesamt nicht zu einem Abschwung führen wird. Die Euro-Zone sei insbesondere aufgrund der anziehenden Binnennachfrage in der Lage, diese Risiken zu meistern. Ich zitiere Martin Hüfner, den Chefökonom der Hypo-Vereinsbank in München:

"Europa ist keine Lokomotive der Weltwirtschaft, aber wohl ein Fels in der Brandung."

Das ist die Situation, wie sie sich darstellt, jedenfalls nach vielen Analysen, die wir studieren und die auch ich lese. Das sage ich nicht anhand einiger Bemerkungen von Analysten, sondern gestützt auf Gespräche, auf Erfahrungen, auf Erkenntnisse in der Welt. Ich sehe nicht den geringsten Grund, heute zum Pessimismus zu blasen, sondern ich möchte die Unternehmen ermutigen, in die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land zu vertrauen. Denn viele Faktoren besagen, dass die Stimmung schlechter ist als die wirkliche Lage. Das gilt auch für das Ruhrgebiet.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) Übrigens wird auch, Herr Kollege Möllemann, das Wachstum des Brutto-Inlandsprodukts in Nordrhein-Westfalen weiterhin höher sein als die so genannte Beschäftigungsschwelle. Was Ihre 3-%-Schwelle angeht, stimme ich Ihnen nicht zu. Es spricht alles dafür, dass sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen weiter entspannen wird.

Ich will in diesem Zusammenhang auch einige Bemerkungen zum Mittelstand machen. Was Sie zur Steuerreform sagen, werden Sie noch beten, wenn das Geld längst in den Kassen klingelt. Das kann man auch nur noch in politischen Diskussionen sagen, in denen keine Fachleute sind. Die Steuerreform hat den Mittelstand, die kleinen und mittleren Unternehmen, natürlich entlastet. Das bestreitet heutzutage auch kein Mittelständler mehr. Es gibt auch nicht, wie immer wieder behauptet wird, die Schiefelage im Verhältnis zu Kapitalunternehmen. Die faktische Besteuerung des Mittelstandes ist heute real bei 80 % der mittelständischen Unternehmen besser als bei den Kapitalgesellschaften. Zu 80 %! - Sie mögen den Kopf schütteln, aber so ist das nun einmal.

(B) Ich wundere mich über Ihre Äußerungen zur Betriebsverfassung. Wenn schon jemand an Karl Arnold erinnert, wäre es vielleicht auch ratsam, daran zu erinnern, dass er mit der Einführung der Mitbestimmung in Nordrhein-Westfalen zu tun hat. Mir hat an der Rede von Herrn Barzel imponiert, wie offen er diese Situation dargestellt hat.

(Beifall bei der SPD)

Wissen Sie, das tut mir Leid für die CDU. Die F.D.P. hat dazu ja immer eine andere Haltung gehabt. Aber an Sie als Christdemokraten: Karl Arnold war nun wirklich ein Mensch, der dieses Land geprägt hat. Nicht alles, was er gesagt hat und was damals unsere parteipolitischen Vorfahren gesagt haben, war richtig. Aber das ist nun wirklich eine Tradition, eine Überlieferung, ein gutes Stück, das er uns übergeben hat, das wir hüten sollten: die Mitbestimmung. Meine Güte, ich wäre dankbar, Sie würden einmal bei Norbert Blüm anrufen und ihn fragen, was er von dem hält, was hier dazu verbreitet wird!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was die Erbschaftsteuer angeht, um auch dazu etwas zu sagen, weil ja aus den Zeitungen hervorgeht, dass die Bilder alle sofort fertig sind: Die

(C) Sachlage ist so, dass die heutige Bewertung, die für die Erbschaftsteuer angesetzt wird, zum Ende dieses Jahres ausläuft und dass wir deshalb die Bewertungsgrundlagen neu darstellen müssen. Das erzwingt übrigens auch das Bundesverfassungsgericht.

Das Bundesverfassungsgericht hat dies entschieden, damit eine gleichwertige Besteuerung stattfindet. Natürlich muss der Immobilienbesitz im Prinzip gleichwertig mit anderen Vermögensteilen besteuert werden; das ist nun einmal das Steuersystem. Nun sprechen darüber die Finanzminister.

Dazu haben jetzt nach der Wahl, wie ich gesehen habe, der Kollege Faltlhauser aus Bayern und der Kollege Teufel gesagt: "Das ist typisch für die Sozis." Das finde ich amüsant. Wir haben am Freitag Bundesratssitzung, und wir haben sicherlich Zeit, Gespräche darüber zu führen. Dann werde ich denen und den Ministerpräsidenten aus Ostdeutschland und auch allen anderen Ministerpräsidenten Folgendes sagen: Wenn Sie alle keine Erträge aus der Erbschaftsteuer wollen, dann müssen wir alle darauf verzichten. Dann wird der Länderfinanzausgleich entsprechend ausfallen, dann wird der Ost-West-Ausgleich entsprechend ausfallen. - Wir reden über ein Stück der Finanzausstattung aller Länder in Deutschland. Es wird nicht so sein, dass einzelne Länder für die anderen den Kopf hinhalten und sich dafür dann auch noch von anderen beschimpfen lassen! Das findet so nicht statt, das wird so nicht funktionieren.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(D) Es geht ausschließlich darum, dass die Grundstücksbewertung anders vorgenommen werden soll. Zu den Bewertungen will ich zunächst einmal sagen: Es gibt Freibeträge, wie Sie alle wissen. Herr Teufel - na gut, er ist noch im Überschwang des Wahlkampfes, er hat noch nicht wieder die normale Temperatur gefunden - hat jetzt schon wieder auf "Omas klein Häuschen" hingewiesen, wie ich gelesen habe, wörtlich auf "Omas klein Häuschen".

Dabei kennt sich natürlich Herr Teufel wie jeder baden-württembergische Ministerpräsident und jeder Schwabe mit Eigenheimen und auch mit der Besteuerung präzise aus. Er weiß natürlich, dass eine Familie mit zwei Kindern bei uns einen Freibetrag von 1,4 Millionen DM hat. Er weiß natürlich auch, dass 85 % unseres Grundbesitzes in Privathand bei einer Bewertung von unter

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) 500.000 DM liegen. Er weiß auch: Wenn ich bei dieser Familie noch einen Versorgungsfreibetrag dazurechne, dann hat sie einen Freibetrag von 1,9 Millionen DM. Wenn ich dann noch hinzunehme, dass die Bewertung nur zu 72 % - so ist es im Diskussionspapier vorgesehen - des wirklichen Wertes erfolgt, dann kommen Sie auf ein unbesteuerteres Immobilienvermögen von rund 2,5 Millionen DM; die sind bei einer Familie mit zwei Kindern steuerfrei. Nun zeigen Sie mir, Herr Kollege, einmal die Mittelständler, über die Sie vorhin geredet haben! Zeigen Sie mir die einmal!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Wo leben Sie eigentlich?)

Die Art und Weise, wie Sie zu dem Thema reden, beruht entweder auf Ahnungslosigkeit oder ist nichts als die Mittelstandslyrik, die Sie über Jahrzehnte verbreitet haben.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Keine Ahnung!)

Mit dieser Mittelstandslyrik ist es vorbei.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Keine Ahnung!)

- (B) Mit diesem Mittelstand reden wir auch. Wir reden mit ihm über das, was wirklich ist.

(Dr. Jürgen Rüttgers [CDU]: Keine Ahnung!)

Mit Ihren lyrischen Bemerkungen können Sie da nichts erben. Damit wir uns da klar verstehen!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Die Zeiten, in denen Sie geglaubt haben, mit solchen Sprüchen Mittelstandspolitik machen zu können, sind vorbei. Das wissen die Mittelständler in ganz Nordrhein-Westfalen.

Dann will ich noch etwas sagen, auch an die Adresse der Mittelständler.

Präsident Ulrich Schmidt: Herr Ministerpräsident, würden Sie eine Frage von Herrn Weisbrich zulassen?

Wolfgang Clement, Ministerpräsident: Nein, ich möchte jetzt zu Ende reden. (C)

Das Modell, das zurzeit mit allen Ländern diskutiert wird, wird vom Bundesfinanzministerium durchgerechnet. Wenn sich dabei herausstellen sollte, dass es an irgendeiner Stelle zu unzuträglichen Belastungen etwa für kleine und mittlere Unternehmen führen würde - was nach dem, was wir wissen, nicht der Fall sein kann -, wird das so nicht realisiert, Herr Kollege, damit Sie da ganz klar sehen. Das sind so Zeilen, die Sie für einen Tag setzen können; sie sind am nächsten Tag beiseite gewischt.

Ich will dann auch noch etwas zu BSE und MKS sagen: Herr Kollege, Sie haben ja freundliche Worte an die Adresse von Frau Kollegin Höhn gefunden. Sie haben sie dann allerdings gleich wieder relativiert. Das ist vielleicht auch ganz gut so, wenn ich Ihre Bemerkung lese: "Sie schwimmen zurzeit auf einer Woge der Popularität." - Nein, sie zehrt offensichtlich davon, dass sie Recht gehabt hat mit ihrer Kritik an der Landwirtschaftspolitik, die überwiegend Sie zu vertreten haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Herr Kollege, so geht das nicht. Es ist nun einmal so. Ihre Ausführungen nützen gar nichts. Ab und zu müssen wir aussprechen, wie die Lage ist. (D)

Sie gehören zu denjenigen, die mich ständig angegangen sind und mir gesagt haben, was wir für eine fehlerhafte Landwirtschaftspolitik machen. Sie gehören aber auch zu denen, die in Ihrer Fraktion diese bisherige Landwirtschaftspolitik mit Haut und Haaren verteidigt haben. Das ist die Realität.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU - Theodor Kruse [CDU]: Was hat das mit der Sache zu tun?)

Davon werden wir jetzt Schritt für Schritt abrücken.

Kollege Rüttgers sagte vorhin: "Es gibt immer noch kein Hilfsprogramm für die notleidende Landwirtschaft in NRW. Es gibt vor allem immer noch keine Zukunftsperspektive für mehr als 95 % der Landwirte, die konventionell arbeiten. Die Förderung der Bio-Bauern allein reicht nicht."

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

- (A) Das weiß Frau Kollegin Höhn. Das wissen wir alle. Es wird in Zukunft mehr Bio-Landwirtschaft geben. Davon gehen alle aus. Ich vermute, davon gehen auch Sie aus. Für die konventionelle Landwirtschaft hätte ich gerne einmal Ihre Vorschläge gehört. Was haben Sie denn dazu beizutragen? -

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Sie haben sich doch immer als Experten geriert. Ich habe mich in meinem ganzen Leben noch nicht als Landwirtschaftspolitiker geriert. Aber Sie haben das ununterbrochen getan. Sie haben gleichwohl die Landwirtschaftspolitik vor die Wand gefahren. Jetzt stellen Sie sich hier hin und beklagen Frau Höhn. Sie sollten lieber sagen, was Sie nun wollen. Sie müssen einmal die Kurve kriegen. Nichts Konkretes haben Sie jedoch vorgebracht.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Was die Situation der Landwirtschaft jetzt angeht, so gibt es noch einigen Diskussionsbedarf, auch wenn die Belastungen der Landwirte nicht so hoch sind, wie das ursprünglich befürchtet worden ist. Bisher sind die zusätzlichen Belastungen durch die gegenwärtigen Krisen - die Schnelltests, die Impfungen und alles andere, was dort vorgenommen werden muss - nicht in solchen Dimensionen zu sehen, wie es immer beschrieben wird.

(B)

Die Belastungen sind nicht so hoch, wie das ursprünglich befürchtet worden ist. Aber dennoch sind wir unverändert mit dem Bund im Gespräch. Es gibt zudem Gespräche zwischen allen Bundesländern und dem Bund. Ziel dieser Gespräche ist es, einen Weg zu finden, um die Landwirte zu entlasten. Diese Entlastungen sollten dann aber tatsächlich den Landwirten zugute kommen, die darauf angewiesen sind. Darüber reden wir.

Wir haben mit der Landwirtschaft insgesamt, mit den Experten und mit den Landwirten, Gespräche geführt. Wir sprechen mit denjenigen, die in der Landwirtschaft Verantwortung tragen. Wir sprechen mit denjenigen, die sich Sorgen machen. Mit all denen reden wir natürlich über ein Umsteuern der Landwirtschaftspolitik.

Sie wissen, dass Frau Kollegin Höhn zu dieser Umsteuerung ein Papier vorgelegt hat. Auch das haben wir mit den Landwirtschaftsexperten aus Nordrhein-Westfalen bereits diskutiert. Dieses

Papier werden wir in Kürze in der Landesregierung verabschieden, und zwar mit einem Inhalt, der sich aus all diesen Gesprächen ergibt. So klar, meine Damen und Herren, ist das in Nordrhein-Westfalen, und genau so handeln wir. (C)

Wir setzen mit diesem Haushalt unsere erfolgreiche Arbeit in der Regierungskoalition fort. Es tut mir Leid, aber ich kann, Herr Kollege Möllemann, keinen Vorwurf darin erkennen, dass Sie sagen, wir arbeiteten zu reibungslos. Wir haben uns darauf verlassen, dass Sie immer für den Unterhaltungseffekt in der Landespolitik sorgen.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In der letzten Zeit hat sich das ein bisschen reduziert. Sie waren viel unterwegs. Das Ergebnis ist okay. Da will ich gar nicht böse sein.

(Zuruf des Jürgen W. Möllemann [F.D.P.])

- Sie waren in Baden-Württemberg und in Rheinland-Pfalz.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Warten Sie einmal ab!)

- Ja, ja. Sie haben das Addieren gelernt.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: 8,1 %!)

- Ja, ja. Sie haben gelernt, 7,5 % und 7,5 % zusammenzuzählen. (D)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: 8,1 %! In beiden Fällen deutlich vor den Leuten, mit denen Sie zusammenarbeiten!)

- 8,1 % in einem Fall - okay. Sie haben Ihre Kollegen in diesen beiden Ländern geradezu animiert, es Ihnen nachzumachen. Teilweise wollte man Sie sogar übertreffen. Sie werden das sicher in Ruhe aufarbeiten. Wahrscheinlich müssen auch Sie Ihre Arbeitsweise ein bisschen umstellen. Aber dazu will ich Ihnen keine Ratschläge gebe.

Ich halte von unserer Methode, reibungslos zu arbeiten, Projekte abzuarbeiten und dieses Land nach vorne zu bringen, so wie wir das tun, sehr viel. Wir geben zusätzliche Impulse.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben die Projekt Ruhr GmbH auf den Weg gebracht. Ich würde gerne eine der nächsten Gelegenheiten nutzen, um Ihnen vorstellen zu kön-

(Ministerpräsident Wolfgang Clement)

(A) nen, was wir im Ruhrgebiet auf den Weg bringen. Übrigens geschieht das unter absolut offener Beteiligung aller Oberbürgermeister, Bürgermeister und Landräte des Ruhrgebiets.

Die schaffen es, über parteipolitische Schemata hinwegzukommen. Dort wird dieser Prozess sehr aufmerksam begleitet. Das ist sehr wichtig, denn wir können es uns nicht leisten, noch fünf Jahre mit Organisationsdebatten zu verbringen. Wir müssen vielmehr die Projekte nach vorne bringen.

Ich möchte über das Projekt der Projekt Ruhr GmbH, die Triennale unter der Leitung von Gerard Mortier - auf die ich mich freue -, reden. Wenn über dieses Land geredet wird, dann möchte ich gern über die Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens und das, was sich hier tut, reden. Vieles tut sich auf diesem Felde.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

In Berlin und überall dort, wo ich hinkomme, werden wir darum beneidet, dass Gerard Mortier hierher kommt. Nur in diesem Land hört man davon nichts. Deshalb will ich an dieser Stelle einmal erwähnen, was sich bei uns alles tut.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(B) Meine Damen und Herren, in diesen Zusammenhang gehören auch die modernen Verkehrsprojekte sowie weitere innovative Programme - beispielsweise "Jugend in Arbeit", "Job-Rotation" etc. Ich habe versucht, möglichst viel davon aufzuzählen.

Wir haben gestern im Kabinett einen Wachstums- und Beschäftigungspakt Ruhr vereinbart, mit dem sich die beteiligten Partner auf das Ziel festlegen wollen, im Ruhrgebiet bis zum Jahr 2005 rund 200.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist überaus ehrgeizig.

Wenn man sich dieses Projekt in der Stadt Dortmund anschaut, dann wird vieles deutlich. Die haben sich einiges vorgenommen. Auch in den anderen Städten des Ruhrgebiets kommt regelrecht eine Bewegung in Gang. Darauf setzen wir.

Deshalb muss ich Ihnen ganz offen sagen: Wenn Sie nicht wahrnehmen, was sich im Land tut, dann ist das ein Mangel an Bewegungskompetenz bei Ihnen. Sie nehmen das nicht wahr, weil Sie an den entscheidenden Stellen nicht vor Ort sind. Das Land ist in Bewegung. Das Land ist in einer sehr positiven Bewegung.

Wir machen unser starkes Land - das ist unsere Absicht - mit der rot-grünen Koalition und mit der Landesregierung durch eine energische und durch eine zielgerichtete Politik noch stärker. Dieser Haushalt für das Jahr 2001 ist ein wichtiger Teil unserer Arbeit, und wir bitten dafür um Ihre Unterstützung. (C)

(Lang anhaltender Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Präsident Ulrich Schmidt: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident Clement. - Das Wort hat für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Arentz.

(Beifall bei der CDU)

Hermann-Josef Arentz (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie haben eine Rede gehalten, bei der man nicht meinen konnte, dass Sie mit Ihrer Partei seit 35 Jahren regieren, sondern bei der man den Eindruck gewinnen konnte, als hätten Sie erst gestern angefangen. Das zeigt im Grunde, dass Sie selber wissen, dass die Ergebnisse Ihrer Regierungsarbeit längst nicht so schön und so gut sind, wie Sie versucht haben, diese hier darzustellen. (D)

(Beifall bei der CDU - Edgar Moron [SPD]: Aber schön sind sie doch!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will eine Vorbemerkung machen: Wer es nötig hat, so menschlich mies über den Kollegen Böhr zu reden, wie es der Herr Ministerpräsident hier am Anfang seiner Rede getan hat, zeigt viel von seiner Persönlichkeitsstruktur.

(Beifall bei der CDU)

Im Übrigen, lieber Herr Clement, muss ich Ihnen sagen: Christoph Böhr hat 2 % mehr bekommen als die Lichtgestalt Ute Vogt. Die ist noch nicht einmal in den Landtag gewählt worden. Wenn schon, dann vergleichen Sie bitte richtig. Ich gebe zu - das ist der einzige Punkt -: Frau Vogt ist sympathischer als Sie. Aber das Ergebnis, das sie eingefahren hat, ist nun weiß Gott kein Grund für Sie, hier Jubelarien zu singen.

(Beifall bei der CDU)

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) Meine Damen und Herren, ich möchte vorneweg auf einen weiteren Punkt eingehen, weil er mich in der Diskussion unglaublich gestört hat: Das war die Art und Weise, wie sowohl der Kollege Moron als auch die Kollegin Löhrmann mit dem Thema "Nation" umgegangen sind.

(Lachen bei SPD und GRÜNEN)

Der Kollege Moron hat sich hier hingestellt und verkündet: Ihr habt nicht mehr zu bieten als den Stolz auf wer weiß was. - Darauf kann ich nur erwidern: Das ist ein Verhältnis zum eigenen Land und zum eigenen Volk, Herr Kollege Moron, für das Sie sich wirklich schämen sollten.

(Beifall bei der CDU)

Wer ein solches Verhältnis zu seinem eigenen Land und zu seinem eigenen Volk dokumentiert, der ist nicht in der Lage, mit Leidenschaft und Liebe Politik für dieses Volk und dieses Land zu machen. Das ist der ganz entscheidende Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Frau Löhrmann hat sich hier hingestellt und gefragt, wie das mit dem Integrationskonzept der Union zu vereinbaren sei. Dazu kann ich nur sagen: Nur der, der sein eigenes Volk akzeptiert, anerkennt und gern hat, hat auch die Chance, ein unverkrampftes und positives Verhältnis zu anderen Völkern zu haben. Das gehört zusammen.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Ich muss an die Adresse der Grünen auch noch folgende Bemerkung richten: Wissen Sie, ein Bundesminister, der aus seinem Briefkopf das Wort "Deutschen" streicht und nur schreibt, er sei "Mitglied des Bundestages", der zudem erklärt, er sei stolz darauf, noch nie in seinem Leben die Nationalhymne gesungen zu haben, der sollte sich überlegen, woher er kommt und für welches Land und für welches Volk er überhaupt Politik machen möchte.

(Beifall bei der CDU und bei einzelnen Abgeordneten der F.D.P.)

Dazu kann ich nur feststellen: Lesen Sie vielleicht einmal nach, was der Kollege Schultz-Tornau gestern in einem ausgesprochen beeindruckenden Leserbrief im "Handelsblatt" zu der Frage geschrieben hat: Verhältnis zum eigenen Land und zur eigenen Nation und Stolz. - Davon können Sie

eine ganze Menge lernen. Ich habe diesen Leserbrief jedenfalls mit außerordentlich hohem Respekt gelesen, weil er eine ganz saubere und richtige Darstellung der Verhältnisse ist. So sollten wir es hier denn auch halten.

(C)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

Ich möchte auf vier Themen eingehen, die der Ministerpräsident angesprochen hat: erstens auf den Komplex "Arbeit und Wirtschaft", weil er in der Tat das zentrale Thema ist, zweitens auf die soziale Gerechtigkeit, drittens auf Frage der Familien in diesem Land und viertens auf diesen ach so krachend seriösen, stabilen und bruchlosen Haushalt, den Sie uns hier vorgelegt haben.

Zunächst zu "Arbeit und Wirtschaft": Ich weiß nicht, wie sehr man die Wirklichkeit verdrängen muss, Herr Clement, um zu dem Ergebnis zu kommen, alles sei so unglaublich in Ordnung wie von Ihnen dargestellt. Tatsache ist, dass es in Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu dem, was Sie hier vorgetragen haben, eine ausgesprochen bedrückende Arbeitsmarktbilanz gibt. Wir haben in Nordrhein-Westfalen mit fast 40 % den höchsten Anteil langzeitarbeitsloser Menschen von allen Bundesländern. Wir haben in Nordrhein-Westfalen - darauf haben Sie hingewiesen; darauf hat auch der Kollege Moron hingewiesen - im Februar 5, 6 % weniger Arbeitslose gehabt als im Jahr davor. Aber im Oktober und November 2000 waren es noch 7,5 % weniger! Die Erholungstendenzen am Arbeitsmarkt drohen auszulaufen. Das ist eine schlimme Nachricht für die Menschen, die in unserem Land Arbeit suchen.

(D)

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich dann hier hinstellen und behaupten: "Wir sind an der Spitze der wirtschaftlichen Entwicklung" und die Gesundheitsinfrastruktur als Beispiel nennen; dann geht einem ob so viel Mut fast der Atem aus. - Zur Gesundheitsinfrastruktur: Der Investitionsstau bei den Universitätskliniken beträgt allein in Nordrhein-Westfalen 1,5 Milliarden DM. Sie aber bezeichnen das mit "an der Spitze der Bewegung". Die Krankenhäuser weisen einen Investitionsstau gemeldeter und von den Regierungspräsidenten geprüfter Anträge von 3,5 Milliarden DM auf. Sie betreiben seit Jahren die schleichende Enteignung der Krankenhausträger und führen die dann noch als Beweis dafür an, wir stünden an der Spitze der Bewegung. Das ist einfach nicht in Ordnung.

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

(A) Sie haben das Kapitel "Personal" angesprochen. Ich weiß gar nicht, ob Sie das wissen, Herr Clement: Aber in nordrhein-westfälischen Krankenhäusern sind sowohl beim pflegenden Personal als auch bei den Ärzten 15 % weniger Menschen pro Patient beschäftigt als in anderen Bundesländern. Da stellen Sie sich hier hin und tönen: Das ist ein Beleg dafür, dass wir an der Spitze des Fortschritts marschieren. - Dazu kann ich nur sagen: Das ist wirklich nicht wahr. Da haben Sie uns etwas erzählt, Herr Ministerpräsident, was der Prüfung nicht standhält.

Sie haben gesagt, die Zahl der offenen Stellen sei so hoch wie seit 30 Jahren nicht mehr. - Verehrter Herr Ministerpräsident, warum haben Sie nicht erklärt, dass die Zahl der offenen Stellen im Februar 2001 leider Gottes schon wieder um 2,1 % unter dem Wert von Februar 2000 liegt? Die Erholungstendenzen laufen aus. Gesundbeten hilft nichts, Herr Ministerpräsident. Sie müssen die Dinge schon sehen, wie sie sind.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben erklärt: Die Kinder sollen Arbeitslosigkeit nur noch aus dem Geschichtsbuch kennen. - Wer würde sich nicht wünschen, dass es so wäre!

(B) Die Jugendarbeitslosigkeit, Herr Ministerpräsident, haben Sie versichert, wollten Sie auf null bringen. Das ist ein gutes Ziel, das auch wir verfolgen. Aber warum haben Sie uns dann nicht vorgetragen, dass die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen im Durchschnitt 1999 bei 87.000 lag, im Durchschnitt 2000 bei 81.000 und Ende Februar 2001 bei 85.595? Wir haben hier nach wie vor riesige Probleme. Es ist eine Verhöhnung der Menschen, die Arbeit suchen, wenn Sie so tun, als sei alles in Ordnung und auf den richtigen Weg gebracht worden. Dies ist nicht der Fall.

Der Kollege Moron hat zum Thema "Wirtschaft und Arbeit" eine Rede gehalten, die an peinlicher Satttheit und Selbstzufriedenheit überhaupt nicht zu überbieten war. Es war ein "echter Moron"; das muss ich schon sagen.

Verehrter Herr Moron; Sie haben gesagt, es seien 5,6 % weniger als ein Jahr zuvor gewesen, aber verschwiegen, dass es im letzten Herbst noch 7,5 % weniger waren.

(C) Sie haben betont, wir hätten 2,1 % mehr Arbeitsplätze. Warum haben Sie das Hohe Haus nicht darüber aufgeklärt, dass es sich dabei fast ausschließlich um 630-DM-Verträge handelt, die, da jetzt sozialversicherungspflichtig, im Gegensatz zu früher mitgezählt werden?

"Trau keiner Statistik, die du nicht selbst gefälscht hast!" - Das war die Methode, nach der Sie vorgegangen sind, und das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Helmut Diegel [CDU]: Der kann nie rechnen!)

Wenn Sie denn seriös vorgegangen wären, Herr Kollege Moron, dann hätten Sie dem Hohen Hause berichten müssen, dass die Anzahl der bezahlten Arbeitsstunden sowohl im vorletzten Jahr als auch im letzten Jahr rückläufig gewesen ist. Das beschreibt die Wirklichkeit am Arbeitsmarkt hier in diesem Lande, und das beschreibt auch, dass wir einen riesigen Handlungsbedarf haben. Sie reden sich in Ihrer Satttheit und Selbstzufriedenheit an dem bestehenden Handlungsbedarf vorbei und geben damit den Leuten Steine statt Brot. Das lassen wir als Union nicht zu.

(Beifall bei der CDU)

(D) Sie haben gesagt, Investitionen in neue Arbeitsplätze würden sich auszahlen, und hervorgehoben, wie toll sie da doch wären. - Ja, dann werden wir auch weiterhin darüber reden, dass Sie allein 100 Millionen DM für 25 Arbeitsplätze bei HDO verplempert haben. Hätten Sie das Geld in die Meistergründungsprämie gesteckt, hätten Sie 25.000 Arbeitsplätze mit diesem Geld anstoßen können.

(Beifall bei der CDU)

Das ist eine Politik der Verschleuderung von öffentlichem Eigentum für Prestigeprojekte, die Sie betrieben haben, und das müssen Sie sich, weil es wahr ist, auch vorhalten lassen.

Herr Clement, Sie müssen sich bei Ihren Einlassungen schon entscheiden, ob wir hier in der besten aller Welten leben und es ganz toll nach vorne geht oder genau das Gegenteil Fakt ist. Sie können Ihre Meinung nicht je nach Lokal wechseln.

Heute haben Sie wieder gesagt: Wir sind an der Spitze. Es geht ganz toll nur nach vorne. - Das

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) haben Sie auch bei Ihrem Amtsantritt verkündet: Nordrhein-Westfalen zum stärksten aller Bundesländer zu machen sei Ihr Ziel. - Es wäre natürlich schlimm, wenn Sie dieses Ziel nicht hätten; das ist richtig.

Aber: Als Sie am 20. September 2000 bei der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände in Nordrhein-Westfalen gesprochen haben und Ihnen der Präsident der Organisation, Kirchhoff, vorgerechnet und dargestellt hat, wie die Lage wirtschaftlich aussieht, haben Sie das kommentiert mit:

"Es gibt kein Land im Westen Deutschlands, das innerhalb der letzten 20 Jahre wie wir 1,7 Millionen industrielle Arbeitsplätze verloren hat. Der Vergleich mit anderen Ländern - Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein oder wem auch immer - muss zu einer Schiefelage führen."

(Beifall des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

"Es gibt kein Land in Westdeutschland, das wie wir zurzeit im Steinkohlenbergbau monatlich 1.000 Arbeitsplätze abbaut. Es ist schwer, unter solchen Voraussetzungen mit den Wirtschaftsdaten anderer Länder mitzuhalten."

(B)

Dann hätten Sie sich wenigstens hier hinstellen und die Probleme benennen müssen. Dann hätten Sie sagen müssen: Wir sind noch nicht so weit wie die anderen. Wir sind schlechter als der Durchschnitt der Länder der alten Bundesrepublik, weil wir Probleme haben. Aber wir arbeiten daran. - Sie haben hier ein völlig falsches Bild gezeichnet, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Sie werden den Wachstumsrückstand des Landes, der ja seit 20 Jahren gegenüber dem Durchschnitt der anderen Länder der alten Bundesrepublik aufaddiert bei über 10 % liegt, nicht beseitigen, wenn Sie nicht den Investitionsstau in diesem Land beseitigen

Jürgen Rüttgers hat doch heute Morgen völlig zu Recht darauf hingewiesen - dass Sie das nicht gerne hören, verstehe ich -: ein Investitionsstau von allein 3,7 Milliarden DM bei den Krankenhäusern; das ist die Spitze des Eisbergs. Bei der Al-

- tenpflege - das haben die kommunalen Spitzenverbände heute Morgen ausgeführt - sind es gar 7 Milliarden DM. (C)

Übrigens: Es hat auch etwas mit Vernachlässigung von sozialer Gerechtigkeit zu tun, wenn man zulässt, dass gerade in solchen Bereichen, die für die Versorgung der Menschen von extremer Bedeutung sind, solche Investitionslücken entstehen. Das hat auch etwas mit sozialer Verantwortung zu tun, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der CDU)

Bei den Schulen - so Herr Stüber - bestehe ein Loch von 10 Milliarden DM. Beim Landesstraßenbau sind es 1,2 Milliarden DM, bei den Hochschulen 3,5 Milliarden DM, bei den Unikliniken 1,5 Milliarden DM. Es ist wahrscheinlich noch nicht einmal vollständig: 27 Milliarden DM Investitionsstau in Nordrhein-Westfalen!

Das hat etwas damit zu tun, dass Sie die Investitionsquote im Haushalt von 1980 bis heute von 22 % auf 9 % - Schlusslicht unter allen Bundesländern! - zurückgefahren haben.

(Beifall bei der CDU)

- Sie haben das Geld verplempert und in den Konsum gesteckt. Sie haben die Zukunft vernachlässigt, nicht an die Zukunft gedacht, die Investitionsquote runtergefahren, und heute stehen wir vor den Scherben, die Sie mit dieser Politik ange richtet haben. (D)

(Beifall bei der CDU)

Die Investitionsquote ist der eine Teil, bei dem wir dringend eine Änderung brauchen. Es ist wirklich schlimm, dass Sie alle Anträge unserer Fraktion - von wegen "keine Alternativen"; da haben Sie wider besseres Wissen geredet, Herr Moron -, die wir dazu mit Finanzierungsvorschlägen vorgelegt haben; schlicht und ergreifend abgelehnt haben.

Ich bleibe im Übrigen bei dem, was auch Jürgen Rüttgers gesagt hat: Sie machen eine mittelstands- und arbeitnehmerfeindliche Steuerpolitik, und wir werden es solange vortragen, wie die Steuersätze für Kapitalgesellschaften unter dem Strich günstiger sind als für Mittelständler und Arbeitnehmer.

(Beifall bei der CDU)

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) Dies ist unfair und ungerecht, und wir werden es solange anprangern, Herr Ministerpräsident, wie dieser unbefriedigende Tatbestand besteht.

Was Ihnen fehlt, ist der Mut, neue Wege zu gehen. Wir haben in der Enquete-Kommission "Zukunft der Erwerbsarbeit", die sich unter der Leitung von Professor Farthmann in der letzten Legislaturperiode mit der Lage am Arbeitsmarkt intensiv befasst hat, gemeinschaftlich - d. h. Sozialdemokraten und wir - gefordert: Wir brauchen flächendeckend Kombilohnmodelle und keine Versuche, also die Möglichkeit, einen niedrigen Verdienst mit einem steuerlichen Zuschuss so zu kombinieren, dass die Leute, die arbeiten, mehr haben als diejenigen, die nicht arbeiten. Ihnen fehlt der Mut, so etwas in die Wirklichkeit umzusetzen, und damit schaden Sie gerade denjenigen, die es aus eigener Kraft schwer haben, wieder in Beschäftigung und Arbeit zu kommen.

Gerade haben Sie sich wunderbar in Sachen Erbschaftsteuer aufgeregt, Herr Ministerpräsident. Wenn alles so problemlos wäre, wie von Ihnen dargestellt, frage ich mich: Warum haben die sozialdemokratischen Länder, die eine Neuregelung wollen, das erst einen Tag nach den Landtagswahlen, aber nicht einen Tag vor den Landtagswahlen der Öffentlichkeit mitgeteilt?

(B)

(Beifall bei der CDU)

Außerdem müssen Sie das Ganze im Paket sehen: Sie wollen die Erbschaftsteuer um 40 % hochsetzen. Den Sparerfreibetrag hat diese famose rot-grüne Bundesregierung halbiert. Die Einkommensgrenzen zur Förderung des Erwerbs eines Häuschens haben Sie ebenfalls halbiert. Und dieselben Leute, die all das machen, sagen, die Menschen sollten mehr Eigenvorsorge fürs Alter treffen. - Diese Position passt vorne und hinten nicht zusammen.

(Beifall bei der CDU)

Herr Moron hat eine neue Gründungswelle, hat die Selbstständigkeit angesprochen. Warum haben Sie uns verschwiegen, dass wir über 200.000 Selbständige weniger haben, als der Einwohnerzahl entsprechen würde, wenn wir die Selbständigenquote von Bayern hätten? Das sind immer noch 85.000 weniger, als es dem Bundesdurchschnitt entspricht. Wir hinken mit der Gründungsoffensive in diesem Land fürchterlich hinterher.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Wahrheit und darüber müssen wir miteinander diskutieren, weil jeder Existenzgründer im Schnitt nachher drei neue Arbeitsplätze schafft. Deswegen ist es keine Frage der Mittstandsinteressenpolitik, sondern für Arbeitnehmer genauso existenziell notwendig wie für diejenigen, die sich selbstständig machen, dass wir wirklich eine neue Politik in diesem Lande bekommen.

(C)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte etwas zur Sozialpolitik und zur sozialen Gerechtigkeit sagen. Beides hat hier - völlig zu Recht - bei allen Rednern eine Rolle gespielt. Der Ministerpräsident hat uns aufgefordert, wir sollten alles für einen Rentenkonsens tun. - Wir sind sehr dafür, alles für einen Rentenkonsens zu tun, wenn Sie endlich eine vernünftige Rentenreform auf den Tisch legen, die nicht die Leute über die Löffel barbiert und den Witwen auf Dauer die Witwenrente klaut. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sagen wir: Vor der anzustrebenden Einigung - Jürgen Rüttgers hat unsere Position vor zwei Tagen noch einmal deutlich gemacht -, die Sie im Übrigen unter dem Einfluss des Dauerbetonierers Lafontaine während der Amtszeit Norbert Blüms verweigert haben - auch das gehört zur Wahrheit der Rentenpolitik in Deutschland -

(D)

(Beifall bei der CDU)

ist es unbedingt notwendig, dass Sie den Anschlag auf die Witwenrente, nämlich diese zum Auslaufmodell zu degradieren, zurücknehmen. Deswegen muss das vom Deutschen Bundestag beschlossene Gesetz insoweit wieder geöffnet werden.

Ebenso erforderlich ist, die Förderung der privaten Eigenvorsorge nicht nur mit 20 Milliarden DM zu dotieren, sondern fair und gerecht auszugestalten. Das ist sie nämlich nach dem "Modell Riester" nicht.

Das betrifft u. a. die Förderung des Wohneigentums. Es ist eine irrwitzige Vorstellung, eine Förderung nur zu gewähren, wenn der Eigentümer sich verpflichtet, die Immobilie, wenn er in Rente geht, der Bank zu überschreiben. Das zeigt das dahinter steckende Eigentumsverständnis.

Dazu gehört auch - Sie müssten vielleicht erklären, wie Sie dazu kommen -: Sie fördern mit

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) 20 Milliarden DM die private Vorsorge, allerdings den alleinstehenden Spitzenverdiener mit 2.000 DM netto im Jahr, die Familie mit Durchschnittseinkommen und zwei Kindern jedoch nur mit 1.320 DM netto. Das hätten wir als Christdemokraten uns mai erlauben sollen! Sie hätten uns durch das ganze Land gejagt und diese schreiende Ungerechtigkeit beklagt.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das machen, ist das kein bisschen besser, als wenn wir es gemacht hätten. - Hier muss mehr Gerechtigkeit hinein, bevor wir diesem Rentenkonsens beitreten und zustimmen können.

Kollege Moron hat den etwas hilflosen Versuch unternommen, sozusagen als Chefverteidiger des Ministerpräsidenten auch noch die Sozialpolitik des Landes schönreden zu wollen. Das hätte er besser sein lassen sollen, denn dazu könnte man in der Tat viel sagen.

Stiftung Wohlfahrtspflege. Man hat ausnahmsweise in diesem Jahr seitens der Landesregierung darauf verzichtet, dem Landtag vorzuschlagen, die Mittel wieder zu kürzen. Das ist aber auch alles, was man an Positivem sagen kann. Denn der der Stiftung zufließende Anteil der Spielbankenerträge nimmt Jahr für Jahr ab, weil zwar immer mehr eingespielt wird, aber auch immer mehr in die Kasse des Finanzministers geht und für die Alten- und Behindertenarbeit ein immer geringerer Anteil zur Verfügung steht. Das ist die Wahrheit, und das sollten Sie sich im Jahr des Ehrenamtes merken, weil insbesondere ehrenamtliche Initiativen mit diesen Mitteln gefördert werden. Das ist der erste Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Zweitens hat Herr Kollege Moron behauptet, bei den ambulanten komplementären Diensten gäbe es ein Plus. Na ja, Sie haben ein paar Mark gegenüber dem, was die Landesregierung vorgeschlagen hat, draufgelegt, aber gegenüber dem Jahre 2000 gekürzt. Das ist ein schönes Plus. Erst nehmen Sie jemandem alles weg, dann geben Sie ihm ein bisschen wieder und reden vom einem Plus. In Wahrheit sind Sie dabei, die komplementären ambulanten Dienste voll den Kommunen auf die Kassenseite zu schieben oder aber sie kaputtgehen zu lassen.

(Zuruf der Barbara Steffens [GRÜNE])

- Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir schon über Pflege sprechen, muss ich bemerken, dass der Ministerpräsident auch dazu nichts gesagt hat. Wie kommt eigentlich die Landesregierung, wie kommt der Sozialminister dieses Landes dazu, in Bezug auf die Hilfe für altersverwirrte Menschen einen Vorschlag zu machen, der im Grunde an Zynismus nicht zu überbieten ist? Er bietet nämlich an: Für Altersverwirrte wollen wir etwas tun. Sie sollen 900 DM extra im Jahr bekommen. Das sind 75 DM im Monat und 2,50 DM am Tag.

(Donata Reinecke [SPD]: Herr Arentz, schämen Sie sich!)

2,50 DM am Tag zur Betreuung altersverwirrter Menschen! - Sie hätten besser gar nichts gemacht oder Sie hätten mit uns gemeinsam verhindert, dass Herr Eichel in die Pflegekasse hat greifen und 400 Millionen DM an Beiträgen für Arbeitslosenhilfebezieher umbuchen können, womit er der Kasse den Spielraum genommen hat, vernünftig etwas für altersverwirrte Menschen zu tun, denn sie haben verdammt noch einmal Hilfe wirklich nötig.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, nun zur Familienpolitik. - Es war ein Stück aus dem Tollhaus, was heute Morgen im ersten Debattenbeitrag Herr Kollege Moron mit seiner Kritik an Jürgen Rüttgers geboten hat.

(Zuruf der Barbara Steffens [GRÜNE])

Damit Sie es noch einmal hören, will ich es Ihnen noch einmal sagen, wohl wissend, dass man die Dinge auch in der Familienpolitik immer weiter vorantreiben und verbessern muss. Das ist völlig klar. Aber wer so wie die Regierung von Helmut Kohl das Kindergeld von 50 DM auf 220 DM für das erste Kind angehoben hat, das heißt um 440 % verbessert hat, braucht sich nicht von denen kritisieren zu lassen, die in ihrer bisherigen Regierungszeit gerade 25 % hinbekommen haben.

(Donata Reinecke [SPD]: Prozentrechnung!)

Wer wie die Regierung Helmut Kohl ein Erziehungsgeld eingeführt hat, was es vorher über-

(C)

(D)

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) haupt nicht gab, wer wie die Regierung Helmut Kohl Erziehungsurlaub eingeführt hat, wer wie die Regierung Helmut Kohl Rente für Kindererziehungszeiten eingeführt hat, wer wie Norbert Blüm eine Pflegeversicherung geschaffen hat, die in erster Linie denen zugute kommt, die zuhause Angehörige versorgen und pflegen, der hat soviel für die Familien getan, dass er sich diese Angriffe hier nicht gefallen lassen muss.

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident kündigt an: Wir verwirklichen das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes auch noch in der nächsten Stufe. - Etwas anderes bleibt ihm gar nicht übrig, weil laut Urteil des Bundesverfassungsgerichts ab 2002, sollte der Gesetzgeber bis 2001 nicht tätig werden, ein Steuerfreibetrag von 12.000 DM gelten würde. Der Ehrlichkeit halber hätten Sie hinzufügen müssen: Bei einem Steuerfreibetrag von 12.000 DM im Jahr bekommt derjenige, der oben in der Steuerprogression liegt, ungefähr 600 DM netto im Monat Erleichterung. Sie gehen hin und wollen das Kindergeld gerade einmal von 270 DM auf höchstens 300 DM anheben.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Wolfgang Clement)

- (B) Das heißt, Spitzenverdiener werden beim Kindergeld nach Ihrer Familienpolitik doppelt so gut gefördert wie ein Normalverdiener. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, nennen wir schreiend ungerecht.

(Beifall bei der CDU)

Delikatessen für die oben, Schwarzbrot für die unten - dass Sie uns das als Sozialdemokrat schönreden wollen, hat schon einen gewissen Charme.

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Junge, Junge!)

Dann haben Sie gesagt, Herr Clement, das sei alles scheinheilig, was Jürgen Rüttgers zur Kinderarmut vorgetragen hat. - Wieso ist das scheinheilig? Er hat nur die Zahlen vorgetragen, die Ihre eigene Landesregierung veröffentlicht hat. Wir müssen auch über diese Tatbestände reden.

Dann haben Sie über die Bedeutung von Kinderbetreuungseinrichtungen gesprochen. - Im Prinzip

- ist das ja auch alles richtig; was Sie da gesagt haben. (C)

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Im Prinzip!)

- Deswegen im Prinzip, weil Ihre Politik anders aussieht, Herr Ministerpräsident. Wenn in einem Land wie Nordrhein-Westfalen 38,5 % der Mütter, die ein Kind unter drei Jahren haben, wieder erwerbstätig sind, aber nur für 3 % der Kinder unter drei Jahren eine Betreuungseinrichtung zur Verfügung steht, dann ist das eine Bankrotterklärung für die Familienpolitik dieser Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Dann sollten Sie keine neuen Untersuchungen in Auftrag geben und schöne Reden halten, sondern dafür sorgen, dass dieses Defizit an Betreuungseinrichtungen für Kinder qualifiziert und so schnell wie möglich verringert wird.

Und was legen Sie uns für einen Haushalt vor, Herr Ministerpräsident? Tolle Reden halten Sie hier. Was haben Sie vorgeschlagen? Bei Kinderbetreuungseinrichtungen und Kindergärten liegt Ihrem Haushaltsentwurf trotz des großen Bedarfs in diesem Bereich eine Kürzung von 8,9 Millionen DM zugrunde. Die Kürzung ist dann bei den Beratungen um 2,5 Millionen DM verringert worden. Es bleibt aber gegenüber dem Jahr 2000 ein Minus von 6,4 Millionen DM. Und dann tun Sie so, als wäre es Ihnen ein Herzensanliegen, die Betreuung von Kindern zu organisieren. Wenn das wirklich so wäre, müssen Sie eine andere Haushaltspolitik machen, als Sie sie gemacht haben. (D)

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, die Mittel - auch das ist ein wichtiger Punkt - für Erziehungs- und Familienberatungsstellen stagnieren in Nordrhein-Westfalen seit fünf Jahren auf einem erschreckend niedrigen Niveau. Wir hatten gestern bei uns in der Fraktion Professor Ftenakis zu Gast, der ja einer der ausgewiesenen Familienforscher ist. Professor Eftenakis hat darauf hingewiesen, dass 28 % der so genannten Scheidungskinder und sogar 47 % der Kinder aus geschiedenen Familien, bei denen sich der eine Partner wieder mit einem anderen zusammentut, auf eine Betreuung angewiesen sind, die familiär alleine nicht geleistet werden kann.

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (A) Und in dieser Situation lassen Sie die Mittel für die Erziehungsberatung und für die Familienberatung auf einem so niedrigen Niveau, dass den meisten, die Hilfe brauchen, diese Hilfe nicht gegeben werden kann.

Die Ernsthaftigkeit der Familienpolitik dieser Landesregierung wird von uns auch daran gemessen, wie Sie es denn mit einem Landeserziehungsgeld halten. Baden-Württemberg und andere Länder haben es eingeführt, und zwar schon zu dem Zeitpunkt, als das Bundeserziehungsgeld eingeführt worden ist. Nordrhein-Westfalen hat es bis heute nicht getan. Sie speisen die Familien mit warmen Worten ab, aber geben ihnen in Wirklichkeit nicht die Hilfe, die sie benötigen.

Zum Thema Familien und Hilfen gehört auch der Zustand unserer Schulen. Wenn wir nach Aussage der GEW - die ist ja unverdächtig, uns nach dem Munde zu reden, Herr Ministerpräsident -

(Ministerpräsident Wolfgang Clement: Uns auch!)

fast 5.900 Klassen mit mehr als dreißig Schülern haben, dann wird den jungen Leuten von Ihrer Regierung ein Stück Zukunft gestohlen.

- (B) (Beifall bei der CDU)

Das ist jugendfeindlich, kinderfeindlich, familienfeindlich und zukunftsfeindlich, was Sie an dieser Stelle mit Ihrer Politik hier machen.

(Beifall bei der CDU)

Dann hat der Ministerpräsident zur Unterrichtsgarantie eben gesagt: Keine einzige Stunde Unterrichtsausfall kann man ja überhaupt nicht organisieren.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Kann man auch nicht!)

- Ja, keine Stunde Unterrichtsausfall kann man nicht organisieren. Aber zwischen 20 % Unterrichtsausfall in bestimmten Schulformen und keiner Stunde ist eine große Bandbreite an Möglichkeiten.

(Beifall bei der CDU)

Sie sollten endlich einmal etwas tun, sehr verehrte Frau Steffens. Das ist nämlich genau der Punkt. Sie zeichnen einen Popanz. Sie sagen, keine Stunde Unterrichtsausfall geht nicht. Und

Sie weigern sich dann, das zu bekämpfen, was man bekämpfen könnte, nämlich einen gravierenden massenweisen Unterrichtsausfall, der dazu führt, dass wir unsere Kinder 13 Jahre bis zum Abitur zur Schule schicken und sie in 13 Jahren elfeinhalb Jahre Unterricht und eineinhalb Jahre Unterrichtsausfall gehabt haben. Damit stehlen Sie den Kindern die Zeit, die sie für ihr Leben brauchen. Damit werden im Übrigen auch der Gesellschaft die Menschen gestohlen, die wir brauchen, um in der Wirtschaft produktiv und erfolgreich zu sein. (C)

Das ist Ihre Schulpolitik. Und mit einer solchen Schulpolitik und einer solchen Bildungspolitik schaffen Sie im Grunde eine neue soziale Frage. Denn wenn - wie Jürgen Rüttgers zu Recht ausgeführt hat - allein die Eltern in Nordrhein-Westfalen 400 Millionen DM im Jahr an Nachhilfekosten haben, dann wird schulischer Erfolg oder Misserfolg wieder zu einer Angelegenheit des Geldbeutels.

Ich habe gedacht, darüber wären wir endlich hinweg. Dagegen haben Christdemokraten und Sozialdemokraten früher gemeinsam gekämpft, gegen eine solche Schulpolitik, bei der der Geldbeutel der Eltern über den Erfolg der Kinder entscheidet. Wir sind in Nordrhein-Westfalen dank Ihrer Politik wieder da angekommen, wo wir einmal waren. (D)

(Beifall bei der CDU)

Der Ministerpräsident hat gesagt, der Haushalt sei ein Werk ohne Risse und Brüche und hat die Rating-Agentur Moodys zitiert, die bestätigt haben, wie gut er wäre. - Meine Damen und Herren, es wird Sie nicht verwundern, dass wir uns dieser tollen Bewertung nicht anschließen können. Dafür gibt es zwei Gründe.

Der eine Grund ist: Wenn denn der Haushalt wirklich so toll wäre wie er uns hier dargestellt worden ist, warum hat denn dann am Schluss seiner Rede der Kollege Moron einen dramatischen Appell an die Landesregierung gerichtet, die Handlungsfähigkeit durch Einsparungen bei allen möglichen Förderprogrammen und durch Maßnahmen im Personalbereich wieder herzustellen? Wenn das alles so gut wäre, wäre das doch wohl nicht nötig. Das macht man doch nicht aus Daffke.

Das war vielmehr das Eingeständnis, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine katastrophale Haus-

(Hermann-Josef Arentz [CDU])

(A) haltslage haben. Wir haben Ende des Jahres 2001, für das wir jetzt den Haushalt beschließen, 167 Milliarden DM Schulden angehäuft. Sie haben die in 35 Jahren sozialdemokratisch geführter Landesregierung angehäuft. 167 Milliarden DM sind fast der zweifache Umfang eines Jahreshaushalts des Landes Nordrhein-Westfalen. Um nur die Zinsen für diese 167 Milliarden DM Schulden zu bedienen, müssen Sie 8,6 Milliarden DM in diesem Jahr bezahlen. Sie geben mehr für Zinsen aus als für die Ministerien für "Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz", "Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit" und "Arbeit und Soziales, Qualifikation und Technologie". Diese drei Ministerien zusammen mit all diesen Themen haben weniger Mittel im Haushalt zur Verfügung als Sie allein für Zinsen ausgeben.

Das ist - mit Verlaub gesagt - keine Frechheit, sondern das ist die desaströse Wahrheit und Wirklichkeit, die Sie in Nordrhein-Westfalen hergestellt und zu verantworten haben.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen sage ich Ihnen in einer Gesamtbewertung Ihrer Politik und Ihres Haushaltes:

(B) (Zuruf des Ministers Ernst Schwanhold)

Es ist genau so, wie es heute Morgen der Fraktionsvorsitzende der CDU gesagt hat: Es ist Versagen auf der ganzen Linie.

(Minister Ernst Schwanhold: Unverschämt!)

Diese Regierung ist nicht mehr in der Lage, die Probleme zu lösen. Die Aufregung des Wirtschaftsministers über die Konfrontation mit der Wirklichkeit macht die Wirklichkeit auch nicht besser. Die rot-grüne Landesregierung hat keine Schwerpunkte, keine Visionen, keine Ziele. Sie sieht verdammt alt aus und ist krachend unsozial und ungerecht! - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Arentz. - Für die Fraktion der SPD erteile ich jetzt dem Kollegen Vöge das Wort.

Horst Vöge (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Da war er wieder, der Kollege

Arentz, der noch mal geübt hat, diesmal nicht für den CDA-Landesvorsitz-, sondern für den CDA-Bundesvorsitz. Er hat erneut versucht, mit einer Katastrophenlyrik der CDU uns die Sinne zu benebeln. (C)

(Zuruf von der F.D.P.: Was?)

Er beginnt mit einer gewissen Pflichtprosa, die die Aussage "Ich bin stolz, dass ich Deutscher bin" belegt - als führendes CDU-Mitglied musste das sein -, und setzte dann seine Angriffe z. B. mit der Rentenfrage fort.

Wenn ich mir den Pressespiegel von heute ansehe und mir quer durch die Presselandschaft die Reaktionen auf das Verhalten der CDU, die Rentengespräche abzurechnen, ansehe - was ich fürchterlich finde, weil wir in der Rentenpolitik ähnlich wie in der Gesundheitspolitik einen Konsens mindestens zwischen den beiden großen Parteien brauchen -, fällt mir auf, dass seitens der versammelten Presse der CDU nicht geglaubt wird und dass die CDU hier eine Glaubwürdigkeitslücke hat. Man spricht von "Theaterdonner zur Rente". Unter anderem schreibt die "Kölner Rundschau":

"Die Union hat sich verrannt. Ihr derzeitiger Kurs in der Rentenpolitik zahlt sich nicht aus, nicht für die Partei und schon gar nicht für die Arbeitnehmer und die Rentner." (D)

So ist es. Sie sind unglaublich. Sie wollen aus rein taktischen Motiven mit Blick auf die Bundestagswahl die Frage der Rentenpolitik zu einer sozialen Frage hoch reden. In Wirklichkeit ist es reine Propaganda, eine reine wahlstrategische Frage für die CDU - auf Kosten der Bürger, auf Kosten der Rentner unseres Landes.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Frage des sozialen Gewissens, Herr Kollege Arentz, zitieren Sie ansonsten die Seismographen unserer Gesellschaft innerhalb Nordrhein-Westfalens, insbesondere wenn es um Haushaltsfragen geht.

Wir hatten intensive Gespräche mit dem DGB. Hier ging es um Fragen der Arbeitsmarktpolitik und deren Weiterentwicklung. Hier haben wir als Land ausdrücklich eine gute Note seitens des DGB bekommen. Jawohl, wir befinden uns im Rahmen der Arbeitsmarktpolitik auf dem richtigen Weg.

(Horst Vöge [SPD])

- (A) Die Wohlfahrtsverbände, die Sie sonst immer zitieren, schreiben uns, und sie haben Ihnen auch geschrieben. Ich möchte mit Genehmigung des Präsidenten zwei Sätze zitieren, weil Sie immer wieder versuchen, eine Katastrophenlyrik aufzubauen, als ob wir uns - ich möchte fast sagen - in einem sozialen Entwicklungsland oder als ob wir uns noch im letzten Jahrhundert befinden würden.

Die Wohlfahrtsverbände schreiben uns:

"Der Erfolg des Landes Nordrhein-Westfalen in den vergangenen Jahren ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass es gelungen ist, in dieser Gesellschaft bei aller Pluralität und Individualisierung gesellschaftlich tragende Werte mit demokratischem Grundverständnis und sozialer Verantwortung immer wieder neu zu vermitteln und lebendig zu halten."

Jawohl, das war immer die Richtung, die wir als Sozialdemokraten getragen haben. Wir wollen - damit werden wir von den Wohlfahrtsverbänden unterstützt - die soziale Verantwortung lebendig halten.

Sie schreiben weiter:

- (B) "Die Ziele der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit der Lebensverhältnisse im Land haben die gesellschaftliche Stabilität und Identifikation der Bürgerinnen und Bürger in ihrem Land, in unserem Land gestützt."

Genau das ist die Richtung. Kollege Arentz, Sie erzählen hier die Unwahrheit über die reale soziale Lage in unserem Land. Sie wollen aus durchaus verständlichen Gründen Propaganda betreiben, etwas schlechtreden. Sie sind da zumindest haar-scharf an der Realität vorbeigerutscht.

(Beifall bei der SPD)

Natürlich ist auf dem Arbeitsmarkt, Kollege Arentz, nicht alles in Ordnung. Jawohl, wir möchten gerne mehr leisten. Darum haben wir auch neue Instrumente. Darum sind auch die EU-Programme regionalisiert worden. Darum sind "START", "Jobrotation", "Transfergesellschaft", "Jugend in Arbeit", "JUMP" und das Engagement des Ministerpräsidenten, damit mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, erfolgreich.

Wir müssten noch mehr drauflegen; da haben Sie völlig recht. Ich vermisste aber, dass Sie zu Fragen

- (C) der Arbeitsmarktpolitik keinen Antrag gestellt haben: Wie können wir etwas verbessern? Wie können wir etwas verändern?

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie haben sowieso alle Anträge abgelehnt!)

Nur zu sozialen Wirtschaftsbetrieben haben Sie den Antrag gestellt, die Ansätze zu mindern oder zu streichen. Ansonsten haben Sie nichts gesagt. Es kam überhaupt nichts.

Sie sprechen immer wieder die Frage des Kombi-lohns an. Einverstanden, darüber sollten wir reden.

(Hermann-Josef Arentz [CDU]: Sie haben dem zugestimmt!)

Sie haben aber keinen einzigen Antrag im Ausschuss gestellt, auch keinen Antrag zum Haushalt, der die Frage des Kombi-lohns problematisiert. Sie haben ebenso keinen Antrag dazu im Plenum gestellt. Sie bringen das einmal im Jahr als Grundsatzfrage ein. Sie tragen das wie eine Monstranz vor sich her. In Wirklichkeit haben Sie nicht die Absicht, diese Dinge einmal ernsthaft zu diskutieren.

- (D) Zur Frage der Altenpolitik: 7 Milliarden DM Investitionsstau im Bereich der Pflege. Über diese 7 Milliarden DM müssen wir diskutieren. Wir haben diesen Investitionsstau auf ca. zehn Jahre. Wir wissen sehr wohl: Die Kommunen haben in dem Bereich in den letzten Jahren einen Vorteil von 1,7 Milliarden DM aufgrund des Landespflegegesetzes gehabt. Wir dürfen uns aber nicht auf die Position zurückziehen, die Kommunen hätten einen Vorteil von 1,7 Milliarden DM gehabt und müssten daher zukünftig die Last selbst tragen.

Wir müssen mit den Kommunen diskutieren, wie wir diesen Investitionsstau beseitigen. Wir müssen uns seitens des Landes auch beweglich zeigen. Da müssen wir uns auch über die Fragen von privaten Investitionen und von Pflegegeld unterhalten, wie wir das alles zusammenbringen wollen und wie wir auch den Wohlfahrtsverbänden helfen können.

Ich glaube, es hilft nicht weiter, wenn wir dogmatisch auf einer Position beharren. Das hilft weder den älteren Bürgerinnen und Bürgern, es hilft auch nicht den zu Pflegenden. Es hilft auch nicht den Kommunen. Es hilft uns auch im Lande nicht.

(Horst Vöge [SPD])

- (A) Zur Frage der Demenz, der Altersverwirrtheit: Herr Kollege Arentz es war ein grundsätzlicher Webfehler - ich behaupte, das wussten damals alle -, dass Demenz auch aus Kostengründen nicht mit in die Pflegeversicherung aufgenommen wurde. Dieser grundsätzliche Webfehler zeigt jetzt seine Schattenseiten. Das Problem wird erheblich größer. Ich bin auch der Meinung, dass das, was der Bund uns zurzeit präsentiert, nicht ausreicht. Das habe ich bereits in der vergangenen Woche gesagt.

Deshalb plädiere ich sehr dafür, dass wir zweigleisig vorgehen, dass wir uns zum einen in der Stiftung Wohlfahrtspflege über Modelle und uns gleichzeitig über ein Landesprogramm unterhalten, wie wir zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden, mit den auf dem Pflegemarkt Tätigen und mit den in der Pflege engagierten Bürgerinnen und Bürgern einen gemeinsamen Weg beschreiten, der etwas mehr vorsieht, als uns vonseiten des Bundes angeboten wird.

Gleichzeitig sagen wir, dass wir für den Bereich komplementärer ambulanter Dienste das Jahr 2002 als Endpunkt ansehen. Wir haben dieses Programm noch einmal um zwei Jahre verlängert mit einer entsprechenden kommunalen Beteiligung bis zum Jahr 2002. Dann muss Schluss sein. Die Verantwortung hierfür ist im Landespflegegesetz grundsätzlich festgehalten worden. Wir halten komplementäre ambulante Dienste für gute Dienste, aber in diesem Fall ist die kommunale Verantwortung größer als die Verantwortung des Landes.

- (B) Die Bürokratie in den Pflegeheimen macht uns Sorge, insbesondere, dass die Kassen, die Pflegekassen und Krankenkassen, im Rahmen der Protokollführung erheblich mehr von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern fordern, sodass erheblich viele Arbeitsstunden zur Dokumentation von Pflegeatbeständen verwendet werden. Wir müssen zusammen mit dem Bund dafür sorgen, dass wir mehr Zeit für die Pflege der einzelnen Menschen haben als für das Ausfüllen von Protokollen.

Wir haben noch etwas mehr im Land getan als das, was Sie beschrieben haben. Sie haben das völlig verdrängt. Wir haben mehr Geld für die Hospize und für das ehrenamtliche Engagement in den Hospizen zur Verfügung gestellt, weil wir seitens der SPD und seitens der Bündnisgrünen - wenn ich für sie das sagen darf - ein Zeichen setzen wollen, indem wir zum Ausdruck bringen,

- (C) dass uns Sterbebegleitung wichtiger als Sterbehilfe ist. Das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für den Sterbenden ist uns wichtiger als Sterbehilfe. Wir wären dankbar gewesen, wenn Sie das deutlich aufgegriffen hätten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Wir haben auch etwas bezüglich der Krebsberatung unternommen. Wir haben uns für die Menschen engagiert, die an Krebs erkrankt sind, und haben neue Signale gesetzt, um den Menschen im Rahmen der Beratung und im Rahmen der Koordinierung zu helfen. Das hätten Sie auch einmal erwähnen können. Sie haben das schlicht und einfach in Ihrem Programm vergessen.

Im Rahmen der Drogenpolitik haben wir zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt,

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

um insbesondere die Prävention und niedrigschwellige Angebote zu stärken. Ich wäre dankbar gewesen, wenn Sie das auch erwähnt hätten.

Meine Damen und Herren, insgesamt gesehen empfand ich die Rede von Herrn Kollegen Arentz deplatziert und scharf an der Wahrheit vorbei. Ich halte den Haushalt für sozial ausgewogen und bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

(D) **Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Vöge. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Steffens das Wort.

Barbara Steffens¹⁾ (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe die heutige Debatte über die Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik vonseiten der CDU-Fraktion als extrem scheinheilig empfunden. Herr Arentz, bezüglich der Arbeitsmarktpolitik - das hat Herr Vöge bereits gesagt - wundert es mich wirklich, dass Sie behaupten, die Arbeitsmarktpolitik in Nordrhein-Westfalen sei katastrophal. Sie haben nichts, aber auch gar nichts, inhaltlich im Ausschuss zu dem Thema beigetragen. Sie haben, wie Herr Vöge schon gesagt hat, die sozialen Wirtschaftsbetriebe, die wir immer sehr propagiert haben und die sehr erfolgreich sind, als Deckungsvorschlag für nicht arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Disposition gestellt.

(Barbara Steffens [GRÜNE])

- (A) Das heißt, das, was Sie von der Arbeitsmarktpolitik dieses Landes halten, muss faktisch sehr viel mehr sein als das, was Sie heute zum Ausdruck gebracht haben; denn sonst hätten Sie andere Konzepte vorlegen können oder vorlegen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zu den Punkten, die Sie vorhin angemahnt haben, zum Beispiel die Stiftung Wohlfahrtspflege: Auch ich bin in der Stiftung Wohlfahrtspflege vertreten und bin der Auffassung, das es nicht nur darum geht, die Mittel aufzustocken - auch wenn ich das mit Sicherheit begrüßen würde -, sondern es geht auch darum, inhaltlich und konstruktiv zu überlegen, welche effizienten Maßnahmen die Stiftung ergreifen kann.

Andererseits geht es auch darum zu überlegen, welche Defizite, die innerhalb der Gesetzgebung vorhanden sind, der politische Raum ausgleichen und auffangen kann. All das, was Sie in der Vergangenheit zu dieser Stiftung beigetragen haben, ist aber nicht das, was unbedingt der Effizienz dieser Stiftung dienlich war.

(Zuruf des Hermann-Josef Arentz [CDU])

- (B) - Ich glaube nicht, dass es immer der verzweifelte Kampf um den Bestand der Mittel war. Die Mittel sind in diesem Jahr überhaupt nicht zur Disposition gestellt worden. Niemand hat versucht, sie zu kürzen. Das hat aber auch nicht zur qualitativ höheren Arbeit beigetragen. Daher bin ich der Auffassung, dass das Arbeits- und das Mittelvolumen bei Ihnen nicht unbedingt gleichbedeutend sind.

Als dritten Punkt haben Sie die komplementären ambulanten Dienste angesprochen. Ich finde es langsam langweilig, dass Sie uns jedes Mal sagen, wir würden sie ausbluten lassen, und wir Ihnen jedes Mal wieder sagen müssen: Herr Arentz, Sie müssten es doch endlich verstanden haben - das ist gesetzlich geregelt -, dass das eine kommunale Aufgabe ist. Nicht wir sind diejenigen, die die Aufgabe nicht erfüllen, sondern die Kommunen erfüllen sie nicht.

Wir leisten sogar freiwillig 50 % der Mittel in der Übergangsphase, damit die Kommunen - auch die schwarzen Kommunen - in Nordrhein-Westfalen endlich ihre gesetzliche Verpflichtung wahrnehmen, ihre Aufgaben begreifen und in die Finanzierung einsteigen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

- (C) Sorgen Sie vor Ort dafür, dass Ihre Kommunen in die Finanzierung einsteigen! Dann werden wir mit den komplementären ambulanten Diensten in Nordrhein-Westfalen überhaupt kein Problem haben.

Über den Punkt Demenzerkrankungen, den Sie wieder angesprochen haben - das ist heute bereits Ihr siebter Aufguss gewesen -, haben wir bereits mehrfach diskutiert. Sie hätten es damals im Bund bezüglich der Pflegeversicherung anders lösen können. Selbst Herr Zylajew aus Ihren Reihen hat im Rahmen einer Podiumsdiskussion klar gesagt: Natürlich haben wir es damals nicht gemacht, und natürlich hätten wir es damals machen müssen, aber das war eine Frage der Finanzierung.

Sie waren damals auf Bundesebene zu feige, das durchzusetzen, und uns wird es jetzt zur Last gelegt. Das ist ziemlich verlogen und heuchlerisch.

(Beifall bei der SPD und des Johannes Remmel [GRÜNE])

- (D) Im Grunde genommen will ich aber auf Ihren Redebeitrag im Detail gar nicht mehr eingehen, weil vieles nur Aufgüsse sind. Lieber möchte ich noch einmal ein paar Sätze zu dem sagen, was wir hier und heute von Herrn Rüttgers an neuem sozialpolitischen Outing gehört haben.

Ich finde es schon erstaunlich, dass sich eine Fraktion, die auf Bundesebene aus der Regierungsverantwortung abgelöst worden ist, weil sie wegen ihrer sozialen Kälte in der Bevölkerung keine Akzeptanz mehr hatte, hier hinstellt und jetzt auf eine sehr schräge Art und Weise das soziale Gewissen spielt.

Ein paar Belege: Herr Rüttgers hat die wunderbare Erkenntnis vorgetragen, dass - ich zitiere einmal, was Herr Rüttgers eben gesagt hat - die Armut insbesondere von Mädchen schmerzlich erlebt wird, weil die Mode ein wichtiges Mittel ist, soziales Ansehen unter Gleichaltrigen zu erlangen. - Wir als Grüne haben in sozialpolitischen Debatten immer wieder angemahnt, dass es um mehr geht als nur um die Ernährung. Aber war es nicht die CDU im Bund, die den Zahnersatz für Kinder abgeschafft hat, damit man jedem Kind schon im Gesicht ansehen kann, ob es arm oder vermögend ist?

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

(Barbara Steffens [GRÜNE])

- (A) Ich erinnere mich an den Wahlkampf zurück: Ich habe mit Rüttgers und Reul in meiner damaligen Rolle als Landesvorstandssprecherin auf verschiedenen Podiumsdiskussionen zusammengesessen. War es damals nicht die CDU, die immer vom "Missbrauch von Sozialhilfe" geredet hat, von den "Sozialhilfeempfängern in Hängematten", vom "Leben ins Saus und Braus"? War es nicht die CDU, die Sozialneid geschürt hat? - Doch, das war die CDU hier in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Es würde mich wirklich glücklich machen, dass Sie jetzt zu der Erkenntnis gelangt sind, dass Armut mehr ist als ein Problem der Ernährung, dass es vielmehr ein Problem ist, das mit Gesundheit, der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, mit Bildung und vielen anderen Aspekten zu tun hat, ein Problem, dem man auf den verschiedensten Ebenen begegnen muss. Dazu gehört beispielsweise, dass man damit aufhören muss, in dieser Gesellschaft Sozialneid zu schüren.

(Beifall des Dr. Frank Freimuth [SPD])

- (B) Man muss auch zu einem anderen Punkt, den Sie eben erneut angesprochen haben, Überlegungen anstellen. Sie erwähnten den Kombilohn, der bewirkt, dass sich die Niedriglohnspirale nach unten immer weiter fortsetzt, statt dass eine Mindestlohndebatte geführt wird. Auch muss man darüber reden, warum sich die CDU immer wieder einer Grundsicherungsdebatte, bei der die Bedarfsdeckung im Vordergrund steht, entzogen hat, warum sie immer wieder Familien mit Einverdienern gegen Familien, die Sozialhilfe beziehen, ausgespielt und immer wieder die Sozialneiddebatte geführt hat.

Es geht auch um das Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich. Herr Arentz, Sie haben eben erneut die Erbschaftsteuer in Gänze verteufelt. Wie weit, frage ich Sie, wollen Sie zumindest aus der Oppositionssicht heraus die Schere noch öffnen, statt zu versuchen, Arm und Reich wieder näher zueinander zu rücken, für weniger Armut und auch für mehr Ausgleich zu sorgen?

Wir Grünen stehen für eine andere Politik. Wir haben immer angemahnt, dass Sozialhilfe nicht definitiv bedarfsdeckend ist, sodass in dem Bereich viel mehr getan werden muss. So brauchen wir in einem ersten Schritt zumindest eine Kinder-

grundsicherung, einen Zuschlag zum Kindergeld für einkommensschwache Familien, damit das volle Niveau des Kinderexistenzminimums erreicht wird. (C)

Herr Arentz, genau das werden wir im Bund machen. Im Gegensatz zu der Politik, die Sie seinerzeit im Bund betrieben haben, wollen wir eine Politik für die Menschen machen. Wir wollen, dass auch für die nicht Einkommensschwachen, die nicht von diesem Problem betroffen sind, die tatsächlichen Betreuungskosten wieder steuerlich abzugsfähig werden. Außerdem wollen wir im nächsten Jahr das Kindergeld auf 300 DM pro Monat anheben.

Ich glaube, dass wir uns weder als Grüne noch mit Rot-Grün auf Bundesebene oder in Nordrhein-Westfalen für unsere Sozialpolitik schämen müssen, dass wir zu wenig machten, sondern ich gehe davon aus, dass wir auf unsere Sozialpolitik stolz sein können. Das steht ganz im Gegensatz zu dem, was Sie in der Vergangenheit geleistet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Arm und Reich ist in unserer Gesellschaft wirklich ein Problem. Das gilt auch für zunehmende Kinderarmut, der man sich immer intensiver widmen muss. Viele Lösungsansätze werden gebraucht, weil man das Problem nicht mit einem einzigen Ansatz beheben kann. Der Debatte werden wir uns sehr intensiv stellen müssen. (D)

Warnen möchte ich allerdings vor einer Tendenz, die heute in einem Redebeitrag von Herrn Rüttgers mitgeschwungen hat. Ich glaube, dass die Stigmatisierung, die Sie damals vorgenommen haben, dass Sozialhilfeempfänger überwiegend Schmarotzer seien, jetzt einer neuen Stigmatisierung Platz macht. Ich erlebe eine Stigmatisierung, dass die Kinder, die ohne Frühstück in den Kindergarten kommen, arme Kinder sind.

(Lothar Hegemann [CDU]: Hören Sie langsam einmal auf mit diesem Blödsinn!)

Es ist in unserer Gesellschaft tatsächlich ein Problem, dass immer mehr Kinder verwaarlosten, dass es immer mehr Kinder gibt, die ohne ein Frühstück in den Kindergarten oder in die Schule kommen. Das ist in erster Linie kein Problem von Armut, sondern das zieht sich quer durch alle

(Barbara Steffens [GRÜNE])

- (A) sozialen Schichten und hat etwas mit dem Stellenwert von Kindern in unserer Gesellschaft zu tun.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Ich möchte das Problem der Armut wirklich nicht kleinreden. Gerade Kinderarmut, die Armut von Alleinerziehenden und die Armut von kinderreichen Familien ist bei vielen Gelegenheiten immer wieder thematisiert worden. Ich möchte allerdings nicht, dass es zu der Stigmatisierung kommt: Alleinerziehende, Sozialhilfeempfänger sind schlechtere Eltern. Ich höre allerdings an vielen Stellen, dass dort eine neue Stigmatisierung erfolgt, der ich ganz hart entgegenzutreten möchte.

Eine weitere Ausweitung der Stigmatisierung ist festzustellen: Ich habe vor zwei Tagen aus einer nordrhein-westfälischen Kommune, in der Rot-Grün nicht die Verantwortung trägt, einen Anruf bekommen. Dort ist man auf Ebene des Sozialamts soweit, Jugendlichen aus der 11. und 12. Klasse nahelegen, sie mögen bitte ihre gymnasiale Ausbildung abbrechen und eine Lehre beginnen, damit sie dem Sozialamt nicht weiter zur Last fallen.

- (B) (Lothar Hegemann [CDU]: Wo ist das denn?)

- Ich sagte gerade, dass ich das vor zwei Tagen gehört habe. Dieser Sache werde ich nachgehen. Mich hat ein Jugendlicher angerufen, dem das nahegelegt worden ist.

An der Stelle wird der Aspekt "Bildungschancen für Jugendliche" sehr viel stärker und in einem sehr viel problematischeren Bereich dargestellt. Nicht nur sind die Bildungschancen für Kinder und Jugendliche, die Sozialhilfe beziehen oder aus finanzschwachen Haushalten kommen, sehr viel schlechter, sondern anscheinend wird ihnen sogar noch nahegelegt, diese Bildungschancen - wenn sie sie noch wahrnehmen - nicht zu nutzen.

Letzter Punkt! Armut - das ist nicht von der Hand zu weisen - ist die Folge lang anhaltender Massenarbeitslosigkeit, die durch 16 Jahre Bundesregierung unter Helmut Kohl auf den Gipfel getrieben worden ist.

(Widerspruch bei der CDU)

- Dagegen brauchen Sie gar nicht immer wieder zu reden. Das ist nun einmal so. Die Zahlen beim

- Regierungswechsel waren ziemlich klar und deutlich. (C)

Ich glaube, dass wir die soziale Armut nur dann bekämpfen können, wenn wir wirklich die Massenarbeitslosigkeit weiter eingedämmt und die Langzeitarbeitslosigkeit begrenzt bekommen.

Ich halte sowohl die rot-grüne Regierung hier in Nordrhein-Westfalen als auch die im Bund für dazu in der Lage, das Problem zu lösen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Auch wenn Sie weiterhin versuchen, sich ein soziales Tarnmäntelchen anzulegen, glaube ich, dass Sie mit Sicherheit von den Wählerinnen und Wählern nicht in die Lage versetzt werden, hier in Nordrhein-Westfalen diese Regierung abzulösen. Ihre Sozialpolitik, die Sie hier vorgetragen haben, ist durch und durch scheinheilig und keine wirkliche Sozialpolitik für die Menschen im Land. - Danke.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Steffens. - Für die Landesregierung spricht jetzt Finanzminister Steinbrück. (D)

Peer Steinbrück, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mich erinnern, dass Herr Rüttgers in die eine oder andere Debatte den Begriff der "postmodernen Beliebigkeit" eingebracht hat. Ich habe Wochen, wenn nicht gar Monate damit zugebracht herauszufinden, was Herr Rüttgers mit der "postmodernen Beliebigkeit" meinen könnte.

Als ich seine Rede und auch die von Herrn Arentz heute hörte, ist es mir schlagartig klar geworden: Die "postmoderne Beliebigkeit" ist die Fähigkeit, sich Sachverhalte so zurechtzubiegen, dass man von der vorgefassten Bewertung garantiert keinen Abstand nehmen muss.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

"Postmoderne Beliebigkeit" ist die Fähigkeit zur selektiven Wahrnehmung, bis einem buchstäblich die Kontaktlinsen im Auge schmelzen. So sehe ich das.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

(Minister Peer Steinbrück)

- (A) Ich könnte dies an zehn oder zwölf Beispielen dingfest machen, habe aber leider nicht die Zeit dafür, da ich nur vier Minuten sprechen darf. Ich will es aber im Telegrammstil versuchen.

Herr Arentz, so wie Sie von den Zinsausgaben des Landes sprechen und dabei in Ihrer grandiosen Wahrnehmung, die fast schon ans Komische grenzt, davon absehen, dass Ihre Partei für eine Zinsausgabenquote auf Bundesebene von 20 % verantwortlich ist, während unsere Zinsausgabenquote bei 9,5 % liegt, hat schon mit ganz erstaunlichen Verstellungskünsten zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Erhalten Sie sich weiterhin die Mähr über die Mittelstandsfeindlichkeit der Steuerreform. Mit der Wahrheit hat sie nichts zu tun. Ich weiß nicht, wie lange sie eine solche selbstverordnete Blockade durchhalten wollen. Jeder Mittelständler, der als Verheirateter einen zu versteuernden Jahresgewinn von 400.000 DM hat, steht sich deutlich besser als jede Kapitalgesellschaft.

(Beifall bei der SPD)

- (B) Wissen Sie aber, wie hoch der durchschnittliche Jahresgewinn eines Mittelständlers - das gilt für 85 % aller Personengesellschaften, über die wir reden - ist? Er beträgt unter 100.000 DM. Das heißt, sozusagen nur im Promillebereich sind große Personengesellschaften schlechter gestellt als Kapitalgesellschaften.

Sie tragen diese Mittelstandsfeindlichkeit wie eine Monstranz vor sich her, um die Möglichkeit eines rituellen Schlagabtauschs nicht zu verlieren.

Sie sprachen über die Gründungsinitiative Nordrhein-Westfalen. Sie ist im Tempo und in den Erfolgen der letzten drei Jahre eine der erfolgreichsten Programme und Maßnahmen des Landes. Zugegebenermaßen gilt das gerade mit Blick auf die Wirtschaftsstruktur des Ruhrgebietes, das von einer ganz anderen Basis, vor einem ganz anderen Hintergrund und mit einer ganz anderen Industriegeschichte als Baden-Württemberg gestartet ist.

Sie sind auf die Rentenreform zu sprechen gekommen. Darauf möchte ich gerne eingehen, weil das auch eine Art Lackmustest ist. Wir hatten am Montag eine Arbeitsgruppensitzung, bei der die SPD-Seite auch zu den von Ihnen genannten Punkten durchaus etwas angeboten hat, und

- (C) zwar sowohl mit Blick auf das Wohneigentum als auch mit Blick auf eine bessere Balance zwischen der Zulageregelung und der steuerlichen Förderung. Das war im Übrigen ganz im Sinne der Zwischenrufe, die Herr Hardt gemacht hat. Diese Vorschläge liefen unter dem Motto: Alles, was man durch Kappung sparen kann, geben wir gegebenenfalls in die Wohneigentumsförderung hinein. Wir haben fünf Punkte auf den Tisch gelegt, um in diesem Vermittlungsausschussverfahren voranzukommen.

Auch wenn wir hinsichtlich eines Kompromisses Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt hätten - für die CDU stand bereits vorher fest, dass sie ausziehen wird. Die Blockade war vorprogrammiert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich kann Ihnen das belegen. Sie brauchen nur in die "Süddeutsche Zeitung" vom Dienstag zu schauen und werden feststellen, dass Herr Seehofer bereits vor Beginn unserer Sitzung am Montag um 19 Uhr der "Süddeutschen Zeitung" in einem Gespräch die Botschaft übermittelt hat:

"Diese Sitzung wird scheitern. Ich werde am Dienstag in meiner Fraktion einen Beschluss für eine Verweigerung herbeiführen."

(D)

Das stand also schon vorher alles fest.

Kommen Sie also nicht wie Kai aus der Kiste und versuchen, uns vorzuwerfen, wir würden zu wenig anbieten, um in der Rentenreform zu einem Kompromiss zu kommen!

Ich begrüße außerordentlich, was Frau Schwaetzer in dieser Arbeitsgruppe, die diese Vermittlungsausschusssitzung vorbereiten sollte, dargestellt hat. Ich glaube, dass die Rentenreform mit der wichtigen Säule einer privaten Altersversorgung es verdient, dass sich alle Parteien auf einen Kompromiss einigen.

Nur kann man mit der sozialdemokratischen Seite nicht ein Hase- und Igel-Rennen veranstalten nach dem Motto: Legt ihr immer drauf; wir sitzen im zweiten Rang und pfeifen oder schmeißen faule Tomaten auf eure Köpfe, wenn das nicht reicht. Kommen Sie doch jetzt mit konkreten Vorschlägen und beziffern Sie auch die Kosten!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

(Minister Peer Steinbrück)

(A) Was Sie hier zum Bewertungsgesetz gesagt haben, können Sie nur erzählen, wenn Sie nicht wissen, dass wir es mit einem Verfallsdatum zum 31. Dezember dieses Jahres zu tun haben, dass wir es mit einem Verfassungsgerichtsurteil zu tun haben und dass die Zahlen, die der Ministerpräsident genannt hat, richtig sind. Diese Fakten wollen sie nicht annehmen, weil sie weiter verbreiten wollen, Sozialdemokraten nähmen der alten Oma das Häuschen weg, das sie den Kindern oder den Enkeln vererben will. Das ist das Schauermärchen, das Sie hier in den Raum stellen wollen. Es hat mit den Realitäten nichts zu tun. In der Tat reichen die Freigrenzen bis zu einem Verkehrswert von 1,9 Millionen bei einem Wohnhaus.

Es gibt andere Beispiele. Herr Rüttgers ist zum Beispiel auf den Abbau von Stellen bei der Polizei zu sprechen gekommen. Das kann man nur tun, wenn man gezielt - d. h. nicht fahrlässig, sondern in meinen Augen vorsätzlich - davon absieht, dass es zu einer Überleitung des Fluggastkontrolldienstes an den Bund und darüber zu einem Personalstellenabbau bei der Polizei gekommen ist.

(B) Auch solche Bilder wie "Kinder in den Baracken" und "eine Landesregierung, die Regierungspaläste baut", haben mit der Realität nichts zu tun. Ich weiß auch gar nicht, wo die Landesregierung Regierungspaläste in Düsseldorf finanziert. Haben Sie dazu in irgendeiner Position, in irgendeinem Titel für das Jahr 2001 etwas gefunden? Nichts! Gar nichts! Das sind alles Gespensterbahnen, die Sie veranstalten, um Ihre Argumentation nicht zu verlieren.

Zum Abschluss: Diese Gefechte über zweite und dritte Lesungen zwischen Oppositions- und Regierungsparteien bzw. Landesregierung muten mir ziemlich rituell an. Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir uns mit Blick auf das nächste Haushaltsaufstellungsverfahren vielleicht darauf konzentrieren könnten, vier oder fünf wirklich zentrale Fragen des Haushalts sehr viel ruhiger, sehr viel souveräner, sehr viel gelassener zu debattieren. Dazu gehören z. B.

1. die Bedrohung des Haushalts durch eine immer größere Verkarstung und die damit verbundene Abnahme der Investitionsquote;
2. inwieweit der Landeshaushalt durch Kofinanzierungsmechanismen des Bundes oder auch der Europäischen Union immer mehr fremdbestimmt wird;

3. ob wir uns tatsächlich gemeinsam auf Prioritäten oder Posterioritäten einigen können, ohne dass sich jemand, wenn es um das konkrete Sparen geht, einen weißen Fuß macht gegenüber denjenigen, die davon betroffen sein können - das ist der gängige Sinn der Reden und der Einlassungen von Herrn Kollegen Rüttgers -; oder.

4. neue Finanzierungs- oder Förderinstrumente.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Minister, Sie denken daran, dass Ihre Redezeit abgelaufen ist!

Peer Steinbrück, Finanzminister: Ja, Herr Präsident. - Viele Ihrer Einlassungen, Herr Arentz, Herr Rüttgers, sind davon geprägt, dass die CDU im Bereich der Mittelstandspolitik und der Haushalts- und Finanzpolitik die Kompetenz an die SPD verloren hat. Das merkt man Ihnen an.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU)

Ich sage Ihnen voraus, das wird auch für den Rest der Legislaturperiode hier im Lande Nordrhein-Westfalen so bleiben. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zu den **Abstimmungen**.

Ich lasse erstens über das **Gemeindefinanzierungsgesetz 2001** entsprechend der **Beschlussempfehlung** des Haushalts- und Finanzausschusses **Drucksache 13/902** abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung gemäß Drucksache 13/817 anzunehmen. Wer ist für diese Empfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist das Gemeindefinanzierungsgesetz 2001 in dritter Lesung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **verabschiedet**.

(Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)

(A) Ich lasse zweitens über das **Haushaltsgesetz 2001** abstimmen. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 13/900**, den Gesetzentwurf der Landesregierung in der Fassung nach der zweiten Lesung einschließlich der vom Ausschuss zur dritten Lesung beschlossenen Änderungen anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Gesetzentwurf in dritter Lesung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **verabschiedet**.

Ich rufe die **Mittelfristige Finanzplanung** des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2000 bis 2004 auf. Entsprechend der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 13/901 bitte ich um **Kenntnisnahme**, die ich hiermit feststelle.

Abschließend kommen wir zur Abstimmung über die vier vorliegenden Entschließungsanträge, die Ihnen zu Beginn der Debatte noch einmal vorgelesen wurden.

Wir stimmen zuerst über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der F.D.P. **Drucksache 13/861** - Stichwort: Anti-Stau-Programm - ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? -

(B)

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Unglaublich, Herr Moron! - Edgar Moron [SPD]: Völlig logisch!)

Damit ist der Entschließungsantrag der F.D.P.-Fraktion mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von F.D.P. und CDU **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der F.D.P. **Drucksache 13/862 (Neudruck)** - Stichwort: Halbierung der Erhaltungssubventionen für die deutsche Steinkohle bis 2005 - ab. Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der F.D.P. mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der CDU gegen die Stimmen der F.D.P. **abgelehnt**.

Wir stimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 13/918 (Neudruck)** - Stichwort: schulische Rahmenbedingungen - ab.

Wer ist für diesen Entschließungsantrag? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. **angenommen**.

(C)

Wir stimmen über den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD; der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der CDU **Drucksache 13/962 (2. Neudruck)** - Stichwort: AAV sichern, Altlasten sanieren, Transparenz von Sonderabfallströmen weiter verbessern - ab. Ich weise darauf hin, dass sich der zweite Neudruck gegenüber dem Ihnen vorliegenden Neudruck nur durch die Reihenfolge der Fraktionen unterscheidet.

(Jürgen W. Möllemann [F.D.P.]: Ist das denn zulässig?)

- Das ist zulässig, Herr Kollege Möllemann. - Wer ist für diesen Entschließungsantrag? -

(Zurufe von der SPD: Oh! - Beifall bei der SPD)

Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist dieser Entschließungsantrag einstimmig mit den Stimmen aller im Haus vertretenen Fraktionen **angenommen**.

(D)

Damit sind die **Haushaltsberatungen** für den Haushalt 2001 **abgeschlossen**.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Ich rufe auf:

2 Einsetzung eines Unterausschusses des Verkehrsausschusses "Metrorapid in NRW"

Antrag
des Verkehrsausschusses
auf Zustimmung zur Einsetzung des Unterausschusses
gemäß § 21 Abs. 2 der Geschäftsordnung

Vorlage 13/519

Eine Debatte ist nicht vorgesehen. Wir kommen deshalb direkt zur **Abstimmung** über die **Vorlage 13/519**. Wer ist für die Einsetzung des Unterausschusses? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich